

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2019

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe März-April 2019

Redaktionsnotiz.....	4
Imperialismus.....	5
<i>informacion granma.cu</i> : Die Cyberangriffe auf das venezolanische Energiesystem wurden von Houston und Chicago aus verübt.....	5
<i>Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden</i> : Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor einem politischen Tribunal öffentlich anklagen!.....	7
<i>KAD</i> : Protestnote.....	7
<i>KAD</i> : Protestnote, Erinnerung.....	8
<i>Emko</i> : Vor 50 Jahren...Brüder und Schwestern von Mý Lai.....	9

Zum Friedenskampf.....	10
<i>Cemil Fuat Hendek: Die Behinderung des Kampfes gegen Militarismus und Aufrüstung in Deutschland: Die Gewerkschaften.....</i>	10
Zur Geschichte der DDR.....	13
<i>IΦB: Einige Aspekte der DDR-Geschichte.....</i>	13
Kommunistische Organisation.....	33
<i>Kommunistische Organisation: Leitantrag - Zur Arbeit in den Massen.....</i>	33
70. Jahrestag der Gründung der DDR, Oktober 2019	73
<i>KPD: Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR.....</i>	73
Rote Hilfe.....	77
<i>Redaktion offen-siv: Antikommunismus der Roten Hilfe.....</i>	77
<i>Klaus Hartmann: Rote Hilfe für die Schwarzen.....</i>	78
<i>Hans Bauer, Patrick Köbele: Offener Brief an den Bundesvorstand und das Redaktionskollektiv der Roten Hilfe.....</i>	84
<i>Rote Hilfe: Erste Antwort auf den Offenen Brief der DKP u.a. zur RHZ-Ausgabe 1-2019.....</i>	86
Fernstudium.....	87
<i>Frank Flegel: Bericht von der fünften Etappe des marxistisch- leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv.....</i>	87
Rechenschaftsbericht der Zeitschrift offen-siv 2018.....	88

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Ab 22.3.
am Kiosk ...

... oder gleich abonnieren.
4 Hefte im Jahr: 26,90 Euro!

Aus dem Inhalt: VENEZOLANISCHE KÜNSTLER zum Putschversuch | Dietmar Dath zur Neuveröffentlichung von RONALD M. SCHERNIKAUS »LEGENDE« | PORTRÄT UND BILDSTRECKE des bosnischen Fotografen Nihad Nino Pušija | INTERVIEWS mit Christoph Sieber, Volker Braun, Sleaford Mods u.a.

MELODIEUNDRHYTHMUS.COM



Redaktionsnotiz

In diesem Jahr jährt sich die Gründung der DDR zum 70. Male. Die KPD plant eine Veranstaltung zu diesem Thema. Termin: 5. und 6. Oktober. Ort: Berlin, Franz-Mehring-Platz 1. Die Räumlichkeiten fassen höchstens 120 Personen, aus diesem Grund und auch, weil wir die Versorgung planen müssen, müssen wir mit Voranmeldung arbeiten. Alles Nähere findet Ihr unter „Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR“.

Wir müssen in diesem Heft leider über etwas sehr Unangenehmes berichten: Die Rote Hilfe hat in ihrer Zeitschrift einen unsäglich antikomunistischen Angriff auf die DDR und die kommunistische Bewegung losgelassen und spaltet damit die Solidaritätsbewegung. Wir dokumentieren und nehmen auch selbst Stellung.

Ansonsten geht es um Venezuela, die Friedensbewegung und die Gewerkschaften, die DDR, um das Fernstudium und Ihr findet unseren Rechenschaftsbericht für 2018 im Heft. Außerdem dokumentieren wir den Leitantrag der „Kommunistischen Organisation“ (KO) für ihre Vollversammlung im Sommer. Die „KO“ bittet um Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge dazu (info@kommunistische.org).

Die finanzielle Situation hat sich in 2018 etwas entspannt. Wie Ihr unsrem Rechenschaftsbericht entnehmen könnt, hatten wir tatsächlich einen Spendenüberschuss. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Diesen Überschuss haben wir eingesetzt, um das neue Buch von Michael Kubi „Zur Geschichte der Sowjetunion“ herauszubringen. Das Interesse an dem Buch ist bisher größer als von uns erwartet.

Aber natürlich dürft Ihr nicht nachlassen, denn leider sind schon weitere Papierpreissteigerungen angekündigt, ebenso wie die Post dauern an den Portopreisen dreht. Wir bitten also weiterhin um Spenden.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Imperialismus

***informacion granma.cu:* Die Cyberangriffe auf das venezolanische Energiesystem wurden von Houston und Chicago aus verübt**

Trotz der terroristischen Aggression ist die Stromversorgung des Landes fast vollständig wiederhergestellt. Maduro kündigte die Bestrafung der Saboteure des nationalen Elektrizitätssystems in Venezuela an.

Der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro bestätigte am Dienstag, dass der Cyberangriff auf das Nationale Energiesystem am 7. März von den US-amerikanischen Städten Houston und Chicago aus verübt und vom Südkommando befohlen wurde.

Vom Miraflores-Palast aus sagte er: „Wir machen Fortschritte bei der Aufdeckung der vollen Wahrheit dieses Angriffs.“ Der venezolanische Staatschef erklärte, dass „die Sabotage des Stromsystems, die durchgeführt wurde, um eine zivile Konfrontation zu erzeugen und dann zum Angriff auf die politische Macht aufzurufen, nur einen Namen hat: Terrorismus“.

Der Präsident setzte eine Kommission ein, die von der Ersten Vizepräsidentin der Republik, Delcy Rodríguez, geleitet wird und der auch internationale Spezialisten der Vereinten Nationen, Russlands, Chinas, des Irans und Kubas angehören werden, wie auch Vertreter der Staatsanwaltschaft, des Nationalen Wissenschaftlichen Rats und der wissenschaftlichen Institute des Landes. Er forderte das gesamte Land auf, wachsam zu bleiben gegenüber möglichen neuen Angriffen der venezolanischen Opposition.

Es wurde bekannt gegeben, dass „die Wiederherstellung der Stromversorgung im Land fast vollständig gesichert ist“. Dies erklärte der stellvertretende Vizepräsident für Kommunikation, Kultur und Tourismus, Jorge Rodríguez. Am Morgen hätten die Schaufeln von Tuy I, II, III und den anderen Wasserkraftwerken den Betrieb aufgenommen, versicherte er, so dass die Stadt Caracas in wenigen Stunden über Wasserversorgung verfügen werde.

Rodríguez, der auch Minister für Kommunikation und Information ist, forderte die Bevölkerung außerdem auf, wachsam gegenüber der Möglichkeit weiterer Angriffe zu sein. Er würdigte die Frauen, Männer und Kinder, die dem Ansturm der

Terroranschläge standgehalten haben, und lobte die Arbeit der Corpoelec-Arbeiter, die sich in endlosen Arbeitstagen der Wiederherstellung des Elektrizitätsdienstes gewidmet haben.

Luis Motta Domínguez, Minister für Volksmacht und für Elektroenergie, kündigte im Hafen von La Guaira die Ankunft von 740 Transformatoren verschiedener Kapazitäten an, durch die die bei der Sabotage Beschädigten ersetzt werden sollen. Motta Domínguez sagte, in den letzten zehn Tagen sei das elektrische System in vier Umspannwerken angegriffen und sabotiert worden, was zu schweren Schäden und Verletzungen bei Elektrikern geführt habe. Der Minister betonte, dass die bolivarianische Regierung trotz der Blockade des US-Imperiums gegen die Nation Lösungen für die verschiedenen Probleme des Landes schaffe.

Trump fordert 500 Millionen Dollar für Einmischung in Venezuela

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, legte dem Kongress einen Haushaltsentwurf vor, in dem Kürzungen für die Hilfe für Lateinamerika beantragt werden. Er forderte jedoch vom Außenministerium Zugang zu einem Fonds von 500 Millionen Dollar für seine interventionistische Politik gegen die Regierung von Venezuela.

In einem Brief an den Kongress erklärte Außenminister Mike Pompeo, dass sein Ministerium die Ressourcen benötigte, um die zentralen Ziele seiner Außenpolitik zu erreichen und „um den demokratischen Übergang in Venezuela unterstützen zu können“.

Unterdessen lehnte die Hohe Vertreterin der Europäischen Union (EU) für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, jede Militäraktion gegen Venezuela ab.

Während einer Sitzung vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) setzte sich Mogherini für einen friedlichen und demokratischen Dialog in Venezuela ein. „Keine militärische Aktion von außerhalb oder von innerhalb des Landes wäre akzeptabel“, sagte die Chefin der europäischen Diplomatie und fügte hinzu, dass die Regelung im südamerikanischen Land „nicht von außen auferlegt werden kann und niemals von außen auferlegt werden darf“.

Redaktion Internacional, informacion@granma.cu, 14. März 2019

Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor einem politischen Tribunal öffentlich anklagen!

Bruch der Charta der Vereinten Nationen - Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas beenden!

Der Koordinierungsrat des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden hat mit einer Protestnote (09.02.2019) an die Bundeskanzlerin und an den Bundespräsidenten gegen die Einmischung der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten der Bolivarischen Republik Venezuela die Einhaltung des Völkerrechts / Interventionsverbotes gem. Charta der Vereinten Nationen angemahnt.

Die Adressaten haben zu dem schwerwiegenden Vorwurf der Verletzung des Völkerrechts nicht Stellung genommen. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten und die Unterstützung der subversiven Aktivitäten der Administration der Vereinigten Staaten von Amerika in Vorbereitung einer militärischen Invasion in Venezuela wurden und werden fortgesetzt.

Es ist an der Zeit, diese Verletzung des Völkerrechts durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit einem politischen Tribunal anzuklagen.

Friedensfreunde, bitte, verbreitet die Positionierung des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden und die Anklage der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist unser Beitrag im Kampf gegen die imperialistische Politik der US-geführten NATO und der BRD-geführten EU. Die Souveränität und Freiheit Venezuelas, Kubas, Nikaraguas und weiterer Staaten darf nicht den Weltmachtansprüchen der führenden imperialistischen Westmächte unterliegen.

Es lebe der Völkerfrieden und die internationale Solidarität.

Gerd Hommel, Pressesprecher des KAD

KAD: Protestnote

An den Bundespräsidenten, Herr Walter Steinmeier.

An die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

Am 7. Februar 2019 erörterte der Koordinierungsrat des kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden, Bündnis von acht regionalen sozialistischen und kommunistischen Partei- und Vereinsstrukturen, die Entwicklungen in der

Bolivarischen Republik Venezuela im Zusammenhang der erkennbaren Bedrohung des Friedens in mehreren Regionen der Erde.

Die Anwesenden nahmen zur Kenntnis:

„Kanzlerin Merkel zu Venezuela: Juan Guaidó ist aus deutscher Sicht der legitime Interimspräsident für die Aufgabe, einen Wahlprozess zu initiieren. Wir hoffen, dass sich dieser Prozess möglichst kurz und friedlich gestaltet“ (SRW, DIE ZEIT, WELT u.a.)

„Der selbst ernannte venezolanische Interimspräsident Juan Guaidó hat sich bei der Bundesregierung für die Unterstützung im Machtkampf mit Staatschef Nicolás Maduro bedankt. `Wir bedanken uns für die Anerkennung der Bemühungen der Nationalversammlung und des venezolanischen Volkes, den Rückhalt für die Demokratie und die Unterstützung der humanitären Hilfe für unser Land`, schrieb er am Montag auf Twitter.“ (WALLSTREET ONLINE, ZDF, DPA u.a.)

Es ist unstrittig, dass diese Erklärung für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wie für die BRD als Völkerrechtssubjekt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Bolivarischen Republik Venezuela darstellt und dem Interventionsverbot der UN-Charta (Art. 2, Ziff.7) unterliegt.

Juan Guaidós Selbsternennung zum „Interimspräsidenten“ verstößt gegen die Verfassung Venezuelas. Das wissen Sie.

Wir verurteilen Ihre Parteinahme, Frau Dr. Merkel, als schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht und fordern Sie dazu zu einer öffentlichen Erklärung heraus.

Es befremdet, dass der Bundespräsident zu dem Verstoß gegen das Völkerrecht sich nicht öffentlich erklärt. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit über den außenpolitischen Skandal aufgeklärt wird.

Im Auftrage des Bündnisses KAD, Gerd Hommel, Dresden 9.2.2019

KAD: Protestnote, Erinnerung

An den Bundespräsidenten, Herr Walter Steinmeier.

An die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

Di Protestnote des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden vom 9.2.2019 wegen schwerwiegenden Verstoßes der Bundesregierung gegen da Interventionsverbot gemäß Charta der Vereinten Nationen (Art. 2, Ziff. 7) durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Bolivarischen Republik Venezuela, Mitglied der Vereinten Nationen seit 16.11.1945, bleibt Ihrerseits bisher

ohne Stellungnahme zum konkreten Vorwurf des schwerwiegenden Verstoßes gegen das Völkerrecht.

Im Gegenteil. Erklärungen und Handlungen wie die des Außenministers Herrn Maaß mit Akzeptanz des von Herrn Guaidó eingesetzten Diplomaten als Vertreter in Berlin bekräftigen den völkerrechtswidrigen Kurs zur Destabilisierung des gesellschaftlichen Lebens in Venezuela.

Der Koordinierungsrat des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden hat sich am 7. März 2019 mit dieser Entwicklung befasst und bekräftigt den rechtspolitischen Standpunkt der Protestnote vom 9.2.2019.

Es wird hervorgehoben, dass die offizielle Haltung der Bundesrepublik Deutschland den Kurs der Administration der Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt, die sichtbar mit subversiven Methoden auf einen Umsturz in der Bolivarischen Republik Venezuela hinarbeitet; auch mit der Option einer militärischen Intervention. Und das heißt KRIEG. Für diese Annahme hat die jüngste Geschichte hinreichend Beispiele geliefert.

Wir erwarten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, deren Bürger wir sind, eine Abkehr von dem Kurs der Missachtung der Charta der Vereinten Nationen und der Vasallentreue gegenüber der brutalen Weltmachtspolitik der Trump-Administration. Frieden und Selbstbestimmung dem Volke Venezuelas! Wir behalten uns vor, die deutsche Öffentlichkeit aufzurufen, mit einem Tribunal die benannte Außenpolitik der BRD anzuklagen.

Im Auftrage des Bündnisses KAD, Gerd Hommel, Dresden 11.3.2019

Emko: Vor 50 Jahren...Brüder und Schwestern von Mý Lai.

Wir gedenken heute des 16.03.1968, als sie über euch herfielen, die Killer der US-Army, die Barbaren und Sklaven des Kapitalismus und Imperialismus als der Gesellschaftsform des Massenmordens, der grenzenlosen Verwüstung und Ausplünderung ganzer Kontinente, der Zerstörung der Natur und des Planeten, der Niedrigkeit von Profitgier und Geldgier, die über Leichenberge geht.

Brüder und Schwestern von Mý Lai, Brüder und Schwestern der zahllosen Mý Lais, nichts ist vergessen und niemand von euch, und wir gedenken euer noch immer auch dann, wenn endlich Frieden sein wird, also nach dem Ende des Kapitalismus, also nach der Revolution, mit der wir das Prinzip des Mordens um Profites Willen

abschaffen werden, also nach dem Beginn der Epoche des Menschen, nachdem wir die Ketten zersprengt und begonnen haben, eine neue, eine bessere Welt zu gewinnen.

Immer mit euch!

Emko, März 2018

Das Massaker von Mý Lai (Son My) war ein Kriegsverbrechen US-amerikanischer Soldaten in Südvietnam, das am 16. März 1968 während des Vietnamkrieges in dem Gemeindeteil Mý Lai des Dorfs Son Mý, genannt My Lai 4, begangen wurde. Die Soldaten vergewaltigten Frauen und ermordeten fast alle Bewohner des Dorfes: 504 Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder, Frauen und Greise. Auch sämtliche Tiere wurden getötet. Das Massaker wurde von der US-Armee zunächst vertuscht. Erst durch Recherchen des investigativen Journalisten Seymour Hersh gelangte das Geschehen an die Öffentlichkeit.

Zum Friedenskampf

Cemil Fuat Hendek: Die Behinderung des Kampfes gegen Militarismus und Aufrüstung in Deutschland: Die Gewerkschaften

In den letzten Jahren ist in Deutschland eine Novellierung zu beobachten: Die ständig sehr schüchtern und hinter dem Vorwand "Verteidigung" betätigte Militarisierung des deutschen Imperialismus, wird weiter in die Höhe getrieben. Die Rüstungsindustrie erhöht die Produktion, um einerseits die Armierung der Bundeswehr zu bedienen und andererseits brauchen die Soldaten der Bundesregierung, die unter dem Deckmantel "humane Hilfe" in die immer mehr werdenden fremden Länder ziehen, Rüstung. Sie steigert auch den Waffenexport und türmt weltweit auf allen Kriegsschauplätzen deutsche Waffen. Sie bedient die aggressiven Regime nicht nur mit Waffen und Munition, sondern auch mit verschiedenster Ausrüstung und Kriegstechnologien. Um all die zu bewerkstelligen, addiert der Bundesstaat jährlich neue Summen zu den Anteilen für die Bundeswehr und die Rüstung in den Haushaltsplan.

Auf der anderen Front herrscht leider eine bittere Realität. Die Bemühungen der Kreise, die all diese Entwicklungen mit Sorge beobachten, finden kaum Resonanz. Sie schaffen es nicht die Unterstützung der großen Masse der Werktätigen zu bekommen. Abgesehen von den Positionierungen der Kommunisten dazu, lesen wir

öfters auch Artikel aus der linken Szene, die sich mit den schwachen Momenten des Kampfes gegen Militarismus in Deutschland auseinandersetzen. Diejenigen, die den Kernpunkt der Sache, nämlich den deutschen Imperialismus - der immer offensiver wird - und deren Bemühungen für einen neuen Platz innerhalb der imperialistischen Hierarchie thematisieren, sind leider sehr selten. Und es gibt noch etwas: Viele erinnern sich mit Bedauern an die Friedensbewegung, die mit hunderttausenden Demonstranten Ende der 1970er und Anfang der 90er Jahre ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie fragen sich, wo denn diese geblieben seien. Keiner spricht aber darüber, welche eigentlichen Schwachpunkte diese Bewegung hatte und wie diese trotz der Massenhaftigkeit nicht fortbestehen konnte.

Diese Frage kann folgendermaßen beantwortet werden: "Deshalb, weil die Friedensbewegung in all diesen Jahren nicht in Zusammenhang mit der Problematik des Klassenkampfes angegangen wurde. So musste es langsam zum Verdruss, zur Niederlage und zur Liquidation führen." Obwohl diese Erklärung wohl nachvollziehbar ist, können ohne ein Wissen über den historischen Hintergrund die Schwachpunkte der heutigen Friedensbewegung nicht verstanden werden. Dies ist solange nicht möglich, bis die Organisationen und Parteien, die damals den Ton angaben, beim Namen genannt werden.

In diesem Zusammenhang ist auf ein Buch, das 2017 veröffentlicht wurde, aufmerksam zu machen. "Lieber tot als rot!" Das Buch beinhaltet eine detaillierte Studie der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit 1914. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften, der Armee und dem deutschen Militarismus werden anhand von Dokumenten aufgezeichnet. Bei diesem Buch handelt es sich um ein Werk, das einen historisch beobachtbaren und beschämenden Aspekt der ruhmreichen Kampfgeschichte der deutschen Arbeiterklasse entblößt.

Im Grunde handelt es sich hier um einen "Zündstoff", an den sich nicht einmal die vertrauenswürdigsten Kommunisten heranwagen. Denn egal, wen man fragen würde, jeder würde behaupten, dass die Friedensbewegung einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Gewerkschaften sei. Ob dem tatsächlich so ist, sollten wir aber zur Diskussion stellen. Vielleicht sollten wir die Personen, die wir damit konfrontieren möchten, mit folgender Frage in Verlegenheit und Erklärungsnot bringen: "Ja, es stimmt wohl, dass die Friedensbewegung ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der Gewerkschaften ist. Aber in welchem Zusammenhang? Um die Bewegung für den Frieden und die Abrüstung zu stärken, oder als ein verlängerter Arm des deutschen Staates zu fungieren?"

Der Verfasser des Buches Malte Mayer hat in seiner umfangreichen, historischen Studie eine tabuisierte Realität untersucht und zwar die Beziehung zwischen den Gewerkschaften und der Armee in bestimmten kritischen historischen Momenten. Die

aufgezeigten Dokumente gehen bis in die Zeit vor dem I. Weltkrieg zurück. Auf dem Weg in diese Zeit zeigt er Schritt für Schritt auf, wie an all den wichtigen Wendepunkten, die Gewerkschaften Verrat begangen haben, deren Konsequenzen nicht nur für Deutschland, sondern über die europäischen Grenzen hinweg, Auswirkungen auf die ganze Welt hatten.

Es ist jedem linksgesinnten Menschen bekannt, dass die an der Führung der Gewerkschaften sitzenden Sozialdemokraten die deutschen Imperialisten, die den I. Weltkrieg schürten, nach dem Motto "Burgfrieden" unterstützt haben. Dies ist eine peinliche Seite der Geschichte der Gewerkschaften, die fast jede(r) übersieht und worüber Stillschweigen bewahrt wird. Und was ist mit den darauf aufbauenden Machenschaften? Sie übernahmen die Mission der Konterrevolution, um wiederum 1920 die Novemberrevolution, deren 100. Jubiläum wir dieses Jahr feiern, blutig niederzuschlagen. Und was taten sie, um dieses Ziel zu erreichen? Fanden nach der Niederschlagung der Revolution geheime Absprachen mit den Generälen statt? Und welche Funktion erfüllten sie in den Jahren 1930-1933, während die Nazis an die Macht kamen? Was ist mit ihren Taten Anfang der 50er Jahre, während der Bemühungen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik? Und was war es 1958 als die atomare Aufrüstung der Bundeswehr debattiert wurde? Und was ist mit ihrer Reaktion auf die "wilden" Streiks, die sich anstatt gegen die Einstellung der Generäle der Nazizeit in der Bundeswehr, gegen den spontan entstandenen Widerstand richtete? Und das Bewilligen der Ausnahmegesetzgebung von 1968, der Umgang mit den Massendemonstrationen gegen die Ratifizierung der Ausnahmegesetzgebung im Bundesparlament, die Politik der IG Metall in Punkto Waffenindustrie, die Beziehung der Gewerkschaften zur Friedensbewegung in den 1980er Jahren, ...?

Malte Meyer beantwortet nicht nur oben gestellte Fragen, er geht auch auf etliche andere Fälle ein. Er bringt all die Verbindungen der Gewerkschaften zum deutschen Imperialismus und ihren alltäglichen Aktivitäten im militärisch-industriellen Komplex, zur Zeit des I. Weltkriegs und auch späterer Zeiten hervor. Und zeichnet all die verräterischen Handlungen anhand von Dokumenten der Gewerkschaften und Reden ihrer führenden Kader auf. All die Knoten des Verrats, die in den meisten Fällen bedingt sind, durch ein kollektives Verstummen der vielen Gewerkschaftsmitglieder, entstehen bis zur Beschleunigung der Militarisierung der Bundesrepublik zu Beginn der 1990er Jahre. Auch die Fußnoten beinhalten interessante Informationen und entblößen zahlreiche Einzelheiten über die Ziele und Hintergründe vieler bisher veröffentlichter Bücher und Immatrikulationsthesen.

Letztendlich bringt Malte Meyer eine Realität hervor! Die Gewerkschaften, die ihre Positionen innerhalb der zum Zweck des Schutzes des bestehenden Systems

gegründeten Institutionen haben, gestalten und tragen den Antikommunismus mit. Beispielsweise Ideen für die "Reformen" in der Bundeswehr(was auch immer damit gemeint sein mag!) ausarbeiten und unter den Jugendlichen, mit dem Ziel der Förderung und Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr werben. Dies ist ein Beispiel dafür, wie diese Institutionen als untrennbare Organe des Staats gemeinsam funktionieren. Und das Fundament dieses Organs bildet der Antikommunismus.

Ich empfehle jedem, der sich für die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung interessiert, das über 300 Seiten umfassende, mit sehr lehrreichen Informationen, Kommentaren und Dokumenten untermauerte Buch von Malte Meyer zu lesen.

Malte Meyer: Lieber tot als rot!

Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914
Münster 2017 (Edition Assemblage), 336 Seiten, 19, 80 Euro
ISBN 978-3-942885-71-3

Quelle: DEUTSCHLAND aus Betrachtung der in Deutschland lebenden Kommunisten, Eine Artikelauswahl aus der Zeitschrift des Nazim Hikmet Kulturzentrums e.V. Berlin "Boyun Egme-Almanya", Januar 2019

Zur Geschichte der DDR

***IΦB**: Einige Aspekte der DDR-Geschichte**

Vorbemerkung

Beim folgenden Beitrag handelt es sich um Ausschnitte einer Materialsammlung für einen geplanten kurzen Abriss der DDR-Geschichte. Erste Verwendung fanden diese für einen Vortrag im Rahmen zweier Wochenend-Seminare des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und *offen-siv* im Februar bzw. März 2019; für eine Veröffentlichung waren sie – da teilweise nicht als solche ausgewiesene direkte Übernahmen aus Werken anderer Autoren – ursprünglich nicht bestimmt. Angesichts des durchaus positiven Feedbacks seitens der Seminar-Teilnehmer habe ich mich in Absprache mit der *offen-siv*-Redaktion allerdings dennoch zur Publikation

entschieden, um a) den Fernstudiums-Absolventen das Referat in verschriftlichter Form zur Verfügung stellen zu können und b) anderen Interessenten die Gelegenheit zu geben, sich auf Basis des Folgenden im Jahr der 70. Wiederkehr der Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden mit dessen Geschichte intensiver zu befassen. An dieser Stelle sei aber nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Beitrag in seiner jetzigen Form nicht um eine – mit allen an eine solche zu stellenden Ansprüchen – eigenständige wissenschaftliche Arbeit handelt, sondern (wie eingangs gesagt) um eine Materialsammlung zur späteren Verwertung – er ist somit auch nicht zitierfähig. Aufheben wollen wir das private Eigentum an Produktionsmitteln – dasjenige am Ergebnis geistiger Arbeit (zumal der von Genossen geleisteten) sollten wir respektieren.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR

1945 ff.: Schlechte Ausgangsbedingungen

Im Unterschied zu den Westzonen (= der nachmaligen BRD), wo die Reparationsleistungen alsbald eingestellt wurden und die von einer wirtschaftlichen Anschubfinanzierung (Marshall-Plan) profitieren konnten, litt die Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) in den Anfangsjahren unter folgenden Problemen:

* Zwei Drittel des Landes waren von den imperialistischen Siegermächten besetzt. In diesen Teilen befanden sich die wirtschaftlich, besonders industriell am stärksten entwickelten Gebiete nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Mit ihnen aber waren Industrie und Landwirtschaft der SBZ eng verflochten, daher in ganz anderem Maße von ihnen abhängig als umgekehrt die Westzonen von der SBZ.

* Die Abhängigkeit der Wirtschaft der SBZ von Lieferungen der Westzonen war ferner besonders groß, weil sich in letzteren auch der größte Teil der – wenigen – natürlichen Rohstoffvorkommen befand, über die Deutschland verfügte, vor allem der Steinkohle-Bergbau.

* Die SU forderte völlig zu Recht Wiedergutmachung durch Arbeitsleistung und Reparationen. Da die Westmächte aus ihren Zonen keine Reparationen an die SU lieferten, musste die SBZ und später die DDR die Reparationslasten alleine tragen. Das drückte natürlich auf die Lebenshaltung der Bevölkerung. Die Reparationsleistungen erfolgten zunächst durch Demontage und Abtransport ganzer Produktionsanlagen, später (nach der 1946 erfolgten Umwandlung von ursprünglich zur Demontage vorgesehenen Betrieben in »Sowjetische Aktiengesellschaften« [SAG]) durch »Entnahme aus der laufenden Produktion«. Die Stationierungskosten mitgerechnet, erhielt die SU 1946 fast die Hälfte (48,8%) des in der SBZ erzeugten

Bruttosozialprodukts – zum Vergleich: In den Westzonen beliefen sich die (wie schon gesagt frühzeitig eingestellten) Reparationen mit 14,6% lediglich auf rund ein Siebentel. (Vgl. *Roesler 2019, 16. Generell zu diesem Autor: Roesler – bis 1991 tätig am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und heute Mitglied der Historischen Kommission der PdL – ist ein ausgemachter Revisionist mit ausgesprochenem Faible für »marksozialistische« Konzepte. Dennoch sind seine Arbeiten durchaus informativ, wenn auch nur mit Vorsicht und der nötigen kritischen Distanz zu genießen.*)

Aufbau des Sozialismus

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 konnte die SED – anders als in den volksdemokratischen Nachbarländern – nicht unmittelbar die Aufgabe stellen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, da das erstrangige strategische Ziel noch die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschland war. Die Ablehnung entsprechender sowjetischer Vorschläge (→ Stalin-Noten von 1952) und die beschleunigte Einbeziehung der BRD in das westliche aggressive Bündnissystem stellten dann den Übergang zum Aufbau des Sozialismus auch in der DDR auf die Tagesordnung.

Auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erklärte W. Ulbricht:

»Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist [...] In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.« (*Zit. nach Itzerott/Gossweiler 2009, 58*)

Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 verkündete W. Ulbricht als »ökonomische Hauptaufgabe«, die Volkswirtschaft der DDR »innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft«. Ein Jahr später wurde die Erledigung dieser Aufgabe auf Ende 1961 terminiert. Gleichwohl konnte dieses Ziel angesichts des auf 24–28% geschätzten Produktivitätsrückstands gegenüber der BRD nicht erreicht werden – auch die 1959 eingeführten »Brigaden der sozialistischen Arbeit« änderten daran nichts. (Vgl. *hierzu Roesler 2019, 45 f., 51 ff.*)

Die 60er Jahre – Das »Neue Ökonomische System«

Mit Beginn der 60er Jahre – bedingt auch durch die Schließung der Westgrenze im August 1961 – erweiterten und festigten sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse, wenn auch die durch die Spaltung entstandenen Disproportionen noch nicht voll überwunden waren und der noch existierende Widerspruch zwischen Akkumulationskraft und Investitionsbedarf die Möglichkeiten der Erneuerung und Modernisierung beschränkte. Auf dieses Problem konzentrierte sich die Hauptaufgabe der laufenden Wirtschaftspläne. Damit verbunden wurde ein Programm der politisch-ideologischen Arbeit zur Festigung des sozialistischen Bewusstseins – bereits 1958 wurden vom V. SED-Parteitag Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral (»10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik«) verabschiedet.

Von besonderer Bedeutung war, dass die Landwirtschaft zu 85% der Nutzfläche von 19.345 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) bewirtschaftet wurde. Der Sieg der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft bedeutete die größte revolutionäre Umwandlung in der Geschichte der deutschen Bauern. In der Periode 1961–1965 nahm die Partei Kurs auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Allerdings erhöhte sich zwischen 1960 und 1970 die Arbeitsproduktivität in der DDR im Vergleich zur BRD – gemessen in Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – von 40,3% auf lediglich 44,3% (vgl. *Roesler 2019, 62*). Dieses Gefälle bestand bis zum Untergang der DDR 1989/90. W.I. Lenin hatte dazu 1919 in seinem Artikel »Die Große Initiative« geschrieben:

»Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung [...] Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft [...] Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der fortgeschrittenen Technik bedienen.« (*LW 29, 416 f.*)

In allen sozialistischen Ländern Europas reifte im Zusammenhang mit der sich international vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution die Frage heran, welche Konsequenzen für den weiteren Aufbau des Sozialismus daraus zu ziehen

waren. Die SED stellte sich auf ihrem VI. Parteitag (Januar 1963) diesem Problem. Sie fasste den Beschluss zum »Neuen Ökonomischen System der Volkswirtschaft der DDR«. Darüber wurde in der Partei und in der Wirtschaft eine umfassende Diskussion geführt. Es war von Anfang an zu beachten, dass die geplanten Veränderungen unter konkreten Konstellationen im Rahmen des RGW und außenpolitischen Verhältnissen vollzogen werden mussten, denen man einfach Rechnung zu tragen hatte:

1. konnten daher solche Veränderungen nur mit der Zustimmung der SU erfolgen;
2. durften keine Zugeständnisse an den Westen, sein marktwirtschaftliches System gemacht werden – was freilich, wie wir im Folgenden sehen werden, nicht eingehalten wurde.

Sowohl im Politbüro als auch in der von W. Ulbricht mit der Ausführung beauftragten Arbeitsgruppe und in wirtschaftsleitenden Organen kam es zu widersprüchlichen Standpunkten zum »NÖS«-Projekt. Die in bürgerlichen Darstellungen als »Reformflügel« bezeichneten Unterstützer des Projekts bezogen sich auf den sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler E.G. Liberman, der 1962 in der »Prawda« die Grundkonzeption der Planwirtschaft in Frage gestellt hatte. Das Ziel seiner Vorschläge fasste er in dem Satz zusammen:

»Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muss auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muss äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein.« (*Zitiert nach Roesler 2019, 59, s. dazu zustimmend auch ders. 2012. Vgl. zum Folgenden Roesler 2019, passim; ders. 2018; Florath 2000, passim*)

Der dem NÖS weitgehend positiv gegenüberstehende Ökonom W. Florath äußerte dazu 1999 auf der Konferenz »50 Jahre DDR – Für Sozialismus und Frieden«:

»Ökonomisch ging es um eine Abkehr vom ›administrativ-zentralistischen‹ Typ der Wirtschaftspolitik. Konkret bedeutete das, daß an Stelle der Bruttoproduktion als Hauptkennziffer, die allein das mengenmäßige Wachstum forderte, der Gewinn trat.« (*Florath 2000, 31*)

Wörtlich hieß es in den »Richtlinien für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖSPL):

- »Es ist die organische Verbindung
- der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und
 - der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung

– mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel [*also Preise, Umsatz, Lohn- und Sachkosten – IΦB*].« (*Zit. nach Koziolk 1993, 132*)

Der an der NÖS-Konzeption selbst beteiligte Ökonom H. Koziolk fasst diese wie folgt zusammen:

»1. Die Planungs- und Bilanzierungsaufgaben der zentralen Staatsorgane wurden auf volkswirtschaftlich wichtige Positionen und Güter beschränkt [...]

2. Die Aufschlüsselung der Pläne wurde den rd. 80 Vereinigungen volkseigner Betriebe (VVB) übertragen, die (zunächst) als sozialistische Konzerne ökonomische Führungsaufgaben gegenüber den ihnen unterstellten Betrieben wahrnehmen sollten.

3. Den Betrieben wurden nicht mehr alle Einzelheiten der Produktion, der Beschaffung, des Absatzes und der Finanzierung durch eine Vielzahl quantitativer Auflagen vorgeschrieben. Stattdessen sollten die betrieblichen Erfolgsinteressen [...] indirekt auf die Erfüllung der zentralen Zielvorstellung orientiert werden.« (*Ebd., 134*)

Völlig zutreffend erkannte der SPIEGEL im Februar 1964 »unverkennbar marktwirtschaftliche Züge« des NÖSPL. Dass damit dem Wirken des Wertgesetzes, dessen Einschränkung J.W. Stalin noch als zentrale Aufgabe der sozialistischen Ökonomie betrachtet hatte, wieder – wie schon zuvor aufgrund der Chruschtschow-Linie in der SU – Raum gegeben wurde, liegt auf der Hand. Letztlich – das ist die Sicht von D. Itzerott und K. Gossweiler in ihrem Aufsatz zur Geschichte der SED in »Unter Feuer – Die Konterrevolution in der DDR« – wurde das Projekt von W. Ulbricht gestoppt. In anderen Darstellungen wird allerdings NÖSPL und dem »Nachfolgemodell« ÖSS Fortdauer bis Ende der 60er Jahre mit erheblichen ökonomischen Zuwachsraten bescheinigt – teils unter Berufung auf die NEP der jungen Sowjetmacht Anfang der 20er Jahre. Aus heutiger Sicht ist es m.E. jedenfalls durchaus legitim zu vermuten, dass revisionistische Auffassungen unter den beteiligten »Reformkräften« eine Rolle spielten. [*Hinsichtlich einer endgültigen Bewertung des NÖS-Konzepts muss ich – da die Zeit zu einer gründlicheren Befassung mit diesem Thema nicht verfügbar war – auf einen späteren Zeitpunkt vertrösten. Ich hoffe mal, bis zur Konferenz zum 70. Jahrestag der DDR-Gründung soweit zu sein – IΦB*].

Auf jeden Fall äußerte W. Ulbricht sich 1968 zum »Marktsozialismus« wie folgt:

»Wenn sich schon unter den Bedingungen des Kapitalismus herausstellt, daß der Marktmechanismus ungeeignet ist, die Probleme des zunehmend vergesellschaftlichten Reproduktionsprozesses zu lösen, dann trifft das natürlich in

viel höherem Maße und noch unter ganz anderen Aspekten für den Sozialismus zu. Es ist heute ein Anachronismus, den Übergang zu einer Marktwirtschaft für den Sozialismus zu empfehlen. Dies würde auch unausbleiblich zu einer Verlangsamung des Entwicklungstempos, zu einem Zurückbleiben und zu einer gewissen Instabilität der sozialistischen Ordnung führen. Die Orientierung auf eine Marktwirtschaft bedeutet letzten Endes, gerade auf die Mobilisierung der entscheidenden Vorzüge des Sozialismus, nämlich auf die gesamtgesellschaftliche Planung, die dem Kapitalismus wesensfremd ist, zu verzichten.« (W. Ulbricht, *Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit*, 4. Mai 1968)

Versuche zur Nutzung des RGW

Unter der Führung W. Ulbrichts wurde auch anderweitig nach Wegen gesucht, die sozialistische Planwirtschaft auf ein festes wissenschaftliches Fundament zu stellen, um ihre prinzipielle Überlegenheit über das kapitalistische Wirtschaftssystem zu einer faktischen Überlegenheit werden zu lassen. Er verlangte und setzte durch, dass die Fachleute der DDR sich mit dem jeweiligen wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Welt vertraut machten und Vorschläge erarbeiteten, wie in den sozialistischen Ländern und insbesondere in der DDR der Rückstand zu diesem höchsten Niveau aufgeholt werden könne.

Dies hätte freilich nur in einer kollektiven Anstrengung aller sozialistischen Länder gelingen können. Die DDR-Delegation im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) drängte daher hartnäckig auf dessen Entwicklung zu einem wirklich effektiven Leitungsorgan einer internationalen planmäßigen Zusammenarbeit aller Mitgliedsländer. Voraussetzung für einen Erfolg solcher Bemühungen wäre aber gewesen, dass an der Spitze aller kommunistischen Parteien der Mitgliedsländer Marxisten-Leninisten, also echte Internationalisten, gestanden hätten. Das aber war leider nicht der Fall. Mit Revisionisten aber ist kein Sozialismus aufzubauen, mit »Nationalkommunisten« keine internationalistische Zusammenarbeit, mit Saboteuren der Einheit keine Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Von W. Ulbricht zu E. Honecker – Erfolge oder eher Probleme?

Nach der Ablösung W. Ulbrichts durch E. Honecker Anfang 1971 proklamierte letzterer als neues Wirtschaftskonzept die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, beschlossen auf dem VIII. Parteitag 1971. In deren Rahmen wurde u.a. ein umfassendes Wohnungsbau-Programm aufgelegt und realisiert; Artikel des täglichen Bedarfs – vor allem Grundnahrungsmittel – blieben staatlich subventioniert, Bestandteil der »zweiten Lohntüte« waren auch die staatlichen Leistungen im Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sportbereich. Bei Wikipedia heißt es dazu:

»Als Hauptaufgabe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nunmehr die ›Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus‹ definiert, die sich in einer Steigerung des Lebensstandards ausdrücken sollte. Ganz besonders wurde dazu in den 1970er Jahren das Wohnungsbauprogramm forciert, denn in der DDR herrschte auch Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch ein eklatanter Wohnungsmangel. Ab 1973 wuchs die Zahl der neu gebauten oder renovierten Wohnungen stark an [...] Bis 1980 wurden 700.000 bis 800.000 Wohnungen errichtet oder modernisiert und bis 1990 nach offiziellen Angaben insgesamt 3 Millionen Wohnungen in Plattenbauweise hergestellt [...] Zum IX. Parteitag der SED im Mai 1976 wurde zudem die 40-Stunden-Woche für alle Mütter mit zwei Kindern unter 16 Jahren eingeführt, der bezahlte Schwangerschaftsurlaub von 18 auf 20 Wochen verlängert, die Gewährung von zinslosen Krediten an junge Ehepaare und eine Erhöhung der Renten beschlossen.« (https://de.wikipedia.org/wiki/Einheit_von_Wirtschafts-_und_Sozialpolitik, abgerufen am 11.02.2019; vgl. auch Florath 2000, 35 f.)

Aufgrund dieser Maßnahmen stieg der Anteil der Konsumtion am Nationaleinkommen von 1970 bis 1987 von 71,0% auf 78,5%, der Anteil der Investitionen sank im gleichen Zeitraum von 24,6% auf 18,8%. Der Konsumbereich wurde freilich nicht nur auf Kosten der (dringend erforderlichen) Investitionstätigkeit finanziert, sondern in zunehmendem Maß auch über – größtenteils vom kapitalistischen Nachbarn BRD zur Verfügung gestellte – Kredite mit teils überaus ungünstigen Bedingungen. In den 70er und 80er Jahren wuchs die Verschuldung der DDR im kapitalistischen Ausland (NSW – Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) erheblich. Hier ist zu fragen, inwieweit die Wirtschaftspolitik der DDR-Führung unter E. Honecker – Konsumförderung statt Investitionen zur Modernisierung bzw. Erneuerung teils bereits stark überalterte Produktionsanlagen – sich noch wirklich von der von N.S. Chruschtschow bereits in den 50er Jahren propagierten Linie in der SU unterschied. Auf jeden Fall hätte die maßlose Verschuldung, die jedes Land vom Imperialismus erpressbar macht, vermieden werden müssen. Verschärft wurde die krisenhafte Entwicklung durch die unsolidarische – allem anderen, nur nicht dem proletarischen Internationalismus verpflichtete – Haltung der SU → Einschränkung von Rohstoff-, vor allem Öllieferungen (vgl. zum Vorstehenden auch Florath 2000, *passim*; Reichel 2007, 290 ff.).

Die SED und der Revisionismus

Die ideologische Prinzipienfestigkeit der Anfangsjahre

Im Lauf ihrer über vier Jahrzehnte währenden Geschichte hat die SED durch spezifische Beiträge und Erkenntnisse den politischen und theoretischen Erfahrungsschatz und das Wissen der kommunistischen Weltbewegung in hohem

Maße bereichert. Dazu gehört zweifellos auch die von ihr entwickelte These, dass der Sozialismus »eine relativ selbständige Formation in der historischen Etappe des Übergangs zum Kommunismus ist«. Auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 stellte sie die historisch neue Aufgabe, »die planmäßige Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in Angriff zu nehmen«. Wenn man ihre Geschichte überblickt und dabei die komplizierten, sich ständig verändernden Kampfbedingungen in Betracht zieht, unter denen sie handeln musste, erkennt man, dass die Partei – besonders in der ersten Phase der Entwicklung der DDR-Gesellschaft – insgesamt ein hohes Maß an Prinzipienfestigkeit und nötiger Flexibilität miteinander zu verbinden wusste. Sie hat in dieser Zeit unter dem ständigen Feuer des Klassegegners einen im wesentlichen marxistisch-leninistischen Kurs gehalten. Dabei besaß sie in den ersten Jahrzehnten die Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Die geheime Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR, in der die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgeschrieben wurde, verlieh ihr damals auch formell die demokratische Legitimation.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Mit dem XX. Parteitag der KPdSU und der berüchtigten »Geheimrede« N.S. Chruschtschows begann der revisionistische Niedergang der internationalen kommunistischen Bewegung. K. Gossweiler sagt dazu, er sei während der ganzen DDR-Zeit der Überzeugung gewesen, dass die Parteiführung, insbesondere W. Ulbricht, den Wechsel in der SU-Führung und in deren Politik unter N.S. Chruschtschow als eine Wendung zum Revisionismus erkannte, aber sich angesichts der Abhängigkeit der Existenz der DDR von der SU außerstande sah, dagegen – wie etwa die KP Chinas und die KP Albanien – offen und entschieden aufzutreten und deshalb eine Politik der Schadensbegrenzung gegenüber dem von der KPdSU-Führung ausgehenden revisionistischen Kurs betrieb – in der Überzeugung, dass sich die gesunden, marxistisch-leninistischen Kräfte in der SU über kurz oder lang wieder durchsetzen würden. Er hat deshalb in der »Taubenfußchronik« W. Ulbricht als Kämpfer gegen den Revisionismus bezeichnet. Im Dialog mit einem türkischen Genossen, der diese Wertung ablehnte und W. Ulbricht rundweg als Revisionisten bezeichnete, hat er dann seine Wertung präzisiert. Er argumentiert so:

»Wenn man gewusst hätte, dass die Periode des Revisionismus in der SU nicht eine Episode ist, die man überstehen muss, sondern dass eine solche Haltung zur Dominanz gelangt und zur Ursache dafür wird, dass der Revisionismus erstarkt und dass es zum Ende kommt – wenn man das gewusst und dann dennoch so gehandelt hätte –, dann wäre eine solche Haltung unverzeihlich gewesen. [...] Aber wir lernten das erst durch unsere Niederlage. [...] [W]ir müssen aus dieser Niederlage die Lehre ziehen: es war ein Fehler, nicht von Anfang an offen gegen den Revisionismus und

die Revisionisten zu kämpfen. [...] Vorher schien mir die Politik, die meine Partei unter der Führung Walter Ulbrichts betrieb, die für uns Marxisten-Leninisten in der DDR einzig mögliche zu sein.« (*Zit. nach Gossweiler 2005*)

Wie hat die Führung der SED auf den Chruschtschow-Revisionismus reagiert? Dazu zwei Beispiele.

Erstens: Zur Total-Rehabilitierung Titos usw. durch N.S. Chruschtschow und zum – in der »Belgrader Erklärung« vom Juni 1955 verankerten – Grundsatz des »Nationalkommunismus« (= die Negierung einer einheitlichen kommunistischen Weltbewegung, formuliert als »Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien und sozialistischer Länder«):

Die SED-Führung nahm das zur Kenntnis und veröffentlichte die sowjetischen Verlautbarungen im vollen Wortlaut. Sie ging zwar davon aus, dass die Rehabilitierung Titos zu Unrecht erfolgte, brachte das aber nicht zum Ausdruck, sondern verhielt sich wie damals alle Führungen der kommunistischen Parteien: Sie begrüßte die Versöhnung der Sowjetunion mit Jugoslawien als Schritt zur Überwindung der Spaltung im sozialistischen Lager. Ihre Ablehnung des »Nationalkommunismus« wurde nicht offen ausgesprochen, aber ersichtlich daraus, dass bei Treffen von SED-Politikern mit Vertretern anderer nichtrevisionistischer Parteien und sozialistischer Staaten in das Abschlusskommunique eine Formel nicht aufgenommen wurde, die seit dem Abkommen der SU mit Tito-Jugoslawien zum Erkennungszeichen revisionistischer Parteien wurde: die Formel nämlich, dass »beide Seiten vom Prinzip der Nichteinmischung« ausgehen.

Dies war natürlich kein offener Kampf gegen den Schwenk der KPdSU-Führung zum Revisionismus, aber auch kein Überlaufen mit vollen Segeln auf den »neuen Kurs«, sondern vielmehr ein, wenn man so will, zurückhaltendes Signal von partiellem Nichteinverständnis. Für die Masse der Parteimitglieder und für die Bevölkerung der DDR waren allerdings diese feinen Unterschiede nicht zu erkennen – für sie stand die DDR-Führung voll hinter der Erklärung, dass Tito schweres Unrecht zugefügt wurde.

Zweitens: Zum XX. Parteitag der KPdSU und N.S. Chruschtschows »Geheimrede«:

Es kann als sicher gelten, dass W. Ulbricht und die gesamte SED-Führung von N.S. Chruschtschows Auftritt nicht nur völlig überrascht und überrumpelt wurden, sondern sie auch als das empfanden, als was sie ja auch gedacht war: als einen Angriff nicht nur gegen J.W. Stalin, sondern gegen alle Parteiführungen (also auch gegen die Führung der SED), die Stalin nicht nur aus »Parteidisziplin«, sondern aus fester Überzeugung von der Richtigkeit der Stalinschen Politik gefolgt waren und ihre Mitglieder zum festen Vertrauen zu Stalin erzogen hatten.

Vor allen Parteiführungen kommunistischer Parteien stand nun die Frage: Wie verhalten wir uns zu dieser schroffen Verurteilung dessen, woran zu zweifeln in der Vergangenheit zumindest den Verdacht der Parteifeindlichkeit erweckte? Auf dem Parteitag selbst konnte sich kein ausländischer Parteiführer äußern, waren sie doch von der nach der offiziellen Beendigung des Parteitags einberufenen Sondersitzung ausgeschlossen gewesen – den Wortlaut der Rede hatte man erst aus der Veröffentlichung in der US- Presse erfahren.

Dennoch musste N.S. Chruschtschow Kritik an seiner Entstellung der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion hinnehmen, wenn auch erst im Juni und September 1956. Sie kam allerdings nicht von der SED-Führung, sondern von der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihren Führern M. Thorez und J. Duclos, vom Führer der Kommunistischen Partei Italiens, P. Togliatti, und der Partei Mao Tse-tungs, der KP Chinas. Von der SED-Führung gab es keine kritischen Bemerkungen zum Chruschtschow-Referat, aber auch keine breite Popularisierung. Auf der III. Parteikonferenz der SED war das Äußerste, was in der Rede W. Ulbrichts gegen J.W. Stalin vorgebracht wurde, die Feststellung: »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.« Dem Verlangen Moskaus, den Inhalt der Chruschtschow-Rede den Parteimitgliedern bekannt zu machen, kam die SED-Führung in der Weise nach, dass deren Hauptpunkte in geschlossenen Parteiversammlungen bekannt gegeben wurden. Die Parteiführung tat zu keiner Zeit von sich aus etwas, um eine Welle der Stalin-Verurteilung in Gang zu setzen. Ein Beispiel: Während man in manchen sozialistischen Ländern ebenso wie in der SU damit begann, Stalin-Denkmäler abzureißen, blieb das Stalin-Denkmal in der Stalin-Allee noch bis 1961, bis zum »zweiten XX. Parteitag«, nämlich dem XXII. Parteitag der KPdSU, von dem eine erneute Welle des Anti-Stalinismus ausging und J.W. Stalins engste Mitarbeiter, W.M. Molotow und L.M. Kaganowitsch, aus der Partei ausgeschlossen wurden, erhalten. Erst nach diesem Parteitag sah sich die SED-Führung offenbar gezwungen, dem verstärkten Verlangen aus Moskau nach Beseitigung aller Stalin-Denkmäler nachzukommen.

Der revisionistische Kurs Chruschtschows entsprach in keiner Weise den Überzeugungen und Wünschen des maßgebenden Mannes der SED-Führung, W. Ulbricht. Aber vor die Entscheidung gestellt, entweder den offenen Kampf gegen die revisionistische Moskauer Führung aufzunehmen (wie das inzwischen die chinesische KP und die KP Albaniens getan hatten) oder den offenen Bruch mit der Führung der KPdSU und der SU zu vermeiden, deren Kursänderung mitzumachen und sich dabei auf Schadensbegrenzung zu beschränken, entschied sich W. Ulbricht wiederum für Schadensbegrenzung in der Überzeugung, dass es – angesichts der politischen, ökonomischen und vor allem militärischen Abhängigkeit seines Staates von der SU – im Interesse des Erhalts der DDR keine andere Option gäbe. So sehr das damals als

richtig und unvermeidlich erschien, bedeutete es aber auch die Gewöhnung der Partei und der Bevölkerung des Landes daran, die aus Moskau verkündete revisionistische Ideologie und die vorgeführte entsprechende Praxis als den notwendigen und einzig richtigen Weg für den Aufbau des Sozialismus anzusehen. Es machte unfähig zu einem eigenen Urteil über falsch und richtig der Politik der Führung, weil durch die Verurteilung all dessen, von dessen Richtigkeit man vorher überzeugt worden war, die bisherigen Maßstäbe außer Kraft gesetzt wurden und plötzlich etwas Neues Geltung haben sollte.

Klar auf Distanz zur revisionistischen Linie der KPdSU ging W. Ulbricht jedoch in Fragen der Ökonomie. N.S. Chruschtschow hatte bekanntlich das abenteuerliche Ziel vorgegeben, die USA ökonomisch in nur zehn Jahren ein- und überholen zu wollen und in 20 Jahren in der SU den Kommunismus zu erreichen.

Dagegen wandte sich W. Ulbricht in einem Vortrag über die Bedeutung des Werks von Karl Marx für die Schaffung des Systems des Sozialismus auf einer internationalen wissenschaftlichen Tagung im September 1967. In diesem Vortrag fasste er die internationalen und die eigenen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus zusammen und gelangte zu der bisher nirgendwo ausgesprochenen Schlussfolgerung, »dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozial-ökonomische Formation in der historischen Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab«. Diese Feststellung war ein deutlicher Einspruch gegen das Moskauer Geschwätz von der Nähe der »lichten Höhen des Kommunismus« und wurde dort auch durchaus so verstanden.

Mit W. Ulbricht an der Spitze versuchte die SED, die marxistisch-leninistische politische Linie der Partei zu wahren. Dafür geriet sie nicht nur ins Feuer des Klassengegners, sondern sah sich immer häufiger gezwungen, Fallen auszuweichen und unschädlich zu machen, die von Moskau ausgingen. W. Ulbricht musste bis zum Sturz N.S. Chruschtschows eine Gratwanderung vollbringen, die die höchste politische Meisterschaft voraussetzte. Bei seinen Versuchen, ihn von der Spitze der SED zu beseitigen, nutzten N.S. Chruschtschow und seine Verbindungsleute in der DDR Meinungsverschiedenheiten und persönliche karrieristische Bestrebungen, die es in der Parteiführung gab, um eine Politbüro- und ZK-Mehrheit zustande zu bringen (→ Herrstadt/Zaisser, Schirdewan). Bei Beachtung aller komplizierten Zusammenhänge muss man einerseits festhalten, dass die SED bis 1970 im Kern keine revisionistische Partei war. Andererseits gilt: So wenig W. Ulbricht der eigenen Überzeugung nach Revisionist war – dadurch, dass sie es unterließ, den aktiven Kampf gegen den Revisionismus zu führen und der von Moskau ausgehenden revisionistischen Umwandlung der kommunistischen Parteien nicht offen

widersprach, trug die SED dazu bei, dass die kommunistische Weltbewegung zum Kampf für den Sozialismus immer unfähiger wurde.

Der Wechsel an der Parteispitze von W. Ulbricht zu E. Honecker.

Die Ablösung W. Ulbrichts durch E. Honecker, offiziell auf Wunsch des ersteren und mit der Berufung auf sein Alter von ihm selbst erklärt und der Partei bekannt gemacht, hatte eine Vorgeschichte und erfolgte nicht ohne Einfluss aus Moskau. Am 21. Januar 1971 hatten sich einige Mitglieder des Politbüros der SED, darunter E. Honecker, an das Politbüro der KPdSU mit einem Brief gewandt, in dem sie sich auf Differenzen mit W. Ulbricht zu Grundfragen der Politik beriefen und L. Breschnew baten, »in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch zu führen, in dessen Ergebnis dieser von sich aus das Zentralkomitee der SED bittet, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs zu entbinden. Diese Frage sollte möglichst bald gelöst werden, das heißt unbedingt noch vor dem VIII. Parteitag der SED.«

Man kann dies wohl mit guten Gründen als Putsch bezeichnen. Sein Ergebnis war zwar kein Wechsel von einem Marxisten-Leninisten zu einem Revisionisten. Aber es war der Wechsel von einem der im Klassenkampf erfahrensten und begabtesten Führer der deutschen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu einem vom besten Willen erfüllten, aber infolge schwacher Führungsqualitäten leicht auf Abwege zu lenkenden Parteiführer.

Während der fast 20 Jahre, in denen E. Honecker an der Spitze der SED und des Staates stand, ging es ihm subjektiv ehrlich um das Wohl der DDR. Zunächst erschien es so, als sei mit ihm die Ära der größten Erfolge der DDR angebrochen. Unter der Losung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« wurde ein umfassendes Sozialprogramm verkündet, dass von den Werktätigen freudig begrüßt wurde. Aber es handelte sich bei den ersten Fortschritten im Grunde nicht um Erfolge der neuen Führung, sondern die Ernte der vorangegangenen Jahre. Bald stellte sich heraus, dass das erhoffte Wachstum der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftskraft nicht wie geplant eintrat. Es garantierte nicht die hohen Sozialleistungen – insbesondere das gewaltige Wohnungsbauprogramm – einer- und die erforderlichen Akkumulationen andererseits. Die Erwartungen der Menschen, die immer mehr Vergleiche mit dem Lebensstandard der BRD zogen, wurden enttäuscht. Das wäre zu ertragen gewesen, wenn die Partei offen die Ursachen der negativen Entwicklung dargelegt und mit den Parteimitgliedern und den Massen darüber beraten hätte, wie man sie meistern könnte.

Die SED-Führung ging aber den anderen Weg, den des Administrierens, der Vertuschung von Widersprüchen und Problemen und der Schönfärberei, der in der Medienpolitik Ausdruck fand. Die Kluft zwischen Partei und breiten Teilen der

Massen war groß geworden und innerhalb der Partei verlor die Führung immer stärker das Vertrauen der einfachen Mitglieder.

Besonders dramatische Auswirkungen hatten die unter Einfluss der Thesen des XX. Parteitag und der sie vertretenden revisionistischen Kräfte der KPdSU getroffene Einschätzung der internationalen Beziehungen und die damit verbundene Abweichung von der klaren marxistisch-leninistischen Definition der friedlichen Koexistenz als Form des internationalen Klassenkampfes. Diese neue Einschätzung ging davon aus, »dass die imperialistischen Kräfte nunmehr die von der SU und der sozialistischen Staatengemeinschaft verfochtenen Prinzipien der friedlichen Koexistenz als einzig mögliche Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftsordnung anerkennen müssen«. Die Tatsache, dass 1972 zahlreiche kapitalistische Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannten und im gleichen Zeitraum die DDR in die UNO aufgenommen wurde, schien das zu bestätigen.

Der Grund dafür war möglicherweise in der damaligen Situation nicht unmittelbar, ist aber in der historischen Rückschau umso deutlicher erkennbar: Nach dem Scheitern der »Roll back«-Politik und der Drohung mit der nuklearen militärischen Überlegenheit initiierte der Imperialismus Ende der 60er Jahre eine gerne als »Entspannungspolitik« bezeichnete Phase der »sanften Unterwanderung«, die darauf hinauslief, »ökonomische Abhängigkeiten der sozialistischen Gesellschaften von den kapitalistischen Ländern auszunutzen, um innere Widersprüche in deren Entwicklung bis zur konterrevolutionären Sprengkraft zu vertiefen. Von der Ideologie des ›Sozialismus mit menschlichem Antlitz‹ bis zur KSZE [= *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – IΦB*] spannte sich ein Bogen der subversiven Strategien gegen die Staaten des sozialistischen Lagers.« (Holz 2017, 46)

Natürlich konnte von einer plötzlichen »Friedensfähigkeit« des Imperialismus keine Rede sein. Völlig zutreffend war stattdessen die weitsichtige Einschätzung der neuen imperialistischen Strategie »Wandel durch Annäherung«, die der erfahrene Kommunist und Außenpolitiker O. Winzer getroffen hatte: Es handele sich dabei um nichts anderes als um die »Konterrevolution auf Filzlätschen«.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese mit dem – Ende August 1987 auch im »Neuen Deutschland« veröffentlichten – gemeinsamen Papier von SED und SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«, mit dem die Autoren – Vertreter der »Grundwertekommission« der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED – Vorarbeit für den Herbst 1989 leisteten. An zentraler Stelle heißt es darin:

»Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt [...] Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten [...] Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt [...] Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozeß der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlußakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.«

(Quelle:
http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte_4.pdf, abgerufen am 13.02.2019)

Wesentliche Teile der Akademie für Gesellschaftswissenschaften – des ideologischen Zentrums der Partei – hielten also den Imperialismus für »friedens-« und »reformfähig« – und das wohl nicht erst seit dem Entstehungszeitpunkt dieses Papiers. An die Stelle der friedlichen Koexistenz als Form des internationalen Klassenkampfes trat der die Gegenseite harmonisierende Terminus »Systemwettbewerb«. Über die nur zwei Jahre später eintretenden Konsequenzen dieser Erosion von Imperialismus-Theorie und Klassenstandpunkt darf man sich natürlich nicht wundern...

Prof. R. Reissig, führendes Mitglied der ZK-Akademie und Mitautor des Papiers, sagte im August 1992 aus Anlass des fünften Jahrestags seiner Veröffentlichung:

»Hier ist etwas ganz Eigenartiges geschehen. Dieses Papier ist eben nicht von der SED-Führung initiiert worden, ist nicht von ihr ausgearbeitet worden, auch nicht in ihrem Auftrag, nicht von ihr kontrolliert. Das mag viele überraschen, aber es ist so. Es ist von uns im ganz kleinen Kreis erarbeitet worden, ohne Kenntnis der SED-Führung, weil wir immer der Meinung waren, das Papier wird so nicht durchgehen, das wird abgelehnt werden, wir warten bis zuletzt, bis eine günstige Gelegenheit entsteht, um dann in einem Überraschungsmoment dies uns bestätigen zu lassen. Das ist gelungen.« (Zit. nach Vellay 2007, 289)

Was Reissig hier erklärt, heißt nichts anderes, als dass im ideologischen Zentrum der Partei hinter dem Rücken der Führung unter Verschweigen der wahren Absichten konspiriert wurde. Reissig weiter, befragt nach der Wirkung des Papiers in der Partei:

»In der SED-Basis hat es wie eine Lawine gewirkt, darf man sagen. Es hat eine Diskussion ausgelöst, zumindest wie ich sie seit dem Prager Frühling 68 nicht mehr gekannt habe. Es war ein Aufruf im Grunde genommen nach einem Einstieg in eine DDR-spezifische Perestroika- und Glasnostpolitik, es war ja doch ein Bruch mit der Realität der DDR und mit der Politik der SED, mit der Informationspolitik, mit der Medienpolitik, mit der Verweigerung des Dialogs, mit der Propagierung der Feindbilder, einem überlebten, aggressiven Imperialismusbild, einer Konzeption von revolutionären Weltprozessen – das alles wurde dort in Frage gestellt.« (*Zit. nach ebd.*)

Schließlich bekannte sich Reissig offen zur unmittelbar konterrevolutionären Zielsetzung des Papiers – anders ist die folgende Antwort auf die Frage, welche Bedeutung das Papier damals denn für die »oppositionellen« (sprich konterrevolutionären) Kräfte in der DDR gehabt habe, nicht zu werten:

»Als wir das Papier ausarbeiteten, spielte das eine große Rolle. Natürlich war zunächst ein Papier gedacht zwischen der Staatspartei SED und der SPD zur Entwicklung des Außen- und des Innendialogs. Gleichzeitig war in diesem Papier der Gedanke, die Opposition – dort formuliert als Individuen, Bürger, Gruppen aller Art – soll in den Dialog einbezogen werden.« (*Zit. nach ebd., 290*)

Ein Beispiel noch für die Aufweichung ursprünglich marxistisch-leninistischer Positionen in der SED:

Im auf dem IX. Parteitag (Mai 1976) beschlossenen Parteiprogramm wurde – in Übereinstimmung mit der von N.S. Chruschtschow vorgegebenen revisionistischen Moskauer Linie – der Kommunismus als reales Ziel formuliert. In einer nachfolgenden Beratung mit Jugendaktivisten erklärte E. Honecker »die Jugend der DDR zum Erbauer des Kommunismus« und ergänzte, »dass auch er davon ausgeht, den Kommunismus noch zu erleben«. Die Ähnlichkeit mit den großmäuligen Prognosen eines N.S. Chruschtschow und die Realitätsferne angesichts der tatsächlichen Lage in der Gesellschaft der DDR sind frappierend!

D. Itzerott und K. Gossweiler kommen in ihrer Abhandlung »Die Entwicklung der SED« zu folgender Einschätzung:

»Die Saat Gorbatschows tat schließlich – trotz unbestrittener Bemühungen Erich Honeckers und anderer, sie in der DDR nicht aufgehen zu lassen – ihr Werk. Der die DDR zersetzende Revisionismus war nicht nur ein Moskau-Import-Produkt, sondern zum Teil auch hausgemacht.« (*Itzerott/Gossweiler 2009, 86*)

In der Endphase der DDR erwies sich die SED-Führung als nicht willens und fähig, die für jeden erkennbaren Schwierigkeiten und Mängel zur Sprache zu bringen.

Stattdessen wurde die Wirklichkeit schön geredet und Tag für Tag nur von Erfolgen berichtet, von denen die Menschen in ihrem Alltag schon längere Zeit nichts mehr verspürten. Das war das Gegenteil einer Führung im Sinne W.I. Lenins, dessen Maxime war, Schwierigkeiten und Gegensätze nicht zu verschweigen und zu verkleistern, sondern offen auszusprechen. Dafür, dies nicht zu tun, meinte die SED-Führung allerdings ihre Gründe zu haben – viele Probleme hatten ihre Ursachen in der Gorbatschow-Politik gegenüber der DDR. E. Honecker selbst äußerte sich dazu in den »Moabiter Notizen« wie folgt:

»Ganze Generationen waren im Geiste des unerschütterlichen Vertrauens zur Sowjetunion erzogen. Sie mussten nun zum zweiten Mal – 1956 und dann 1985–1990 – verdauen, was nun nicht mehr vom Gegner kam. Alles wurde plötzlich umgewertet. Alles erfuhr eine Neubewertung. Es wurde alles in Frage gestellt, was bisher richtig schien, die Oktoberrevolution eingeschlossen. Wie konnte, wie musste sich unsere Partei dem stellen? Was hätte eine Konfrontation mit einer in der SU offen geduldeten Politik bewirkt? Hätten das alle Menschen verstanden?« (*Zit. nach ebd., 95*)

Schädlich ausgewirkt haben sich schließlich

- *die Vernachlässigung der ständigen objektiven Bewertung des tatsächlichen Bewusstseinsstands:*

Es gab die Neigung, das Niveau des Bewusstseins zu überschätzen. Man hielt, wie H. Keßler bemerkte, an einer vereinfachten Sicht auf die Arbeiterklasse fest und beschränkte sich auf die verbale Betonung ihrer Rolle als historisches Subjekt, ja man ging sogar zu einer Idealisierung über. Die Langzeitwirkung bürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen wurde unterschätzt. Es gab Zeiten spürbarer Fortschritte bei der Bewusstseinsentwicklung in der zweiten Hälfte der 50er und in den 60er Jahren. Doch Ende der 70er und in den 80er Jahren kam es zu Erosionen im Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse, unter der Jugend und bei der Intelligenz. Das hatte zur Folge, dass bei anstehenden komplizierten Aufgaben das Tempo willkürlich forciert wurde, ohne Rücksicht auf den wirklichen Reifegrad der Partei und der Massen zu nehmen.

- *die Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit:*

Statt der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus kamen immer mehr Reden der Mitglieder des Politbüros und Parteibeschlüsse auf die Liste der von den Teilnehmern am Parteilehrjahr zu lesenden »Pflichtliteratur« – gleichsam ein Wesensmerkmal revisionistischer Aufweichungen: die Abkehr vom Grundlagenstudium und damit von der Wissenschaftlichkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung einer- und die Hinwendung zum Auswendiglernen aktueller (und natürlich teils opportunistischer bzw. revisionistischer) strategischer Orientierungen der Führung andererseits. Während unter Leitung von W. Ulbricht die

offene Diskussion und Polemik zu theoretischen Grundfragen geführt wurde, traten an deren Stelle abgelesene Monologe. Immer deutlicher wurde sichtbar, dass die erlebte Wirklichkeit im Gegensatz zu den ideologischen Thesen stand. Das führte zu nachlassender Glaubwürdigkeit der Partei unter den Mitgliedern und den parteilosen Massen.

- *die Vernachlässigung offener Informationspolitik der Medien:*

Schönfärberischer Aktionismus, dauernde Erfolgsmeldungen, Kampagnenhaftigkeit und peinliche »Hofberichterstattung« prägten zunehmend deren Bild. Besonders verhängnisvoll war die defensive Reaktion auf die zeitgleich mit der KSZE vom Imperialismus eröffnete »Menschenrechtskampagne«. In diesen Zusammenhang gehört auch das oben erwähnte Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«, das sich als ein Einfallstor der Konterrevolution erweisen sollte.

- *die Vernachlässigung der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit:*

Bei der Bewertung des Wirkens einer marxistisch-leninistischen Partei ist die Frage nach Niveau und Verfasstheit ihrer theoretischen Arbeit von großer Bedeutung. Die SED verfügte über leistungsfähige Theoriekapazitäten und besaß marxistisch gebildete Kader. Auf vielen Gebieten wurde eigenständige innovative Forschung betrieben. Andererseits haben Erscheinungen wie die Leugnung und Unterschätzung von Widersprüchen im Sozialismus sowie der voluntaristische Umgang mit der »Gesetzmäßigkeit« eines Sieges (Unumkehrbarkeitsthese) fatale Wirkungen gehabt. Die parallel zum »Eurokommunismus« anwachsende Tendenz zu revisionistischen Auffassungen in einigen Theorie-Zentren wurde nicht erkannt oder nicht ernst genommen.

- *die Vernachlässigung der innerparteilichen Demokratie und des Prinzips des demokratischen Zentralismus:*

Der demokratische Zentralismus ist das von W.I. Lenin formulierte Organisationsprinzip einer marxistisch-leninistischen Partei. Als solche verstand sich die SED. Der schöpferische Umgang mit ihm war in ihrem Statut festgeschrieben. Ohne eine Praxis auf seiner Grundlage wären die Erfolge der SED bei der Führung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht möglich gewesen. Aber der demokratische Zentralismus wurde im Kontext mit den konkreten Erscheinungen des Klassenkampfes und der Probleme mit dem von der KPdSU ausgehenden Revisionismus verzerrt angewandt. Die innerparteiliche Demokratie als eine entscheidende Voraussetzung wurde immer mehr eingeeengt. Das führte zu einer unzulässigen Verschärfung bürokratisch-zentralistischer Tendenzen sowie gleichzeitig zum Aufkommen des Karrierismus. War es bis zum VIII. Parteitag üblich, dass turnusmäßig Beratungen des Politbüros mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen durchgeführt wurden,

verkam diese Form des demokratischen Meinungsaustauschs der Führung mit den Basisfunktionären zu einer Form der Disziplinierung. An die Stelle regen Erfahrungsaustauschs trat ein 5-stündiges Referat des Generalsekretärs, das den Ersten Sekretären danach gedruckt ausgehändigt wurde mit der Verpflichtung, es wörtlich vor dem Kreisparteiaktiv zu verlesen. Diskussionen darüber gab es nicht mehr.

• *die Vernachlässigung der Reinheit der Partei:*

W.I. Lenin wandte sich stets gegen die Definition der Partei als »Massenpartei« und vertrat den Standpunkt, dass eine strenge, qualitative Auswahl die zahlenmäßige Stärke der Partei bestimmen müsse: »Es ist besser, zehn Arbeitende bezeichnen sich nicht als Parteimitglieder [...] als daß ein Schwätzer das Recht und die Möglichkeit hat, Parteimitglied zu sein«. (LW 6, 502) Überdies sah er die Gefahr, »dass die Versuchung, in die Regierungspartei einzutreten, riesig groß ist und damit Karrieristen in die Partei kommen«. 1922 stellte er fest, dass die Zahl von 300.000–400.000 Mitgliedern »übermäßig hoch« sei (vgl. LW 33, 241). Die ausufernde Mitgliederentwicklung der SED stand zu W.I. Lenins Auffassung in krassem Gegensatz, wie aus folgender Tabelle deutlich wird:

Mitgliederentwicklung der SED

1946 (nach dem Vereinigungs-Parteitag)	1.298.415
1949 (nach der Staatsgründung)	1.603.754
1970	1.904.026
1988	2.300.000

(Tab. aus Itzerott/Gossweiler 2009, 90)

Der Sieg der Konterrevolution

Für die letzten Monate der DDR konstatieren D. Itzerott und K. Gossweiler eine »Atmosphäre der Ausweglosigkeit und des Pessimismus [...] Die Mitglieder des SED-Politbüros verkannten völlig, dass sie ihre letzte Chance verspielt hatten.« Der Zusammenbruch von Staat und Partei, betrieben von der inneren wie äußeren Konterrevolution und begünstigt durch den Verrat M.S. Gorbatschows, war nicht mehr zu verhindern, »auch weil die politischen Zentren der DDR bis Ende September handlungsunfähig waren. Es herrschte politische Sprachlosigkeit.« (Itzerott/Gossweiler 2009, 91 f.)

Die einzelnen Stationen des (von der westlichen Politik und Journaille gerne als »friedliche Revolution« bezeichneten) Dahinscheidens des ersten Arbeiter- und

Bauernstaats auf deutschem Boden – die »Montagsdemonstrationen«, der von E. Krenz betriebene Putsch gegen E. Honecker Mitte Oktober 1989, die Öffnung der Westgrenze am 9. November – sind bekannt und sollen hier und heute nicht weiter thematisiert werden.

Der am 1. Dezember 1989 auf Antrag der SED-Fraktion durch die Volkskammer beschlossene »Verzicht auf den Führungsanspruch der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« gab schließlich jeden Spielraum auf und wurde zum politischen Suizid.

Die innerparteiliche, revisionistische Opposition inszenierte ihren Putsch widerstandslos und voll auf der Linie M.S. Gorbatschows mit einer »antistalinistischen« Hetze sondergleichen: Hervorragende und verdiente Genossen der SED wurden von den neuen Herren der SED/PDS ausgegrenzt, mit Parteistrafen belegt oder ganz aus der Partei ausgeschlossen und obendrein strafrechtlich verfolgt.

Ein H. Modrow als Ministerpräsident ließ E. Honecker, H. Keßler und andere verhaften und einsperren. Mehr noch: Als er von seinem Treffen mit M.S. Gorbatschow aus Moskau zurückkehrte, betätigte er sich als dessen Helfershelfer bei der Auslöschung der DDR, indem er den Anschluss an die BRD frivol und zynisch mit den Worten der DDR-Hymne »Deutschland, einig Vaterland« ankündigte, damit die endgültige Kapitulation der DDR vollzog und sie an die alten Kräfte des deutschen Imperialismus zurückgab.

(Vgl. zur letzten Phase der SED-Geschichte, zu den innerparteilichen Konflikten und zur Handlungs- und Orientierungslosigkeit auf allen Ebenen auch Keßler 2009 und Wilke 2018.)

Literatur

Walter Florath: Sozialismusvorstellungen und Arbeitsproduktivität, in: *Offensiv* (Hrsg.): *Auferstanden aus Ruinen. Über das revolutionäre Erbe der DDR*, Hannover 2000

Kurt Gossweiler: Gespräch mit Kurt Gossweiler in der Zeitschrift »Özgürlük Dünyası« (25.02.2005), <http://kurt-gossweiler.de/?p=868>, abgerufen am 13.02.2019

Hans Heinz Holz: *Kommunisten heute. Die Partei und ihre Weltanschauung*, 2. Aufl. Essen 2017

Dieter Itzerott/Kurt Gossweiler: Die Entwicklung der SED, in: *Offensiv* (Hrsg.): *Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR*, hrsg. vom »Verein zur Förderung demokratischer Publizistik« e.V., Hannover 2009, S. 45–96

Heinz Keßler: Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Offensiv (Hrsg.): Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR, hrsg. vom »Verein zur Förderung demokratischer Publizistik« e.V., Hannover 2009, S. 97–107

Helmut Koziolk: Hatte das Neue Ökonomische System eine Chance?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 10 (1996) 1/2, S. 129–153

Andreas Reichel: Zur Rohstoffbasis der DDR und den Einfuhren sowjetischen Erdöls, in: Offensiv (Hrsg.): Niederlagenanalyse, hrsg. vom »Verein zur Förderung demokratischer Publizistik« e.V., Hannover 2007, S. 290–315

Jörg Roesler: Erneuerung der Planung, in: junge Welt vom 08.09.2012

Ders.: Auf der Überholspur, in: junge Welt vom 19.04.2017

Ders.: Der April 1968 in der DDR. Höhepunkt einer zügig vorangetriebenen Wirtschaftsreform, in: UZ vom 27.04.2018

Ders.: Geschichte der DDR, 4. Aufl. 2019

Rolf Vellay: Ohne Kenntnis der SED-Führung, in: Offensiv (Hrsg.): Niederlagenanalyse, hrsg. vom »Verein zur Förderung demokratischer Publizistik« e.V., Hannover 2007, S. 287–290

Manfred Wilke: Interview mit Wolfgang Berghofer: »Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige«. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90, in: offen-siv 9/2018, S. 46–72

Kommunistische Organisation

Kommunistische Organisation: Leitantrag - Zur Arbeit in den Massen

Thesen zum Kampf der Arbeiterklasse

Für Kommunisten dürfte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie möglichst viele Menschen erreichen und organisieren müssen, dass sie Teil der Arbeiterbewegung sind. Wie Marx sagte, geht es darum, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie

zu verändern. Und das geht nur, wenn die Volksmassen und vor allem die Arbeiterklasse ihre Lage erkannt hat und weiß, wie sie handeln kann.

Was aber ist das Ziel der Arbeiterklasse, was ist ihre historische Aufgabe und wie ist diese mit den konkreten Anforderungen und Auseinandersetzungen zu verbinden? Welche Rolle spielt dabei die Kommunistische Partei und wie muss sie aufgestellt sein? Was ist überhaupt unter Klassenkampf zu verstehen und warum ist dieses Verständnis bedeutend für die Frage der Praxis? Und wie kann diese Aufgabe hier und jetzt, in dieser historischen Situation in der wir uns befinden, konkret angegangen werden? Das sind Fragen, die im Zentrum der Kommunistischen Bewegung stehen und umstritten sind.

Nachdem wir uns im vergangenen Jahr konstituiert haben und Programmatische Thesen verabschiedet haben, sowie im Januar dem aus unserer Sicht notwendigen Klärungsprozess in der Kommunistischen Bewegung mit dem Bolsche Wiki einen Rahmen gegeben haben, beschäftigt sich der Leitantrag der Kommunistischen Organisation zu ihrer 2. Vollversammlung mit der Frage der Arbeit in den Massen. Er wird in der Organisation die nächsten Monate diskutiert und mit Sicherheit qualifiziert werden. Wir wollen die Thesen dieses Leittrags aber auch öffentlich zur Diskussion stellen und wünschen uns Anregungen, Hinweise und vor allem Kritik. Denn uns ist bewusst, dass wir nur über einen eingeschränkten Erfahrungs- und Wissensschatz verfügen. Deshalb suchen wir die Auseinandersetzung und die Debatte. Wir würden uns freuen, Kommentare und Kritiken von anderen Organisationen oder Einzelpersonen zu erhalten und damit die Auseinandersetzung um diese Fragen vorantreiben zu können.

Neben den hier veröffentlichten Thesen beschäftigen wir uns auch mit unseren Organisationsstrukturen und wie wir sie für die Massenarbeit aufstellen können.

Der Erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, was wir eigentlich unter Klassenkampf verstehen und welche Konsequenzen wir daher für unsere Orientierung in der Praxis ziehen müssen.

Im zweiten Abschnitt beschäftigen wir uns dann konkreter mit der Frage, wie die Organisierung der Massen durch kommunistische Massenarbeit entwickelt und vorangetrieben werden kann. Auf Basis einer Beschreibung der gesellschaftlichen Situation und der Notwendigkeit der Organisierung entwickeln wir Begriffe wie Massenorganisationen, Massenarbeit und die zugehörigen Prinzipien. Außerdem gehen wir auch ausführlich auf das Verhältnis der Kommunistischen Organisation zu Massenorganisationen und die Aufgaben der einzelnen Kommunisten ein.

Abschnitt 1: Politische Begründung

Unser Ziel: Den Klassenkampf organisieren und gewinnen

Bevor wir uns der Frage zuwenden, was wir unter Massennarbeit verstehen und was ihre Prinzipien sind, müssen wir die Frage beantworten, was unser Ziel ist und was die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist. Wir verstehen unter Massennarbeit nicht einen separaten Bereich unserer Arbeit. Wir verstehen darunter auch nicht eine mögliche Arbeit von einigen Genossen, während andere damit nichts oder nicht viel zu tun haben. Wir verstehen darunter auch nicht „Praxis“ im Unterschied zu und losgelöst von „Theorie“. Klassenkämpferische Massennarbeit und Massenorganisationen wie wir sie verstehen, sind auch nicht getrennt oder losgelöst von der Kommunistischen Organisation zu verstehen. Ohne diese wird es sie nicht geben und anders herum wird die Kommunistische Partei ohne Massennarbeit und Massenorganisationen keine revolutionäre Vorhut, nicht die höchste Organisationsform des Proletariats sein können. Es geht um den Klassenkampf des Proletariats und seine Gesetzmäßigkeiten.

Die Arbeiterklasse nimmt einen besonderen Platz in der Geschichte der Menschheit ein. Entstanden und hervorgebracht durch die Bourgeoisie und ihre kapitalistische Produktionsweise kann sie sich von ihrer Unterdrückung und Ausbeutung nur befreien, in dem sie die Kapitalistenklasse stürzt, die Macht in die eigenen Hände nimmt und den Sozialismus errichtet. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte muss es zum Sozialismus - zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel - kommen, aber es kommt nicht von alleine dazu. Dazu ist die revolutionäre Tat des Proletariats, ja der gesamten Klasse notwendig. Das bedeutet, dass die Klasse das Bewusstsein erlangen muss, um das zu erkennen und das auch ausführen, umsetzen zu können. Es kann nicht das Werk einer kleinen verschworenen Gemeinschaft sein, sondern muss das Werk der Arbeiter sein. Sie müssen in ihrem Kampf die Macht in die eigenen Hände nehmen und die neue Gesellschaft errichten. Damit sie in der revolutionären Situation dazu in der Lage sind, müssen bereits vorher Erfahrungen in Massenorganisationen gesammelt werden können.

Was ist also die Aufgabe von Kommunisten bei der Arbeit in den Massen? Was ist ihr Ziel? Unser Ziel muss die Politisierung der Massen, die Hebung ihres Bewusstseins sein. Bewusstsein darüber, dass das Ziel ihres Kampfs nur der Sturz der Kapitalistenklasse sein kann und sie sich dafür unter Führung der Kommunistischen Partei zusammenschließen und organisieren müssen.

Was verstehen wir aber überhaupt unter Klassenkampf?

Mit dieser Frage sind wir im Zentrum der Auseinandersetzungen der kommunistischen Bewegung, der revolutionären Arbeiterbewegung seit es sie gibt. Wir sind bei der Frage, was die Arbeiterklasse eigentlich machen soll, was ihre

historische Aufgabe ist. Wir sind bei der Frage, soll sie die Macht erobern und was heißt das? Soll sie eine antimonopolistische Ordnung anstreben in einem Klassenkompromiss mit der Bourgeoisie, über die Wege des vorhandenen Staates der Bourgeoisie? Oder muss sie ihre eigene Macht errichten, den bürgerlichen Staat zerschlagen und den Sozialismus aufbauen? Oder lassen wir diese Frage unbeantwortet und machen es von der Entwicklung der Bewegung und den dann vorhandenen Kräfteverhältnissen abhängig?

Wir halten die Strategie der antimonopolistischen Übergangsetappe für falsch - nicht nur weil sie den grundlegenden Erkenntnissen des Kampfs der Arbeiterklasse widerspricht, sondern weil sie deshalb auch diesem Kampf eine falsche Orientierung gibt, weil sie ihn in der zentralen Frage, die Frage der Macht, falsch beantwortet oder darin unklar bleibt. Das führt dazu, entweder doch direkt auf eine reformistische Perspektive zu orientieren oder den Klassenkampf davon einfach zu trennen, ihn nicht mit dieser Frage zu verbinden. Damit rutscht der Begriff des Klassenkampfes auf ein ökonomistisches Verständnis ab.

Wir bestimmen Klassen zunächst ökonomisch, also durch die Position in den Produktionsverhältnissen und vor allem durch das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Die Arbeiterklasse besitzt keine Produktionsmittel und wird ausgebeutet, die Bourgeoisie besitzt sie und beutet die Arbeitskraft aus. Beide Klassen stoßen ständig gegeneinander, sie befinden sich in einem beständigen Kampf. Die Arbeiterklasse agiert jedoch nicht automatisch als organisierte Kraft, sondern oft in spontanen Kämpfen hier und dort. Die Kapitalistenklasse steht der Arbeiterklasse aber als organisierte Macht, in Form des Staates, gegenüber. So wie jede unterdrückte Klasse in der Geschichte kämpfen Arbeiter gegen die Bedingungen, in denen sie leben und arbeiten müssen, gegen die direkten Auswirkungen ihrer Ausbeutung - so wie jede herrschende Klasse in der Geschichte bekämpft die Bourgeoisie die Regungen der Arbeiter, um ihre Herrschaft abzusichern. Das musste auch die Bourgeoisie hinnehmen, sie konnte irgendwann nicht mehr ignorieren, dass es die Arbeiterklasse gibt, dass die Arbeiter sich zusammenschließen und sich wehren. Dass die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Ausbeutungsbedingungen nicht einfach so hinnehmen, sich zusammenschließen und Widerstand leisten, haben die Kapitalisten längst akzeptiert und versuchen sie soweit wie möglich zu regulieren und zu begrenzen. Wenn es nach der Bourgeoisie ginge, könnte die Geschichte immer so weiter gehen.

Die wesentliche Lehre aus den Kämpfen der Klasse ist aber, dass es nicht immer so weiter gehen kann, sondern dass die Arbeiterklasse um sich zu befreien, die Kapitalisten stürzen muss. Dafür ist bewusste, organisierte und kollektive revolutionäre Tat notwendig. Diese kann nicht das Werk einzelner Verschwörer sein,

sondern muss das Werk der Massen sein. Sie muss das Ziel der Staatsmacht haben, sonst bleibt die Bourgeoisie an der Macht. Das ist das Wesen des Klassenkampfes des Proletariats, das ist der marxistische Begriff davon.

Engels schrieb 1895 eine Einleitung von Marx' Werk „Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850“ und reflektierte die Entwicklung der Klassenkämpfe seiner Zeit: „Haben sich die Bedingungen geändert für den Völkerkrieg, so nicht minder für den Klassenkampf. Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewusstloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt.“ (Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, Band 22, S. 523, Dietz Verlag Berlin 1972)

Die Aufgabe der Massenarbeit ist es, Bewusstsein dafür zu entwickeln, was zu tun ist und dass es für den Kampf schlagkräftige Organisationen der Klasse braucht, so dass die Massen wie ein Trupp aufgestellt sind. Dafür muss also die Frage - was ist zu tun - hier im gesamthistorischen Zusammenhang gemeint, beantwortet sein. Es braucht Klarheit über das Ziel und über den Begriff des Klassenkampfes, weil sonst die Unterordnung unter das politische Ziel der Bourgeoisie stattfindet. Wer nicht wirklich, sondern nur in Worten auf die Macht und auf den Aufbau eines sozialistischen Staates orientiert, wird nicht die Selbsttätigkeit der Massen, ihre Eigenständigkeit heute schon als Stellschraube für die revolutionäre Massenarbeit begreifen und setzen. Revolutionäre Massenarbeit verbindet das Ziel der sozialistischen Revolution hier und jetzt mit der praktischen Organisierung der Massen.

In der andauernden Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie liegt auch immer der Keim für den Klassenkampf, wie wir ihn meinen. Deshalb muss die Bourgeoisie durch Manipulation, durch Spaltung und Repression, durch Scheinzugeständnisse und Täuschung die Entfaltung des Klassenkampfes ständig und immer aufs Neue abwenden. Streik und andere Formen des ökonomischen Kampfes sind Keimformen des Klassenkampfes. In ihnen ist also das Potential enthalten zur Entfaltung des gesamten, politischen Kampfes der Klasse. Aber eben nur das Potential, nur der Keim. Das Interesse der Bourgeoisie ist, dass dieser Keim nicht zur Entfaltung kommt, sondern Keim bleibt, beschränkt und begrenzt bleibt. Beschränkt im politischen Sinne, also nicht über Tarifforderungen, Arbeitszeitfragen, etc.

hinausgeht. Begrenzt im praktischen Sinne, also nicht über eine Branche, einen Betrieb oder verschiedene Teile der Bevölkerung hinausgeht.

Das Interesse der Arbeiterklasse ist, dass der Kampf entfaltet wird, dass alle Zusammenhänge, in denen er steht, aufgezeigt werden, dass er vor allem die politische Frage der Verhältnisse aufwirft, die die Grundlage für die Notwendigkeit zum Streik sind. Also dass die Lohnfrage ins Verhältnis gesetzt wird zur gesamten Lage des Proletariats, zur politischen Herrschaft der Bourgeoisie, zu ihrem Staat, der die Ausbeutungsverhältnisse absichert. Das heißt nicht, dass jedem Streik die Forderung nach der Räterepublik aufgestülpt werden soll, das wäre lächerlich. Aber dass die Arbeiter in den Kämpfen erkennen müssen, dass es um mehr gehen muss – ungeachtet dessen, ob sie diesen Kampf gewinnen oder verlieren. Sie müssen erkennen, dass sie einer organisierten Klasse gegenüberstehen und sich deshalb langfristig und diszipliniert organisieren müssen. In eigenständigen Massenorganisationen, die in enger Verbindung mit der Organisation der Revolutionäre stehen, kann diese Erfahrung in die Erkenntnis münden, dass die Macht der Arbeiterklasse die einzige Lösung ihrer Probleme ist und wie sie dorthin kommen können und welche Rolle dabei der einzelne Streik spielen kann. Eine Organisation, die alle Kämpfe der Klasse verbindet, die durch die praktische Verbindung den gesamten Charakter greifbar macht und die Kämpfenden praktisch miteinander verbindet durch Solidaritätsaktionen, durch gemeinsame Manifestationen, durch die Partei. Unsere Aufgabe ist, überall Keimformen zu entwickeln und sie zum Klassenkampf zu entwickeln, sie zu politisieren, damit die Massen durch Erfahrung lernen und bereit sind, dieses Ziel zu erreichen.

Lenin schrieb 1913 unter den Bedingungen des weiteren Aufschwungs der revolutionären Bewegung in Russland: „Die Frage des Klassenkampfes ist eine der Grundfragen des Marxismus. Deshalb lohnt es sich, gerade auf den Begriff vom Klassenkampf ausführlicher einzugehen. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Bekanntlich haben die in den Ideen des Liberalismus befangenen Opportunisten diese bedeutsamen Worte von Marx falsch verstanden und verzerrt interpretiert. Zu den Opportunisten gehörten beispielsweise die ‚Ökonomen‘, die älteren Brüder der Liquidatoren. Die ‚Ökonomen‘ meinten, dass jeder beliebige Zusammenstoß zwischen den Klassen schon ein politischer Kampf sei. Die ‚Ökonomen‘ erkannten daher als ‚Klassenkampf‘ den Kampf für einen Aufschlag von 5 Kopeken je Rubel an, ohne den höheren, entwickelten, gesamt-nationalen politischen Klassenkampf sehen zu wollen. Die ‚Ökonomen‘ erkannten also die Keimformen des Klassenkampfes an, verneinten ihn jedoch in seiner entfalteten Form. Die ‚Ökonomen‘ erkannten, anders ausgedrückt, im Klassenkampf nur das an, was vom Standpunkt der liberalen Bourgeoisie am ehesten erträglich war, während sie sich weigerten, weiter zu gehen als die Liberalen, sich weigerten, den

höheren, den für die Liberalen unannehmbaren Klassenkampf anzuerkennen. Die ‚Ökonomen‘ wurden damit zu Vertretern einer liberalen Arbeiterpolitik. Die ‚Ökonomen‘ sagten sich damit von der marxistischen, der revolutionären Auffassung vom Klassenkampf los. Weiter. Nicht genug damit, dass der Klassenkampf nur dann echt, konsequent, entfaltet ist, wenn er den Bereich der Politik erfasst. Auch in der Politik kann man sich entweder auf unbedeutende Einzelfragen beschränken oder in die Tiefe gehen, bis auf den Grund. Der Marxismus erkennt den Klassenkampf erst dann als voll entfaltet, als ‚gesamtnational‘ an, wenn er nicht nur die Politik, sondern in der Politik auch das Wesentlichste: die Frage der Staatsmacht, erfasst. Der Liberalismus dagegen wagt es schon nicht mehr, den Klassenkampf zu leugnen, wenn die Arbeiterbewegung etwas stärker geworden ist, sucht aber den Begriff des Klassenkampfes einzuengen, zu stützen, zu kastrieren. Der Liberalismus ist bereit, den Klassenkampf auch auf dem Gebiet der Politik anzuerkennen, allerdings unter der Bedingung, dass die Frage der Staatsmacht nicht mit einbezogen wird. Man begreift unschwer, welchen Klasseninteressen der Bourgeoisie diese liberale Entstellung des Begriffs vom Klassenkampf entspringt.“ (Lenin, Werke Band 19, S. 105-106)

Wenn wir Massennarbeit und den Aufbau der Kommunistischen Partei als wesentliche Elemente des Klassenkampfes verstehen, legen wir einen bestimmten Begriff davon zugrunde. Das ist wichtig, weil wir ja genau das in der Massennarbeit verbinden wollen, weil wir dieses Ziel darin erreichen wollen. Wenn wir den Begriff vom Klassenkampf des Proletariats verstanden haben, gewinnt jede noch so kleine gemeinsame Aktion von Arbeitern gegen ihre Lebensbedingungen überhaupt an Bedeutung. Denn sie ist der Ansatzpunkt, wo wir praktisch aufzeigen können, dass Organisation notwendig ist und wo wir politisch aufzeigen können, dass es Teil des gesamten Kampfes ist, um den es geht und dass die Machtfrage gestellt werden muss. Das können und sollten wir nicht platt und mechanisch tun, sondern in der Arbeit mit den Massen lernen diese Erfahrungen und Erkenntnisse zu vermitteln.

Wenn wir den richtigen Begriff vom Klassenkampf haben, können wir ihn praktisch umsetzen. Dass wir uns einen Begriff vom Klassenkampf machen können, ist das Ergebnis der Auswertung der Kampferfahrungen in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung durch Revolutionäre. Historisch bedeutet das für uns, dass wir nicht immer wieder die gleichen Erfahrungen machen müssen, um zu den gleichen Erkenntnissen zu gelangen. Vielmehr ist das intensive Studium der Klassenkämpfe eine Pflicht für Kommunistinnen und Kommunisten. Aus einem wirklich revolutionären Begriff vom Klassenkampf leiten wir für den praktischen Kampf ab, das Ziel möglichst alle Teile der Klasse miteinander zu verbinden, ihre Lage aufzuzeigen, damit viele Arbeiter erkennen können, wie groß ihre Klasse ist, den Zusammenhang mit den Produktions- und Eigentumsverhältnissen aufzuzeigen und

zuvorderst durch Organisation der Klasse die Handlungsmacht erkennbar zu machen. Damit wir das Ziel erreichen, dass der einzelne Arbeiter nicht nur für sich und seine Familie kämpft, sondern für sich und seine Klasse und erkennbar ist, was das objektive Ziel, die Aufgabe der Klasse ist.

Ein anderes Beispiel für die Wichtigkeit des Ziels und Begriffs des Klassenkampfes sind die Räte. Als sie in der Pariser Kommune und vor allem der russischen Revolution von 1905 entstanden waren, erkannten die Revolutionäre - also Marx und Engels 1870 und die Bolschewiki 1905, dass sie die Keimformen der Diktatur des Proletariats waren. Die Bolschewiki kämpften dafür, dass die Arbeiter in den Räten das erkennen und dass sie in der Lage sein würden, die Macht auch zu übernehmen. 1917 gelang das unter Führung der bolschewistischen Partei, die durch jahrelange Arbeit die Grundlagen dafür geschaffen hatte, dass die revolutionären Arbeiter die Mehrheit in den Sowjets stellten - nachdem zunächst die Menschewiki die Mehrheit hinter sich hatten. Die Menschewiki und alle anderen Opportunisten erkannten die Räte 1905 und auch in Deutschland 1918 ebenfalls an, sie erkannten die ganze Revolution an - und taten alles dafür, dass die Räte nur zu Anhängseln der bürgerlichen Herrschaft wurden und eben nicht von Keimformen zu wirklichen, festen Formen der neuen Staatsmacht des Proletariats.

Die Verkürzung oder Negierung des politischen Inhalts des Klassenkampfes, seine Reduzierung ist ein nicht zu unterschätzendes Problem. Denn dadurch erscheint es möglich und sinnvoll, einfach nur Streiks zu organisieren und zu unterstützen, dann betreibe man ja schon Klassenkampf. Man kann zwar versuchen, den Streik auszuweiten und seine Forderungen voranzutreiben. Das alles sind Aufgaben, die sich auch uns stellen und die wichtig sind. Aber unsere Aufgabe geht darüber hinaus und besteht hauptsächlich in etwas anderem: In dem Aufbau einer Organisation, die in der Lage ist, die Kämpfe miteinander zu verbinden, überall aufzuzeigen, warum es sich um einen Kampf der ganzen Klasse und gegen die andere Klasse handelt, warum dafür die Frage der Macht entscheidend ist. Eine Organisation also, die die gesamte Entwicklung des Kampfs der Arbeiterklasse kennt und seine Erkenntnisse vermitteln und weiter entwickeln kann. Die aus diesem Kampf die Notwendigkeiten zur Organisation erkennt und die richtigen Formen dafür entwickelt. Eine Organisation also, mit der die Klasse nicht nur das objektive Ziel, die eigene Macht zu errichten erkennen kann, sondern diese auch erreichen kann.

Lenin schrieb 1899 im Zusammenhang mit dem Aufbau einer wirklich revolutionären Partei und dem damit verbundenen Kampf gegen Opportunismus den Artikel „Unsere nächste Aufgabe“. Darin schreibt er: „Wir alle sind uns darin einig, dass es unsere Aufgabe ist, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren. Was aber ist Klassenkampf? Wenn die Arbeiter einer einzelnen Fabrik, eines einzelnen Berufs den

Kampf gegen ihren Unternehmer oder gegen ihre Unternehmer aufnehmen, ist das Klassenkampf? Nein, das sind erst schwache Ansätze dazu. Der Kampf der Arbeiter wird erst dann zum Klassenkampf, wenn alle fortschrittlichen Vertreter der gesamten Arbeiterklasse des ganzen Landes sich bewusst werden, eine einheitliche Arbeiterklasse zu sein, und den Kampf nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten und gegen die diese Klasse unterstützende Regierung aufnehmen. Erst dann, wenn der einzelne Arbeiter sich bewusst ist, ein Teil der ganzen Arbeiterklasse zu sein, wenn er in seinem tagtäglichen Kleinkampf gegen einzelne Unternehmer und einzelne Beamte den Kampf gegen die ganze Bourgeoisie und gegen die ganze Regierung sieht, erst dann wird sein Kampf zum Klassenkampf. „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf - diese berühmten Worte von Marx dürfen nicht in dem Sinne verstanden werden, jeder Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer wäre stets ein politischer Kampf. Sie müssen so verstanden werden, dass der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten notwendigerweise in dem Maße politischer Kampf wird, als er zum Klassenkampf wird. Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht eben darin, durch Organisation der Arbeiter, durch Propaganda und Agitation unter ihnen ihren spontanen Kampf gegen die Unterdrücker in einen Kampf der ganzen Klasse, in den Kampf einer bestimmten politischen Partei für bestimmte politische und sozialistische Ideale zu verwandeln. Durch lokale Arbeit allein kann eine solche Aufgabe nicht gelöst werden.“ (W. I. Lenin: Unsere nächste Aufgabe. In: Werke, Bd. 4, S. 209/210)

Lenin führt in dem Text „Staat und Revolution“, den er 1917 in der direkten Vorbereitungsphase der sozialistischen Revolution geschrieben hatte, aus: „Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der politischen Herrschaft des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht. Der Sturz der Bourgeoisie ist nur zu verwirklichen durch die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die fähig ist, den unvermeidlichen, verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie niederzuhalten und für die Neuordnung der Wirtschaft alle werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren. Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen‘. Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausbeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die

Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie. Der heute herrschende Opportunismus dagegen erzieht in der Arbeiterpartei die Vertreter der besser bezahlten Arbeiter, die sich den Massen entfremden und sich unter dem Kapitalismus leidlich ‚einzurichten‘ wissen, die ihr Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen, d. h. auf die Rolle revolutionärer Führer des Volkes gegen die Bourgeoisie verzichten. ‚Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat‘ - diese Theorie von Marx ist untrennbar verbunden mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte. Die Vollendung dieser Rolle ist die proletarische Diktatur, die politische Herrschaft des Proletariats.“ (Lenin, Werke Band 25, S. 416)

Unsere Aufgabe ist, die Arbeiterklasse für ein bestimmtes Ziel zu organisieren und zu politisieren: Für den Sturz des Kapitalismus. Unser Ziel ist also, dass die Arbeiterklasse die Macht in die eigenen Hände nimmt und alle Geschicke selbst bestimmt - den Staat lenkt, die Ökonomie plant, die Gesellschaft ordnet und gestaltet. Dieser Kampf bis dahin und auch beim Aufbau des Sozialismus ist ein umfassender Kampf. Er beinhaltet den ökonomischen, politischen und ideologischen Kampf. Gewonnen werden kann er nur, wenn er einheitlich geführt wird, wenn der politische Kampf nicht vom ökonomischen getrennt wird und umgekehrt. Er muss einheitlich geführt werden und das ist die Funktion der Kommunistischen Partei. Die Massen der Arbeiterklasse müssen den Gesamtzusammenhang und die Notwendigkeit des Sozialismus verstehen und durch Kampferfahrung immer mehr Möglichkeiten zum Handeln erkennen.

Die Frage der Staatsmacht und damit der Diktatur des Proletariats als Wesen des Klassenkampfes ist deshalb wichtig zu verstehen und zu berücksichtigen, weil sich auch darin die Prinzipien unserer Massenarbeit begründen. Weil wir aus den Kämpfen der Arbeiterklasse wissen, dass sie nicht einfach nur den bürgerlichen Staatsapparat übernehmen kann, sondern ihn zerschlagen muss (die Erkenntnis der Pariser Kommune), dass die Räte die Form ihrer Herrschaft sind (die Erkenntnis der Revolution von 1905 und der Oktoberrevolution), ist unser Ziel, dass durch die Erfahrungen in Massenorganisationen die Masse die Fähigkeit lernt, sich zu organisieren und die Macht wirklich übernehmen und ausführen zu können, keine Illusionen in die bürgerliche Herrschaft zu haben, welche Form auch immer sie haben mag. Deshalb ist Aktivität und Unabhängigkeit ein sehr wichtiges Prinzip der Massenarbeit, wie wir später ausführen. Deshalb müssen wir das Bewusstsein der Massen in diese Richtung bringen. Deshalb ist es wichtig, zu verstehen, dass eine Orientierung auf Reformismus entstehen kann, wenn man den Begriff des Klassenkampfes reduziert und kastriert. Das heißt für uns, die Kämpfe der Klasse so zu organisieren, dass sie zu Kämpfen der gesamten Klasse mit dem Ziel des Sturzes der Bourgeoisie werden.

Weil wir aus den Kämpfen wissen, dass die Klasse nur siegen kann und nur wirklich ihren Kampf führt, wenn sie als gesamte Klasse und für die gesamte Klasse kämpft, orientieren wir nicht auf lokal beschränkte Arbeit, sondern auf eine gesamt-nationale und mit allen Aspekten des Kampfs verbundene Massenarbeit. Weil wir wissen, dass alle Fragen des Lebens politisch sind, müssen wir wissen, wie sie mit dem politischen Ziel der Arbeiterklasse verbunden werden können und sie nicht auf der ökonomischen Ebene belassen und dann annehmen, wir hätten die politische Frage beantwortet.

Um den Klassenkampf führen und gewinnen zu können, braucht die Arbeiterklasse alles: Die Partei und die Massenorganisationen. Aus diesem Klassenkampf und seinen Gesetzmäßigkeiten leitet sich alles ab: Die Notwendigkeit der Existenz der höchsten Organisationsform für die Revolution, der Vorhut - die Partei; die Notwendigkeit der Existenz von Massenorganisationen, in denen die Arbeiter gemeinsam kämpfen und lernen; die Notwendigkeit der Existenz eines wissenschaftlichen Apparats bei der Partei, der alle Verhältnisse aufdeckt, die Kräfte analysiert und damit der Klasse die Orientierung für ihren Kampf geben kann; die Notwendigkeit der Existenz von Schutz- und Kampfstrukturen, die die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Strukturen und Organisationen abwehrt. Die Entstehung von sozialistischem Klassenbewusstsein geschieht nicht spontan, sondern durch die wissenschaftliche Weltanschauung, die von der Partei organisiert und verbreitet wird, die sich speist aus den Erkenntnissen der Bewegung, des Kampfes. Weil die Kampferfahrungen wissenschaftlich reflektiert werden und damit die Einsicht in die Notwendigkeit möglich ist, ist die Partei als organisierter Ausdruck dieses Zusammenhangs nötig. Alle Teile des Kampfs sind untrennbar miteinander verbunden und somit auch die Teile der Organisation. Der wissenschaftliche Apparat wird nicht wissenschaftlich in unserem Sinne arbeiten können, wenn er nicht eng verbunden ist mit den Massenorganisationen und gespeist wird mit den Kampferfahrungen und Erkenntnissen aus der Massenarbeit.

Wir müssen alle Tätigkeiten und ihre Anforderungen als Einheit verstehen. Die Frage der Bildung ist nicht getrennt von unserer Arbeit in den Massen, dort müssen wir ständig die noch besseren Mittel zur Vermittlung unseres Programms und unserer Positionen entwickeln, dort lernen wir zugleich die Dynamik, Widersprüche und Bedingungen des Kampfs. Die getrennte Betrachtung verschiedener Bereiche ist eine künstliche Trennung, die sich aus der Niederlage der Arbeiterbewegung heraus ergeben hat. Tatsächlich ist es aber so, dass aus den Kämpfen der Arbeiterklasse sich alle Kampforganisationen - insbesondere die der Partei neuen Typs - und auch die zentralen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Klassenkampfes ergeben haben. Wir müssen uns deshalb auch auf die Geschichte beziehen und sie verstehen. Die Vermittlung der Geschichte der Arbeiterbewegung ist ein Teil des Klassenkampfes, da

die Massen der Arbeiter diese Geschichte kennen müssen, um sich bewusst darüber zu werden, was es heißt, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen.

Mit der Massenarbeit stellen wir die organische Verbindung der Klasse mit dem Kommunismus her, sammeln die besten Kräfte und stärken damit die Kommunistische Organisation. Damit wir unsere Tätigkeit in den Massen gut mit dem Wissenschaftlichen Sozialismus verbinden können, brauchen wir gute Kenntnisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer Entwicklung und über die Erfahrungen, die die Arbeiter in ihrem Kampf sammeln, ebenso über den Klassenfeind und seine Strategien. Das heißt, dass wir uns als Organisation für diesen Kampf aufstellen müssen, dass sich unsere organisatorischen Strukturen und Stellschrauben daraus ergeben und dafür funktionieren müssen. Wir richten unsere gesamte Organisation auf den Klassenkampf aus.

Wir betrachten und betreiben Theorie und Praxis nicht getrennt, sondern strengen uns an, dass unsere Theorie praktisch orientiert ist. Überall versuchen wir, unsere Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus auf die praktischen Erfahrungen anzuwenden und anders herum unsere theoretischen Erkenntnisse mit denen des Kampfs abzugleichen. Wir können unsere Anschauungen nur auf die Übereinstimmung der Theorie mit der Wirklichkeit und der Geschichte der gegebenen Verhältnisse gründen. Die konkrete Untersuchung aller Verhältnisse, ihrer Gesetzmäßigkeiten und Entwicklung und die Organisierung des Kampfs sind unlöslich miteinander verbunden. Unsere Theorie ist nicht einfach nur Betrachtung, sondern Anleitung zum Kampf, praktische Tätigkeit mit dem Ziel der neuen Gesellschaft.

Lenin schrieb in dem Text „Was sind die Volksfreunde“ von 1893, den er in der Auseinandersetzung mit den „Volkstümlern“ verfasste: „Ganz anders ist es, wenn man die Aufgabe des Sozialisten darin sieht, die ideologische Führer des Proletariats in seinem wirklichen Kampf gegen die tatsächlichen, die echten Feinde zu sein, die ein Hindernis auf dem *wirklichen* Weg der gegebenen sozial-ökonomischen Entwicklung sind. Unter diesen Bedingungen verschmelzen theoretische und praktische Arbeit zu einer einzigen Arbeit, die der Veteran der deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht, so treffend mit den Worten gekennzeichnet hat: Studieren, Propagieren, Organisieren. Ohne die oben erwähnte theoretische Arbeit kann man kein ideologischer Führer sein, wie man es auch nicht sein kann, ohne diese Arbeit den Erfordernissen der Sache anzupassen, ohne die Resultate dieser Theorie unter den Arbeitern zu propagieren und ihnen zu helfen, sich zu organisieren.“ (Lenin, Werke Band 1, S. 302)

Das heißt, wir trennen unseren Kampf zum Beispiel innerhalb der Gewerkschaften nicht von unseren Kenntnissen der politischen Ökonomie und der Untersuchung der Entwicklung der Monopole und ihrer Ausbeutungsstrategien, sowie der Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften, sondern verbinden beides auf enge Weise. Wenn wir in der Massenarbeit vermitteln wollen, warum die Kapitalisten versuchen müssen, die Löhne zu senken und warum die Krise unvermeidbar ist, dann müssen wir es selbst verstanden haben. Deshalb ist die Aktivität von Genossen vor Ort nicht zu trennen von ihrer Arbeit in einer AG und von der Analyse aktueller Fragen sowie der Schulung in den Grundlagen. Anders herum sind die Erfahrungen der Massenarbeit ein wichtiger Bestandteil der AG-Arbeit, beispielsweise darüber wie die faschistische Bewegung sich entwickelt und welche Veränderungen die Staatsform annimmt.

Wenn unser Ziel die Formierung der Kommunistischen Partei ist, dann heißt das, dass wir noch nicht die Partei sind und auch nicht sein können. Neben der Klärung und ideologischen Klarheit und Einheit fehlen dazu vor allem die Kader, die Menschen, die den Kampf am aktivsten und bewusstesten führen, ihn von allen Seiten kennen und alle Aspekte miteinander verbinden können. Diese werden wir vor allem aus den Massen der Arbeiterklasse gewinnen. Damit stellt sich die Frage der Qualität und Fähigkeit der Struktur der Kommunistischen Organisation, diese Kader auszubilden, sie zu schulen, alle Fähigkeiten zu entwickeln, die sie brauchen, um den Kampf anführen zu können.

Von dieser Frage sind wir als Kommunisten und unser Umfeld selbst logischerweise nicht ausgenommen. Wir haben uns erst vor kurzer Zeit konstituiert und sind dabei, erste Schritte der Organisierung zu gehen. Wir können also nicht davon sprechen, dass wir bereits Kader sind. Die Massenarbeit, die Tuchfühlung mit den Massen, das Erproben der Prinzipien, die Vermittlung unserer Ziele und Positionen ist auch eine Tuchfühlung mit uns selbst. Wir werden feststellen, wie unser Reifegrad ist, wo unsere Mängel sind, wie sehr wir das Wesen des Kampfs verstanden haben und wie sehr wir bereit sind, dafür alles zu geben. Wir selbst müssen überhaupt lernen, was es heißt, organisiert zu agieren. Einfache Fähigkeiten wie Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein gehören genau so dazu wie Kollektivität, Ehrlichkeit, Achtsamkeit und solidarischer Umgang, revolutionäre Initiative, aber auch Geduld, - um hier nur ein paar Aspekte zu nennen.

Um unser Ziel - die Formierung der Kommunistischen Partei in Deutschland - zu erreichen ist die umfassende Aufstellung für den Klassenkampf notwendig. Das ist eine große und komplizierte Aufgabe, der wir uns aber stellen müssen und die wir nur mit Ausdauer und einem realistischen Blick auf uns selbst erfüllen können. Einige Genossen haben bereits Erfahrung in der Massenarbeit. Diese Erfahrungen sollen in

diese Thesen einfließen, verallgemeinert werden und für alle nutzbar gemacht werden. Wir beginnen also nicht bei Null.

Eine der wichtigsten Erfahrungen ist gerade die, dass eine Organisation fehlt, die die Kämpfe und ihre verschiedenen Anforderungen zusammen führt, die über eine Struktur verfügt, die Einschätzungen und Analysen liefert, die den Marxismus-Leninismus lehrt und studiert, die die nächste Stufe der Organisation der Arbeiter in ihrem politischen Kampf sein kann.

Wir brauchen also organisatorische Stärke, Klarheit und Massenverankerung. Die Grundlagen, um uns die Stärke und Klarheit zu erarbeiten haben wir im letzten Jahr geschaffen. Werfen wir noch einmal einen kurzen Blick auf unsere bisherige Entwicklung als Organisation zurück, um dann festlegen zu können, welche Strukturen wir aufbauen müssen und wie sie zusammenwirken müssen, damit sie uns dem Ziel näher bringen.

Wir haben uns im Juni 2018 konstituiert und uns mit den Programmatischen Thesen inhaltliche Grundlage gegeben. Damit haben wir unsere eigene Organisierung begonnen und die programmatische Stoßrichtung unserer Organisation formuliert.

Wir haben die Grundlage geschaffen, um unsere Organisierung, die Sammlung von Kommunisten und die Gewinnung neuer Teile der Arbeiterklasse voranzutreiben. Unsere Strukturen haben notwendigerweise Mängel und Probleme, da wir eine Organisation aufbauen und einen neuartigen Klärungsprozess organisieren.

Im Januar 2019 haben wir die Arbeitsthesen und das BolscheWiki veröffentlicht und damit den Rahmen und die Struktur für den Klärungsprozess geschaffen.

Mit dem BolscheWiki können wir in Zukunft kollektiv und systematisch an den Voraussetzungen arbeiten, die Kommunistische Partei zu schaffen. Sie muss über ideologische Klarheit auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus in allen Fragen der Arbeiterbewegung und der Gesellschaft als Ganzem verfügen, damit sie eine einheitliche und ideologisch gefestigte Kommunistische Partei ist.

Eine weitere zentrale Voraussetzung für die Formierung der Kommunistischen Partei ist es über eine starke Verankerung in der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten zu verfügen, um deren Erfahrungen aufnehmen, wissenschaftlich verarbeiten und ein einheitliches Handeln sicherstellen zu können. Die Kommunistische Partei muss in der Lage sein, die bewussten Teile der Klasse zu Kadern auszubilden. Sie zeichnen sich durch ein höchstmögliches Bewusstsein über die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und durch genaue Kenntnisse ihrer konkreten Erscheinung aus. Sie zeichnen sich durch eine Verankerung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, durch die aktive Bildung

und Organisation des Umfelds, in dem sie kämpfen, durch die Fähigkeit, darin eine Orientierung geben und entwickeln zu können, durch eigenständige Urteilsfähigkeit, durch die Fähigkeit, in allen Situationen entscheiden zu können und durch eine hohe Kampfmentalität aus

Mit dem Leitantrag und der 2. Vollversammlung wollen wir uns dieser Voraussetzung zuwenden.

Dabei ist wichtig zu betonen, dass wir diese Aufgabe als eine langfristige Herausforderung verstehen müssen. Das Ziel der 2. Vollversammlung und ihrem Beschluss ist nicht, dass wir in kürzester Zeit ausgereifte Strukturen der Verankerung in den Massen erreicht haben. Vielmehr wollen wir uns kollektiv Bewusstsein darüber verschaffen, was wir unter Verankerung in den Massen, unter Massenarbeit und das Verhältnis der Kommunistischen Organisation bzw. Partei zu diesen verstehen und wie wir die Aufgabe und Rolle jedes einzelnen von uns darin fassen. Das Ziel ist des Weiteren, organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, um an der Verankerung und den damit gesammelten Erfahrungen zu arbeiten und sie kollektiv fruchtbar zu machen.

Wir nehmen uns vor, uns über die Prinzipien der Massenarbeit zu verständigen und unsere diesbezüglichen Beschlüsse zu verinnerlichen. Auch wenn wir diese Aufgabe als langfristig verstehen müssen, beginnen wir dennoch mit der Tuchfühlung mit den Massen, mit Kontaktaufnahme, Kennenlernen und dem Ausprobieren von Formen und Wegen. Nur so können wir auch die Prinzipien besser verstehen, sie abgleichen und entweder unsere Praxis oder die Prinzipien ändern.

Unsere Orientierung: Prinzipien verinnerlichen

Die Situation ist schwierig und wir müssen in jedem Fall Geduld und Weitsicht an den Tag legen müssen. Traditionen und Erfahrungen in der revolutionären Massenarbeit sind durchaus vorhanden, aber sie sind wenig thematisiert und kaum zugänglich. Wir sollten dennoch versuchen, sie zu nutzen. Die Notwendigkeit der Geduld und Kontinuität ergibt sich aber aus der Sache selbst: Wir machen nicht eine Kampagne oder ein vorübergehendes Projekt, sondern haben eine lebenslange Aufgabe vor uns - die Organisation der Arbeiterklasse und damit auch unsere eigene Organisation wird nicht mehr aufhören, wir werden sie stets weiter entwickeln müssen. Auch im Sozialismus wird das eine wichtige Aufgabe sein.

Dazu sind auch einige Eigenschaften wie Wille und Zuversicht nötig. Es ist schwer in harten Zeiten, nicht zu verzweifeln oder den Willen zu verlieren. Geschichtsoptimismus und die Zuversicht, dass die Arbeiterklasse das Potential besitzt zur herrschenden Klasse zu werden, gehören zu unserem Rückgrat in Zeiten

nicht nur der großen Niederlage, sondern auch und gerade der vielen kleinen Niederlagen und Schwierigkeiten in der Massenarbeit. Ideologische Standhaftigkeit ist eine ebenso wichtige Voraussetzung für den Sieg, wie die Beweglichkeit im Vermitteln, die Flexibilität in der Umsetzung. Wir wandeln auf einem schmalen Grat und werden nicht vermeiden können, auch daneben zu treten. Aber wir müssen vermeiden, dass wir vom Weg abkommen und uns in den Anforderungen der Massenarbeit verlieren oder nur noch an die großen Fragen denken.

Diese Orientierung beinhaltet nicht einen detaillierten, technischen Vorschlag, wie viel Kleinzeitungen jede Gruppe erstellen soll, oder dass jeder in ein bestimmtes Gremium der Gewerkschaft gehen soll. Wir schlagen auch nicht ein Rezept vor, das in jeder Stadt angewandt werden soll, wie zum Beispiel die Gründung eines Stadtteilvereins. Beides - die Arbeit in den Gewerkschaften und im Stadtteil - werden hoffentlich in jedem Ort wichtige Elemente unserer Massenarbeit sein, ebenso wie andere Formen. Mit diesen Thesen und mit der 2. Vollversammlung wollen wir uns kollektiv Bewusstsein darüber verschaffen, was Klassenkampf und Massenarbeit heißt, was die Rolle der Kommunistischen Organisation und jedes einzelnen ist, welche Prinzipien unsere Arbeit haben muss und wie wir sie umsetzen können. Es geht also darum, das Ziel, die Prinzipien und die Grundlagen zu verstehen und dann nach Auswertung der Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort anzuwenden, diese in den nächsten Jahren kollektiv und regelmäßig auszuwerten und daraus praktische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, eine klare Vorgehensweise zur Organisierung der von uns erreichten Menschen zu entwickeln. Das heißt, dass wir Wege aufzeigen, wie wir in den verschiedenen Bereichen Menschen konkret, mit welchen Regeln und System organisieren können. Dazu werden die bereits gesammelten Erfahrungen genutzt.

Die Sammlung von Menschen, die Orientierung auf die Breite der Bevölkerung und hier vor allem die Arbeiterklasse ist unser Ziel. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich auf die verschiedenen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, seien es ökonomische, soziale oder kulturelle. Die Organisierung können wir nicht in starren Formen begreifen. Wir schaffen eine Grundlage und einen bewussten Ansatz. Die Organisationsformen werden sich aber je nach Kampfsituation und auch Bewusstseinslage der Massen verändern.

Unser Ziel ist, die eigenständige, das heißt klassenbewusste Organisierung der Arbeiterklasse voranzutreiben, sie neu zu beleben und damit die Grundlage für die Änderung der Kräfteverhältnisse in der Arbeiterbewegung zu schaffen. Diesem Ziel sind in Bezug auf die Formen und Lebensbereiche der Arbeiterklasse keine Grenzen gesetzt. Es gibt keinen Bereich des Lebens der Arbeiter und ihrer Familien, der nicht

organisiert werden kann und muss. Überall, wo wir es nicht tun, hat der Klassenfeind die Organisation vereinnahmt, zerstört oder unter seiner Kontrolle entwickelt.

Das heißt, dass wir an allen Orten, wo es uns möglich ist, versuchen Arbeiter oder andere Werktätige zu organisieren - im Betrieb, im Wohnviertel, an den Schulen und Universitäten. Das heißt, dass wir auch in anderen, bestehenden Massenorganisationen unseren Einfluss ausweiten müssen und darin die eigenständige Organisation der Arbeiter vorantreiben müssen - in Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereinen. Wir und die Menschen, die wir erreichen, müssen überall die Prinzipien der Eigenständigkeit und Aktivität verbreiten.

Wir müssen das Denken in Schablonen überwinden und Betrieb und Gewerkschaft, Wohnviertel, Kultur, etc. nicht getrennt voneinander verstehen, auch wenn alle Bereiche spezifische Anforderungen mit sich bringen. Die Orientierung und die Prinzipien, die wir in diesem Leittrag formulieren, sind für alle Bereiche gleichermaßen gültig. Die isolierte Betrachtung von „Feldern“ ist ein Ausdruck des niedrigen Stands der Arbeiterbewegung infolge der Rückschläge. Eine lebendige, aktive und eigenständige Arbeiterbewegung findet in allen Lebensbereichen statt, sie sind darin miteinander verwachsen. Es geht hier also um organisatorische Prinzipien, die wir lernen und die wir praktisch anwenden müssen.

Wichtig ist auch, dass wir die Frage nach der besseren Organisation der Arbeiterklasse nicht einfach dadurch beantworten, indem wir einfach selbst in den Betrieb oder in die Gewerkschaft gehen. Das kann durchaus richtig und notwendig sein, muss aber je nach den Bedingungen und Kapazitäten in einem Ort entschieden werden, die besten Ansatzpunkte müssen gefunden und umgesetzt werden. Wenn wir in einer Stadt mit einem Sportverein beginnen und dort Menschen organisieren, werden zum Beispiel junge Arbeiterinnen und Arbeiter dabei sein, die später in Ausbildung in einem Betrieb sein werden. Unser Ziel muss die Verbindung zu diesen sein, damit sie dann in dem Betrieb eine Form der Organisation mit ihren Kollegen aufbauen.

Das gleiche kann für Lesezirkel gelten, mit denen wir Berufsschüler erreichen oder die Organisation in der Nachbarschaft, in der Arbeiter leben und die uns über ihre Erfahrungen im Betrieb berichten. Wenn ein Wohnviertelverein einen Streik unterstützt und mit den Arbeitern über gegenseitige Hilfe spricht, wird es möglich sein, Kollegen oder Freunde von ihnen dafür zu interessieren.

Auch an der Universität oder Fachhochschule finden wir Kinder der Arbeiterklasse, aber auch Kinder der Mittelschicht, die wir für unsere Massenarbeit im Wohnviertel oder im Betrieb begeistern können und die sich praktisch und ideologisch mit uns

gemeinsam der Arbeiterklasse zuwenden. Die Sphären des Lebens der Arbeiterklasse sind in der Realität nicht voneinander getrennt.

Das Ziel ist es, erst einmal auf Tuchfühlung zu gehen. Langfristig wollen wir alle Arbeiter überall organisiert haben. Dazu müssen wir selbst lernen, was Organisierung heißt. Wir müssen sowohl lernen, wie organisieren wir uns selbst und wie organisieren wir andere. Wir müssen uns bewusst machen: Auch ich muss mich selbst organisieren - für meine Lohnarbeit, für mein Studium, für meine sozialen und kulturellen Bedürfnisse, für meine Bildung. Darin unterscheiden wir uns nicht von den Menschen, die wir erreichen wollen.

Wir gehen davon aus, dass es einen Unterschied zwischen organisierten Kommunisten und der Masse gibt. Unser Ziel ist, bei möglichst vielen den Unterschied dahingehend aufzulösen, dass sie Teil der Kommunistischen Partei werden können. Wenn wir auf der einen Seite wissen, dass wir Teil der Masse sind und uns aber die politische Organisierung und unser Anspruch unterscheidet, müssen wir die Rolle von Kommunisten genauer definieren und in welchem Verhältnis ihre Organisation zu den Massen steht. Das ist Teil dieses Leitanspruchs.

Eine genaue, konkrete Handlungsanweisung, wie die Tuchfühlung umgesetzt wird, kann nicht im Leitanspruch definiert und beschlossen werden. Tuchfühlung kann alle möglichen Formen annehmen, vom Lesekreis über die Aktivität im Wohnviertel bis zum Sportverein oder der Gewerkschaftsjugend. Sie muss nach einer Analyse und Auswertung der Ortsgruppen, der Bedingungen vor Ort, ihrer Potentiale und Kapazitäten entschieden werden.

Abschnitt 2: Zur Organisierung der Massen

Gesellschaftliche Situation und Notwendigkeit der Organisierung

Die Arbeiterbewegung ist seit der Niederlage von 1989 in einer schweren Krise. Eigenständige, klassenbewusste und revolutionäre Organisationen der Arbeiterklasse gibt es kaum noch. Die meisten Arbeiter und ihre Familien in Deutschland sind heute nicht politisch organisiert oder über sozialdemokratische Organisationen an das Interesse der herrschenden Klasse gebunden.

Die Mehrheit ist darüber hinaus auch nicht gewerkschaftlich organisiert. Durch die Dominanz von Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik sind auch viele Mitglieder der Gewerkschaften eher passiv und nicht eigenständig und aktiv organisiert. Die meisten Arbeiter, ebenso wie viele andere Werktätige, sind nicht unpolitisch oder desinteressiert, aber sie haben keinen größeren Zusammenhang, in dem sie die politischen und gesellschaftlichen Fragen diskutieren und durchdenken können und vor allem in dem sie handeln und selbsttätig werden können. Sie sind dem Einfluss

der Bourgeoisie, ihrem Staat, ihren Medien und Angeboten der Kulturindustrie ohne wirkliches Gegengewicht ausgesetzt.

Das heißt auch, dass alle Erscheinungen des faulenden Imperialismus in der Arbeiterklasse sich ausbreiten können. Dazu gehört Verrohung psychischer, sozialer und kultureller Art, Egoismus, Oberflächlichkeit, Beziehungsunfähigkeit, Hedonismus und Drogenkonsum und andere Ausdrücke der Zerrüttung der gesellschaftlichen Beziehungen. Davon sind nicht nur die untersten Schichten der Arbeiterklasse betroffen, in vielen Betrieben sind Kollegen von Alkoholismus, Familienproblemen und psychischer Überlastung betroffen. Das resultiert direkt aus den gesteigerten Ausbeutungsbedingungen, Arbeitshetze und -druck, steigende Arbeitszeiten und wenig Ausgleich, wenig Zeit für die Familie.

Mit diesen Problemen war die Arbeiterklasse im Kapitalismus immer mehr oder weniger stark konfrontiert. Sie hat dagegen Formen der Selbstorganisation aufgebaut, der gegenseitigen Hilfe, der Kultur und der Kampfgemeinschaft. Diese Formen sind vereinnahmt oder zerstört worden. Deshalb ist sie dem stärker ausgesetzt. Die prägende Erfahrung der letzten Jahrzehnte ist die der Zersetzung der Gemeinschaftlichkeit. Viele Strukturen, in denen Arbeiter gemeinsam gearbeitet, gelebt und gekämpft haben, sind verschwunden. Das heißt nicht, dass es gar keine mehr gibt. Dazu gehören die Gewerkschaften, aber auch Sport-, Kultur- oder Freizeitvereine, freiwillige Feuerwehren oder andere. Aber sie haben einen anderen Charakter angenommen, sie sind zum großen Teil vom Staat und / oder von Unternehmen abhängig und die Erfahrung der Selbsttätigkeit ist nur noch bedingt vorhanden, das politische Ziel des Umsturzes gar nicht mehr. Sie sind in dem Sinne keine eigenständigen Klassenorganisationen. Es ist unsere Aufgabe, darin zu wirken und zu kämpfen, dazu später mehr.

Aber auch diese Form der gesellschaftlichen Beziehungen hat im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten abgenommen. Individualisierung und Konkurrenzdruck sind stärker geworden. Atomisierung und Isolierung sind Erfahrungen, die viele sammeln - auch Familien. Damit ist also nicht nur und nicht zwingend Einsamkeit gemeint, sondern eine eingeschränkte Erfahrung von Gesellschaftlichkeit. Immer weniger Menschen sammeln die Erfahrung der gemeinsamen Aktivität und damit der Handlungsfähigkeit. Damit können sie auch kaum Möglichkeiten erkennen, mit den anderen zu kämpfen. Das geht nur mit Erfahrung, Vertrauen und Organisation.

Um kämpfen zu können, ist gemeinschaftliche Aktion notwendig, dafür muss Vertrauen hergestellt werden. Dafür müssen wir in allen Bereichen Menschen zusammen bringen, im Wohnviertel ebenso wie im Betrieb. Dabei ist vor allem eines wichtig: Geduld. Wir rufen nicht zum Aufbau von revolutionären Räten auf, sondern erstmal dazu, ein Nachbarschaftsfest zu organisieren oder eine gemeinsame

Wanderung mit Kollegen. Es muss nicht sofort alles unter ein politisches Motto, es kommt ohnehin schnell zu einem politischen Thema, über das man sich austauscht. Die Herstellung von Vertrauen und Beziehungen ist eine politische Aufgabe, weil sie die Grundlage dafür ist, dass man gemeinsam handelt und vielleicht irgendwann als Genossen gemeinsam kämpft.

Bei dieser Aufgabe kann gegenseitige Hilfe eine wichtige Rolle spielen, weil sie an die Bedürfnisse der Menschen anknüpft, die wir erreichen können und wollen, die Egoismus und Rücksichtslosigkeit ablehnen. Gegenseitige Hilfe kann dabei viele verschiedene Formen annehmen, vom offenen Ohr für die Probleme des Kollegen über Einkauf für die ältere Nachbarin bis hin zur Nachhilfe für die Jugendlichen in der Siedlung.

Was sind Massenorganisationen?

Unter Massenorganisationen verstehen wir Organisationen, in denen die Arbeiter sich entlang ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Interessen organisieren. Sie können verschiedene Formen je nach Bereich und historischer Situation annehmen. Sie beziehen sich auf Wohnviertel, Betriebe und Gewerkschaften, also auch auf bereits bestehende Massenorganisationen, in denen es bestimmte Bedingungen der politischen Arbeit gibt.

Es können Vereine sein, müssen es aber nicht. Es können eigens einberufene Treffen von Gewerkschaftsaktiven sein, genauso gut kann es die Arbeit in den bereits vorhandenen Gremien sein. Es können lose Treffen von Jugendlichen sein, die erst nach und nach sich verfestigen und bestimmte Themen anpacken. Die Formen können sich je nach Anforderungen und Entwicklung verändern.

Sie sind Orte der Erfahrung der eigenen gesellschaftlichen Kraft, der eigenen Fähigkeiten, Orte wo man lernt selbst zu entscheiden und diese umsetzen zu können. Sie sind ebenso Räume der gesellschaftlichen, politischen, ideologischen Auseinandersetzung. Es gibt in ihnen keine Trennung zwischen den verschiedenen Bereichen des Lebens -, aber auch keine künstliche Verzahnung. Wenn ein Mitglied in einem Nachbarschaftsverein über seine Probleme bei der Arbeit spricht, ist es logisch, dass man eine Verbindung zu einem kämpferischen Betriebsrat oder Gewerkschaftsaktiven herstellt, der vielleicht weiter helfen kann. Am besten sind schon Leute im Verein, die selbst aktiv in den Gewerkschaften sind und können die Verbindung herstellen.

Wen wollen wir mit unserer revolutionären Massenarbeit organisieren?

Unser Ziel ist die Organisierung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Das heißt, dass wir mit unserer Massenarbeit auf die Arbeiterklasse abzielen. Wir orientieren grundsätzlich auf die Arbeiterklasse – nicht ausschließlich, aber grundsätzlich. Das heißt zum Beispiel, dass wir Massenarbeit in einem Stadtteil aufbauen, wo mehrheitlich Arbeiter leben. Wenn dann auch kleinbürgerliche Menschen dazu kommen, verweigern wir nicht die Teilnahme, aber im Mittelpunkt stehen die Interessen, die Lebenslage und die Belange der Arbeiter und ihrer Familien. In Betrieben und Gewerkschaften fokussieren wir uns nicht auf Ingenieure oder leitende Angestellte, sondern auf die Arbeiter und einfachen Angestellten, deren Lage fast identisch ist mit der der Arbeiter. Die Frage der anderen, nicht in der Produktion tätigen Angestellten ist nicht unwichtig und nicht selten ein Element der Spaltung. Wir gehen aber davon aus, ihre Haltung nur mithilfe einer stärkeren Organisation unter den Arbeitern verändern zu können.

Die Frage, ob und wie wir andere werktätige Schichten, wie zum Beispiel kleine Gewerbetreibende, kleine Bauern oder bestimmte Schichten der Angestellten, organisieren sollten, werden wir im Rahmen des Klärungsprozesses und der Klassenanalyse bearbeiten. Wir gehen aber davon aus, dass in Deutschland die große Mehrheit der Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse gehört oder sehr ähnliche Lebensbedingungen hat. Industriearbeiter, Kassiererinnen im Supermarkt, Pfleger im Krankenhaus, Straßenbahnfahrer oder Lokführer, Teilzeitbeschäftigte, Erwerbslose oder Leiharbeiter haben zwar unterschiedliche Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen, aber sie verbindet sowohl ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln - sie besitzen keine - als auch die (unterschiedlich ausgeprägte) Bedrohung ihrer sozialen Lage. Abgesehen von der genaueren Analyse der Arbeiterklasse in der AG Klassenanalyse stellen wir hier fest: Sie alle gehören zur Arbeiterklasse, sie alle müssen organisiert werden.

Erst wenn eine stark organisierte Arbeiterklasse auftritt, wird sich die Frage der gesellschaftlichen Bündnisse mit anderen Schichten, die näher an der Bourgeoisie stehen, stellen. Es wäre falsch, andere Schichten zu organisieren, die dann größeren Einfluss haben und die Arbeiterbewegung überlagern.

Wir orientieren auf die Organisierung der Massen entlang ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse. Das heißt, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen im umfassenden Sinne auf der Tagesordnung stehen. Prinzipiell sind alle politischen Fragen damit verbunden. Aber im konkreten heißt das zum Beispiel, dass der Kampf um Löhne, um bessere Kinderbetreuung oder gegen Schikane vom Jobcenter aber auch Sport- und Kulturangebote im Vordergrund stehen. Das heißt auch, dass wir nicht nur den Arbeiter oder die Arbeiterin

ansprechen, sondern sie und ihre Familien, sie mit ihrem gesamten Leben und als ganze Menschen mit allen Bedürfnissen aber auch Fähigkeiten.

Die Kommunistische Partei, die wir aufbauen wollen, ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Das heißt, dass sie die Klasse am besten organisieren und führen kann und natürlich zu einem Großteil aus Arbeitern bestehen sollte, insbesondere in der Führungsspitze. Das heißt aber nicht, dass Angehörige anderer Schichten nicht Mitglied sein können und nicht eine wichtige Rolle spielen können. Wenn wir also in unserer Massennarbeit auf die Arbeiterklasse orientieren und damit auch bezwecken, dass unsere neuen Reihen sich aus den Massen der Arbeiter aufstellen, heißt das nicht, dass wir keine Studenten mit kleinbürgerlichem Hintergrund mehr aufnehmen. Das Prinzip ist, dass jeder eine Aufgabe im Kampf der Arbeiterklasse übernehmen kann, seine Potentiale einbringen kann. Wenn wir eine Verbindung zur Arbeiterbewegung und zu ihrem politischen Ziel herstellen, können Studenten, Ingenieure oder Künstler eine positive Rolle spielen. Unser Auftrag ist der politische Kampf der Klasse und dafür alle Kräfte zu sammeln, die ihn führen oder unterstützen.

Umfassende Massennarbeit führt in die Betriebe

Wie bereits oben beschrieben, ist unser Ziel ist die Organisation der Klasse insgesamt zur Vorbereitung des subjektiven Faktors für die Revolution, das heißt, dass sie bereit ist, die Macht zu übernehmen. Wir leisten in gewisser Hinsicht Vorarbeit für die Gründung von Räten in einer revolutionären Situation. Die Massen kennen dann bereits Formen der Organisation und Selbsttätigkeit.

Wie wir in der Orientierung geschrieben haben, spielen alle Bereiche des Lebens eine wichtige Rolle. Aus strategischer Sicht ist unser Ziel, durch die allseitige Organisation die Verankerung in den Betrieben zu erlangen. Wir dürfen die Betriebe und die Arbeiter nicht isoliert von anderen Lebensbereichen betrachten. Für den Klassenkampf und besonders in seiner zugespitzten Phase spielen die Betriebe eine besondere Rolle, weil dort die Massen der Arbeiter konzentriert sind und ihre kollektiven Handlungen sowohl effektiv dem Klassenfeind schaden, als auch große Schritte in der gemeinsamen Erfahrung sind. Diese besondere Bedeutung der Betriebe darf nicht zu einer ökonomistischen Sichtweise führen, die den politischen Charakter des Klassenkampfes unterschätzt und die ohne Beachtung der Situation und des politischen Ziels auf Betriebskämpfe orientiert. Dabei kann häufig kaum mehr als gewerkschaftliche Arbeit herauskommen.

Wenn wir hier den Aufbau von Massennarbeit im breiten Sinne vorschlagen, dient es auch dazu, Kontakte in die Betriebe herzustellen und sowohl die Arbeiter verschiedener Betriebe zu verbinden, als auch ihren Kampf mit der Situation ihrer Familien zu verbinden. Ein Beispiel ist, wenn wir mit einem Stadtteil-

Ein Nachbarschaftsverein einen Streik von Busfahrern unterstützen, die von Niedriglohn und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind, kann die Idee der gegenseitigen Hilfe für sie sehr interessant sein und eine Verbindung hergestellt werden. Anders herum kann ihre Streikerfahrung für andere Arbeiter im Nachbarschaftsverein wichtig sein, ebenso wie ihre Berichte von den Schwierigkeiten in der Gewerkschaft, ihre Forderungen durchzusetzen. Über einen Nachbarschaftsverein oder auch einen Sportverein, der einen Streik unterstützt, kann sogar Kontakt zu Arbeitern aus anderen Branchen hergestellt werden, die in der Lage sein könnten, einen Solidaritätsstreik zu organisieren.

Ein besonderes Augenmerk sollten wir auf die Jugend legen und sie in den verschiedenen Lebensbereichen ansprechen - Schule, Kultur, Sport, andere Interessen. Die Jugend ist offener und beweglicher, noch nicht so festgelegt. Sie wird außerdem in die Kämpfe der nächsten Zeit besonders involviert sein. Wir können die Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit positiv beeinflussen, revolutionäre Berufsberatung machen. Die Jugend ist über Kultur und Sport mobilisierungsfähig. Auch hier sind uns keine Grenzen gesetzt, über welchen Weg wir sie erreichen. Wenn für sie das Thema Krieg spannender ist als die Schulsanierung, dann bieten wir dazu etwas an. Wir haben im Blick, dass sie in ein paar Jahren entweder eine Ausbildung beginnen oder studieren werden.

Betriebe und Gewerkschaften

Wie bereits oben beschrieben, sind die Betriebe unser strategisches Ziel. Die Gewerkschaften spielen von Beginn an eine zentrale Rolle in der Arbeiterbewegung, sie waren neben Vereinen die ersten und dann die größten Massenorganisationen des Proletariats. Über längere Zeit waren sie revolutionär und strebten den Sturz des Kapitalismus an. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich mit Entstehung der Arbeiteraristokratie der Opportunismus in den Gewerkschaften und vor allem in ihrer Führung durch.

Mit der Entwicklung des Imperialismus und der größeren Rolle, die der Staat spielt, hat die Bourgeoisie verschiedene Formen entwickelt, mit denen die Gewerkschaften an den Staat angebunden werden sollen, ohne dabei den Charakter von eigenständigen Organisationen der Arbeiterklasse zu verlieren. Hier sei die zum Teil staatlich fixierte „Sozialpartnerschaft“ genannt, die den Gewerkschaften ihre Rolle in der Gesellschaft als Tarifpartner und eben nicht als Klassenkämpfer genau zuweist.

Die DGB-Gewerkschaften sind heute die größten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, sie sind organisatorisch eigenständig und demokratisch strukturiert. Über viele Wege und Methoden wird aber die „Sozialpartnerschaft“, die Zusammenarbeit mit dem Kapital und damit das Kapitalinteresse durchgesetzt. Sie

bezeichnen sich als Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeiter aller politischen Richtungen vereinigt sein sollen, sie sind aber sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, in ihrer Geschichte wurden Kommunisten regelmäßig ausgeschlossen. Sie sind organisatorisch und politisch abhängig von der Sozialdemokratie. Die DGB-Gewerkschaften sind aber auch mit dem Staat und mit den Konzernen durch Bündnisse und Personalüberschneidungen eng verbunden. Die innergewerkschaftliche Demokratie ist gleichzeitig eine Farce. Dies funktioniert aber nur aufgrund der Passivität vieler Mitglieder. Es ist wichtig, dass wir Handlungsoptionen innerhalb der Gewerkschaften aufzeigen, indem wir auf die formal demokratische Strukturen verweisen und versuchen, sie zu nutzen und zu stärken, mehr Mitglieder zu aktivieren und damit die Durchsetzung der Sozialpartnerschaft durchkreuzen. Ob die Führungen dann durch andere Mittel diese Demokratie unterhöheln, wenn jemand auf die Idee kommen sollte aktiv und klassenkämpferisch zu werden, wirkt bewusstseinsfördernd. Insgesamt müssen wir erkennen: Die Kräfteverhältnisse in den Betrieben und Gewerkschaften lassen sich sehr wohl verändern, wir können den Opportunismus und die Klassenzusammenarbeit zurückdrängen – durch geduldige, systematische und gut organisierte Arbeit.

Unser Ziel muss sein, sie zu wirklichen Einheitsgewerkschaften auf der Grundlage des Klassenkampfes zu machen und sie zu einem wichtigen Antriebsriemen für die Revolution zu machen. Das heißt, darin den Kampf gegen Sozialpartnerschaft, gegen Opportunismus und Stellvertreterwesen zu führen - für die Selbsttätigkeit der Massen, für konsequentes Kämpfen für die ökonomischen und politischen Ziele der Arbeiterklasse.

Der ökonomische und der politische Kampf sind nicht getrennt. Es muss uns also um die Politisierung der Gewerkschaftsbewegung, der dort organisierten Arbeiter gehen - und darum, mehr Arbeiter in den Gewerkschaften zu organisieren. Die Politisierung findet dabei nicht anders statt, als in anderen Formen der Massenarbeit - sie darf weder auf die lange Bank geschoben oder auf ökonomische Fragen beschränkt werden, noch darf sie über das Ziel hinausschießen und die Arbeiter dabei verlieren. Die richtige Verbindung herzustellen erfordert die genauen Kenntnisse der Lage, der Bedingungen und der Bereitschaft der Arbeiter.

Die Verbindung von Betrieb und Gewerkschaften spielt eine besondere Rolle - ohne Verankerung und Stütze in den Betrieben wird keine effektive Veränderung des Kräfteverhältnisses in den Gewerkschaften möglich sein, anders herum wird Betriebsarbeit ohne Gewerkschaftsarbeit ebenfalls langfristig nicht möglich sein.

Da der Kampf in Betrieb und Gewerkschaften durch Gesetze und die Präsenz des Klassenfeinds - entweder direkt durch den Kapitalisten und seine Funktionäre oder durch Arbeiterbürokraten erschwert ist, ist die Analyse und Kenntnis der Verhältnisse

und Bedingungen, der Taktiken des Klassenfeinds wichtig, ebenso wie die Erfahrung von Kommunisten, Wege und Kniffe dagegen zu finden. Besondere Beachtung in unserer AG-Arbeit muss der Erfahrung anderer kommunistischer Organisationen und Parteien bei Ausschlüssen aus den Gewerkschaften gelten, da wir rechtzeitig einen guten Umgang damit finden müssen in der Annahme, dass wir bei entfalteter Aktivität davon betroffen sein werden. Darauf müssen wir vorbereitet sein, weil daraus sowohl Opportunismus als auch Radikalismus entstehen kann, die uns beide von den Massen trennen.

Eine Frage, die wir in Bezug auf die Arbeit in den Gewerkschaften beantworten werden müssen, ist die eines klassenkämpferischen Netzwerks, einer Front. Im Moment fehlt uns dafür die bessere Kenntnis der Kräfteverhältnisse in den Gewerkschaften und Erfahrungen in der Aktivierung von Kollegen im Betrieb und dann auch Gewerkschaft. Wir müssen uns als Organisation auf jeden Fall auf die Frage der Organisierung innerhalb der Gewerkschaften und auf drohende Ausschlüsse vorbereiten.

Für den Kampf in den Gewerkschaften gelten dieselben Prinzipien der Massenarbeit, wie sie unten aufgeführt werden - Aktivität, Unabhängigkeit, Solidarität. Zum Teil sind diese Prinzipien auch Bestandteil der Satzungen der Gewerkschaften, was aus ihrer Geschichte resultiert. Uns muss es darum gehen, dass sie auch verwirklicht werden, Formen zu finden, mit denen die Kollegen sie verwirklichen können.

Die Orientierung ist, dass die Genossen, die bereits in den Gewerkschaften aktiv sind, ihren Kampf ausweiten und systematisieren und entlang der Prinzipien dieses Leitantrags gestalten. Dort, wo es sinnvoll ist, sollen weitere Genossen im Betrieb und/oder in den Gewerkschaften aktiv werden. Je nach Bedingungen, Möglichkeiten und Kapazitäten vor Ort kann es sinnvoll sein, gezielt Genossen zu einer betrieblichen Ausbildung zu raten oder einen Schwerpunkt auf die Arbeit in gewerkschaftlichen Zusammenhängen zu legen, insbesondere um Auszubildende zu erreichen.

Eigenständigkeit der Massenorganisationen

Uns die Eigenschaft der Eigenständigkeit der Massenorganisationen bewusst zu machen, ist ein zentrales Anliegen des Leitantrags. Eigenständig hat dabei zwei Bedeutungen: eigenständig, um etwas tun zu können - Selbsttätigkeit - und eigenständig im Sinne von unabhängig von etwas. Eigenständigkeit heißt Unabhängigkeit vom Klassengegner, in welcher Form auch immer er auftritt - vom Quartiersmanagement über das Kulturamt bis zur Stiftung.

Eigenständigkeit im Sinne der Selbsttätigkeit heißt: Wir machen das selbst, es ist nicht schon alles da. Wir sammeln selbst Erfahrung im Planen, Organisieren und

Umsetzen. Wie oben beschrieben, kann die Revolution nur das Werk der Arbeiterklasse sein, die Selbsttätigkeit und Aktivität ist daher ein wichtiges Element der Massenarbeit, die wir ganz konkret beachten und umsetzen müssen. Als Betriebsrat müssen wir vermeiden, dass die Kollegen denken „der macht das schon für mich“. Bei der gegenseitigen Hilfe müssen wir, wenn wir mehr Wissen haben als andere, darauf achten, nicht alle Anträge selbst auszufüllen oder die Papiere zu sortieren, weil es schneller geht oder wenn es um eine Wandzeitung im Betrieb geht, die Artikel in der Zeitung lieber selbst zu schreiben, weil man es gewohnt ist und eh besser schreiben kann.

Eigenständig im Sinne der Unabhängigkeit von Staat, bürgerlichen Einrichtungen aller Art heißt vor allem finanzielle und materielle Unabhängigkeit. Das sind die Bedingungen für reale Unabhängigkeit. Nur wenn wir bzw. die Massenorganisation es wirklich selbst machen kann - das Fest organisieren, den Raum mieten, den Streik organisieren, ... - ist sie unabhängig. Das ist ein in der Praxis nicht leicht zu vermittelnder Punkt, da nicht alle Formen, in denen der Klassenfeind auftritt als solche erkannt werden bzw. kein ausreichendes Bewusstsein vorhanden ist, warum es ein Problem sein sollte, von der Stadt Geld zu bekommen wenn man damit den Raum finanzieren kann oder dass z.B. die Gewerkschaftsführung die Regierung bei einem Gesetzesvorhaben unterstützt, wenn sie dadurch doch mehr Einfluss haben kann.

Eigenständigkeit gilt auch gegenüber der Kommunistischen Organisation. Das ist die Bedingung für die Offenheit der Massenorganisation und zugleich für die Avantgarde-Rolle der Partei. Wie bereits oben erwähnt ist das Verhältnis zwischen beiden Formen der Arbeiterbewegung kompliziert und historisch spezifisch. Grundsätzlich gilt aber, dass die Funktionen der Organisationen unterschiedlich sind und sie deshalb nicht identisch sein können, auch wenn sie eine organische Verbindung haben müssen und in gewisser Hinsicht im Kampf eine Einheit darstellen müssen. Die Funktion der Massenorganisation ist die Sammlung möglichst vieler Arbeiter, die unabhängig von ihrer politischen Überzeugung bereit sind, für die gemeinsamen Interessen zu kämpfen. Die Funktion der Kommunistischen Organisation ist die Führung des Klassenkampfes, die Zusammenführung seiner verschiedenen Elemente und der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse und Volksschichten. Das setzt ideologische Einheitlichkeit und Kenntnisse voraus. Sie kann nicht von so vielen wie möglich, sondern von den erfahrensten, opferbereitesten und geschultesten Arbeitern geleistet werden. Würden wir diese Bedingungen zu Bedingungen der Massenorganisationen machen, wäre keine Einheit der verschiedenen darin versammelten Arbeiter möglich.

Das heißt auch konkret, dass es sein kann, dass wir von uns aufgebaute Strukturen der Massenorganisation verlieren, wenn andere politische Kräfte darin die Oberhand

erlangen. In bestehenden Massenorganisationen wie Gewerkschaften kämpfen wir für die tatsächliche Eigenständigkeit gegenüber dem Staat, den Unternehmen und der Sozialdemokratie.

Die Eigenständigkeit muss sich in völlig transparenten und demokratischen Strukturen der Massenorganisationen ausdrücken - jeder Arbeiter kann sofort erkennen, wie er mitmachen und entscheiden kann, er muss erkennen können, wer welche Interessen vertritt und Ziele verfolgt. Hier sind Satzungen und Regeln und ihre Beachtung wichtig - sowohl in Vereinen, die wir selbst gründen, als auch in den Gewerkschaften.

Verhältnis der Kommunistischen Organisation zur Massenorganisation

Seit der Niederlage von 1989 ist die Arbeiterbewegung von Desorganisierung und Opportunismus geprägt. Die Erkenntnis, dass nur mit dem Sturz des Kapitalismus und der Macht der Arbeiterklasse die Lösung der Probleme möglich ist, ist verschüttet und aus dem Bewusstsein weitgehend verschwunden. Die Lücke, die durch die Niederlage und das Verschwinden oder Schrumpfen der Parteien entstanden ist, wurde gefüllt durch allerlei Varianten der Sozialdemokratie und der kleinbürgerlichen Ideologie. Sie alle zielen auf die Reformierung des Systems ab, auch wenn sie teilweise radikal klingende Parolen und utopische Vorstellungen aufstellen.

Der Klärungsprozess, den wir anstoßen, hat hier eine wichtige Bedeutung. Die Arbeiterklasse muss die verschiedenen Kräfte und ihre Lösungsvorschläge erkennen können. Es muss für sie darüber klar, wer welchen Weg vorschlägt, wer welche Organisation entwickelt und was das für das Ziel der Arbeiterklasse bedeutet. Dies gilt nicht nur für allgemeine Zuschreibungen wie „kommunistisch“ oder „sozialdemokratisch“, sondern muss gerade in konkreten Auseinandersetzungen erkennbar sein. Während bürgerliche Kräfte welcher Schattierung auch immer auf die verschiedensten Lösungen innerhalb des Systems orientieren, müssen wir den Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus aufzeigen. Das ist keine leichte Aufgabe. Es kann weder platt, noch phrasenhaft sein kann, noch kann die Aufklärung über die Notwendigkeit der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse einfach weggelassen werden. Weil für die Arbeiterklasse der Unterschied zwischen den Kräften, die auf Scheinlösungen und Illusionen setzen und der kommunistischen Organisation sichtbar sein muss, sind Bündnisse mit anderen Organisationen problematisch und eine Teilnahme muss deshalb mit besonderer Verantwortung gegenüber den konkreten Anforderungen des Klassenkampfes entschieden werden und eine Analyse der anderen Kräfte geleistet werden. Das heißt, dass wir auch auf der Ebene der Massenorganisationen darauf hinwirken müssen, Bündnisse mit

Organisationen abzulehnen, die bürgerliche und konterrevolutionäre Einflüsse unter den Massen verbreiten.

Während alle bürgerlichen und reformistischen Kräfte versuchen, die Arbeiterbewegung zu unterwerfen und von „Einheit“ und „Unabhängigkeit“ sprechen, während sie die „Politisierung“ ablehnen, fesseln sie die Arbeiter an die Bourgeoisie, führen sie in eine politische Abhängigkeit, die sie nicht erkennen sollen. In diesem politischen Kampf verteidigen wir die Unabhängigkeit der Massenorganisationen gerade deshalb, damit die Arbeiter den politischen Kampf erkennen und selbst führen können, damit wir aufzeigen können, durch welche Wege sich das Interesse der Kapitalistenklasse einschleicht und hereingetragen wird.

Das Verhältnis der Kommunistischen Organisation zur Massenarbeit und zu den Massenorganisationen wird eine Frage sein, die uns in der Umsetzung immer wieder beschäftigen wird und mit der wir uns weiter beschäftigen werden müssen, ebenso mit den Auseinandersetzungen zu dieser Frage in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wovon es viele gab.

Auf der einen Seite müssen Kommunistische Organisation und Massenorganisationen getrennt und organisatorisch eigenständig sein. Auf der anderen Seite wird es in der Wirklichkeit eine starke und lebendige Partei über viele Wege und Formen mit den Massen verbunden sein und dem Klassenfeind wie ein revolutionärer Gesamtorganismus erscheinen. Die Revolution ist das Werk der Arbeiterklasse selbst - also der Massen der Arbeiter, aber unter Führung der Partei, also der bewusstesten Arbeiter, der am besten organisierten. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse besteht nicht nur aus Arbeitern, sondern in ihr können auch Angehörige anderer Volksschichten sein, die sich dem Kampf anschließen. Eine starke Vertretung von Arbeitern, ihre Erfahrungen und Verankerung ist insbesondere in der Führung wichtig für die Entwicklung der Partei.

Es gibt auf der einen Seite eine notwendige klare organisatorische Trennung zwischen Partei und Massenorganisationen. Auf der anderen Seite sind sie nicht hermetisch voneinander abgeriegelt. Wir dürfen sie nicht getrennt voneinander denken und voneinander abschotten. Es ist ein Fehler, die Kommunistische Organisation aus Angst oder Unsicherheit von den Arbeitern zu trennen, erst viel später mit ihnen über kommunistische Standpunkte zu sprechen und dadurch der Hebung ihres Bewusstseins eine Grenze zu setzen. Auf der anderen Seite ist es falsch, die Kommunistische Organisation mit einer Massenorganisation zu verwechseln und sie so zu öffnen, dass es keinen Unterschied mehr gibt.

Der wichtigste Unterschied zwischen Massenorganisationen und der Kommunistischen Organisation besteht darin, dass die Kommunistische Organisation

die Grundlage für den Aufbau der kommunistischen Partei darstellt, die kommunistische Partei aber die höchstentwickelte Form der Organisation des Proletariats ist. Sie hat den Gesamtblick für den Klassenkampf des Proletariats, sie vereinigt die verschiedenen Anforderungen des Klassenkampfes - des ökonomischen, politischen und ideologischen. Sie umfasst die Kader, die am meisten diszipliniert und geschult sind und den Kampf anführen können. In ihr sind die Revolutionäre organisiert, die das gemeinsame politische Ziel verfolgen. Sie ist damit keine Massenorganisation, auch wenn Massen im Sinne von vielen Menschen darin organisiert sein können. Massenorganisationen in dem hier gemeinten Sinne sind dagegen Sammelorganisationen für alle Proletarier - unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, solange sie bereit sind, für ihre Interessen mit ihren Klassenbrüdern einzutreten.

Die Kommunistische Organisation ist die Voraussetzung für die Existenz eigenständiger Massenorganisationen. Ohne die bewusste, politische Kraft gibt es keine Organisationen, mit denen die Arbeiter ihren Kampf entfalten können. Wir stehen in einem fortgeschrittenen Stadium der Arbeiterbewegung, nicht am Anfang wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts als die Arbeiterklasse sich zunächst emanzipieren musste und sich als Klasse und Bewegung herausbildete. Aber bereits damals gingen die wesentlichen Impulse für die Schaffung von Gewerkschaften und anderen Formen der Organisierung der Arbeiter von revolutionären Kräften aus. Es ist falsch, anzunehmen, dass sich aus der Zunahme der Kämpfe heraus die richtigen Formen automatisch ergeben werden oder dass erst ein Aufschwung in der Klasse stattfinden muss, damit die Kommunisten anknüpfen und wirksam werden können.

Das Verhältnis der Kommunistischen Organisation zum Kampf der Arbeiterklasse ist das Gegenteil von Spontaneismus. Unser Ziel ist die bewusste, strukturierte und planvolle Führung des Kampfs der Arbeiterklasse. Wir erkennen den Unterschied zwischen Partei und Massen, aber wir streben eine organische Verbindung an, in der die Partei eine besondere Organisationsform mit Anforderungen an ihre Mitglieder ist. Wir müssen planend voranschreiten. Dabei sind die Erkenntnisse der Geschichte des Kampfs der Arbeiterklasse wichtig für uns. Die Entwicklung der Kommunistischen Internationale als Höhepunkt der Organisation des revolutionären Proletariats, die Entwicklung ihrer Kriterien für die Parteien und ihre Analysen sind für unser Verständnis der Organisation wichtig. Wir werden sie uns systematisch aneignen und nutzbar machen.

Zugleich wird es nicht möglich sein, dass vor der Revolution jeder einzelne Arbeiter alle Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden hat und es erst dann zur Revolution kommen kann, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse bereits in der Kommunistischen Partei organisiert ist. Die Hebung des Bewusstseins hängt auch von

objektiven Faktoren und der Entwicklung des Kampfs ab. Die bewusstesten und am besten organisierten Teile der Arbeiterklasse werden in der Minderheit sein, auch noch nach der Revolution.

1913 befanden sich die Bolschewiki in der Auseinandersetzung mit den Liquidatoren, die die Partei auflösen wollten und nur noch legale Massenarbeit betreiben wollten. Ziel der Bolschewiki war, die Gewerkschaften, Volkshäuser und anderen Organisationen von den Opportunisten zurück zu erobern. In dieser Auseinandersetzung schrieb Lenin über das Verhältnis der Partei zu der Massenarbeit: „Die Marxisten sehen das Verhältnis der nichtorganisierten (und lange Zeit, manchmal jahrzehntelang, nicht organisierbaren) Masse zur Partei, zur Organisation, prinzipiell anders. Gerade damit die Masse einer *bestimmten Klasse* lernen kann, die eigenen Interessen, die eigene Lage zu begreifen, ihre eigene Politik zu betreiben, gerade dazu ist die Organisation der fortgeschrittensten Elemente der Klasse unbedingt und um jeden Preis notwendig, auch wenn diese Elemente am Anfang einen ganz geringen Teil der Klasse ausmachen sollten. Um der Masse zu dienen und *ihre* richtig erkannten Interessen zum Ausdruck zu bringen, muss der Vortrupp, die Organisation ihre ganze Tätigkeit in die Masse verlegen und dabei aus ihr ausnahmslos alle guten Kräfte heranziehen und auf Schritt und Tritt, sorgfältig und objektiv prüfen, ob die Verbindung mit den Massen gewahrt wird, ob sie lebendig ist. So und *nur* so erzieht und schult der Vortrupp die Masse, indem er *ihre* Interessen zum Ausdruck bringt, sie lehrt, sich zu organisieren, und die *ganze* Tätigkeit der Masse auf den Weg bewusster Klassenpolitik lenkt.“ (Lenin, Werke Band 19, S. 400)

Eine der wesentlichen Kriterien für Massenarbeit und Massenorganisationen ist, dass sie keine „Vorfeldorganisationen“ sind, die an der Partei hängen, von ihr indirekt bestimmt werden und letztendlich die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Massen lähmen. Die Eigenständigkeit ist sowohl für die Entwicklung der Arbeiter in den Massenorganisationen wichtig, als auch für die Entwicklung der Kommunisten in den Massenorganisationen. Der ideologische Kampf, der überall geführt werden muss, muss offen diskutieren, alle Fragen ansprechen, alle Widersprüche benennen können. Kommunisten können sich nicht zurücklehnen und sich auf Parteitagbeschlüsse beziehen und damit vermeintlich Fragen beantwortet haben. Unser Ziel ist, dass die Kommunistische Organisation und ihr Programm so weit wie möglich verbreitet ist, dass ihre Ziele hegemonial in der Arbeiterbewegung sind, dass opportunistische und reformistische Kräfte zurückgedrängt werden. Dieses Ziel erreichen wir aber nur, wenn wir uns mit offenem Visier den Widersprüchen und Problemen stellen. In Massenorganisationen führen wir den ideologischen Kampf als Mitglieder der KO, als Kommunisten, aber nicht als delegierte Stellvertreter, sondern als aktive und vorangehende Teile der Massenorganisation.

Die Verbindung des ökonomischen mit dem politischen Kampf, die Verbindung der Ziele der heutigen Kämpfe mit dem Ziel der Revolution, die Verbindung der konkreten Kampfschritte mit der Frage der Macht ist kompliziert und wird uns auf allen Ebenen herausfordern. Wir müssen sowohl die Bedingungen und Verhältnisse in einem Bereich (Betrieb einer bestimmten Branche, Siedlung in einer Stadt,...) kennen, als auch die vom Staat und den Kapitalisten gesetzten allgemeinen Bedingungen (Gesetze,...) und die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung (Krise, ...), um zu richtigen Lösungen zu kommen, die sowohl dem Bewusstsein der Arbeiter entsprechen, als auch darüber hinausgehen ohne aber über das Ziel hinauszuschießen und die Arbeiter zu verlieren, weil sie nicht mehr nachvollziehen können, was damit gemeint ist.

Wir müssen versuchen, immer den Gesamtzusammenhang aufzuzeigen und alle Kräfteverhältnisse zu beachten, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Arbeiter und ihr Kampf für ein falsches Interesse eingespannt werden. Wir müssen unterscheiden können zwischen dem, was jetzt der richtige Schritt ist, der nicht über das Bewusstsein hinausschießt und der eigentliche Kampf verloren geht. In einem Streik wird beispielsweise (vorerst) nicht direkt für die Räterepublik gekämpft, sondern erstmal für einen höheren Lohn oder für bessere Arbeitsbedingungen. Aber die konkrete Auseinandersetzung mit den Tarifforderungen kann erheblich dazu beitragen, dass Kollegen verstehen, was das Problem ist und wer sich wie dazu aufstellt. Die Arbeiter müssen sich über die Schritte des Kampfs bewusst sein und ihn selbst vorantreiben können.

Prinzipien der Massennarbeit

Wir können drei grundlegende Prinzipien der Massennarbeit benennen:

- a) Aktivität
- b) Unabhängigkeit
- c) Klassensolidarität

Aktivität

Die Aktivität und Selbsttätigkeit der Menschen ist das wichtigste Prinzip und die Voraussetzung für die Verwirklichung der beiden anderen Prinzipien.

Die Aktivität muss sich auf alle Aspekte der Organisierung beziehen: Auf die praktisch-strukturellen Fragen, auf die soziale Verbindung zwischen den Menschen, auf alle politischen Fragen und auf die organisatorische Führung. Die Aktivität erstreckt sich also z.B. vom Putzdienst zur Erhaltung der Räumlichkeiten über das

umeinander sorgen und über alle Probleme miteinander sprechen können bis zur Erörterung der politischen Fragen und der Führung und Ausweitung der Strukturen.

Der rote Faden unserer Aktivitäten muss sein, dass wir ermöglichen, dass alle mitdenken und mitentscheiden, sich einbringen können und Verantwortung übernehmen. Nur wenn die beteiligten Menschen es zu ihrer Sache selbst machen und ihr Potential einbringen, wird eine eigenständige Massenorganisation im Sinne der Arbeiterklasse entstehen.

Dazu müssen die Formen so entwickelt sein, dass dieses Prinzip nicht nur ein formaler Grundsatz ist, sondern praktisch erfahrbar ist. Das kann zum Beispiel durch ein gemeinsames Plenum erreicht werden, dass so gestaltet ist, dass insbesondere Arbeiter, die es oft nicht gewohnt sind, gefragt zu werden, sich äußern können und merken, dass es eine Rolle spielt, ob sie das tun oder nicht. Das kann am besten durch die gemeinsame Erfahrung also praktische Umsetzung von Ideen geschehen, in der jeder eine Aufgabe übernimmt, seine Ideen berücksichtigt werden und man sich aufeinander beziehen muss, damit das Ganze klappt.

Dabei spielen transparente und einfache Entscheidungsstrukturen eine wichtige Rolle und hierbei kommt die Eigenständigkeit besonders zum Tragen. Die Form der Massennarbeit - sei es Lesekreis, Abteilungsversammlung im Betrieb oder ein Verein in Stadtteil muss repräsentativ für alle darin Versammelten sein, nicht für Fraktionen, nicht für Individuen und nicht für Außenstehende.

Die Grundlage der Organisationen ist Demokratie. Alles muss von unten diskutiert, durchdacht und mitentschieden werden. Zugleich gelten die kollektiv verabschiedeten Beschlüsse für alle. Die Verteidigung des demokratisch-zentralistischen Prinzips gilt auch für Massenorganisationen, auch wenn die Kommunistische Organisation dieses Prinzip in höherer Form und Disziplin ausübt. Die offene Debatte, die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung, die Fähigkeit, Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen wird für die Arbeiterklasse in der revolutionären Situation in den Räten eine entscheidende Rolle spielen, ebenso wie beim Aufbau des Sozialismus. Das Zustandekommen dieser Prinzipien muss ebenfalls demokratisch entwickelt, diskutiert und verstanden werden.

Dieses Prinzip gilt für die Kommunisten ebenso wie für alle anderen. Nur wenn wir aktiv und mit Ideen, mit Verantwortung und Transparenz mitarbeiten, werden wir einen guten Beitrag leisten und unser Ziel - die Aktivierung der meisten - erreichen. Wir sind keine Sozialarbeiter, keine Anwälte, keine Dienstleister, wir sind Kollegen, Nachbarn, Klassenbrüder und -schwestern.

Das heißt, dass wir bewusst jede Form von Stellvertretertum durchbrechen müssen. Das gilt in den von uns entwickelten Strukturen, wo wir vor allem darauf achten

müssen, dass möglichst alle eine Aufgabe übernehmen und wir nicht alles selbst erledigen. Das gilt genau so für bestehende Massenorganisationen, in denen wir wirken. In den Gewerkschaften ist das Stellvertreterwesen besonders verbreitet und institutionell verfestigt. Wir müssen dies besonders aufmerksam erkennen und an allen Stellen wo es uns möglich ist, zurückdrängen durch Formen der Aktivierung und Beteiligung der Kollegen. Bei der Übernahme von Funktionen in Massenorganisationen ist die Gefahr des Stellvertretertums besonders zu beachten und zu reflektieren.

Für diese, wie auch für andere Fragen müssen wir die Erfahrungen der Genossen, die bereits Erfahrungen in der Massenaktivität gesammelt haben, gut auswerten. Wir können daraus bereits konkrete Ansätze der Massenarbeit ableiten, die sich dabei bewährt haben.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich das Bewusstsein der Menschen durch die Erfahrung in Massenorganisationen verändert und zwar gerade durch die Aktivierung und Selbsttätigkeit. Das geschieht nicht nur, wenn wir etwas organisieren, sondern durch Aktivität und Erfahrung der Menschen selbst, sei es im Sportverein oder den Gewerkschaften. Daran können wir aber sehr gut anknüpfen. Wer diese Erfahrung gesammelt hat und sich kennen gelernt hat als einen aktiven Menschen mit Potentialen, der kann sich auch in anderen Vereinen oder Massenorganisationen einbringen und dort aktive Beteiligung herausfordern.

In allen Formen der Massenarbeit sind Regeln und Prinzipien notwendig, um den Rahmen abzustecken und die Grundlage für das gemeinsame Wirken zu legen. Diese Regeln müssen wir beachten und verteidigen, aber wenn nötig auch verändern oder anpassen. Bei allen notwendigen Strukturen und Regeln dürfen wir aber den roten Faden nicht aus den Augen verlieren und müssen die lebendige Aktivität fördern. Das starre Festhalten an Regeln oder das Zurückziehen auf bürokratische Tätigkeit ist ein Ausdruck von mangelnder Orientierung und der nicht vorhandenen Fähigkeit, sich selbst kreativ einzubringen.

Unabhängigkeit

Die Frage der Unabhängigkeit ist für die Organisation der Arbeiterklasse essentiell. Damit ist nicht die Unabhängigkeit von Klasseninteressen oder dem Klassenstandpunkt allgemein gemeint. Ganz im Gegenteil geht es darum, Formen zu entwickeln, die unabhängig von der bürgerlichen Ideologie sind und stattdessen Formen sind, in denen die Menschen ihr gesellschaftliches Interesse erkennen und erfahren können. Die herrschende Klasse versucht überall, genau das zu verhindern und Menschen entweder abzulenken, vor den eigenen Karren zu spannen, passiv zu machen oder zu isolieren.

Unabhängigkeit und Eigenständigkeit heißt, politische Vereinnahmung durch den Klassenfeind (in welcher Form auch immer er auftritt) zu verhindern. Auch das gelingt nicht einfach durch Postulieren, sondern durch das konkrete Aufzeigen von anderen Interessen, die ins Spiel kommen. Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und der konsequente Standpunkt für die Klasseninteressen der dort organisierten Werktätigen gehören zusammen.

Kernpunkt der Unabhängigkeit ist die finanzielle und im weiten Sinne materielle Unabhängigkeit. Geld, aber auch Räume, technische Mittel und geschäftlich günstige Beziehungen sind Mittel, um den Einfluss des Staates auf Vereine, Gewerkschaften oder andere Formen zu sichern. Aber auch dauerhafte größere Spenden von Unternehmen oder Einzelpersonen sind Einfallstore für die Anpassung an fremde Interessen. Spenden ohne jede Bedingung können nützlich sein. Aber drei aktive und bewusste Arbeiter sind viel mehr wert als drei großzügige Spender. Die Orientierung muss sein: Wir können das selbst! Durch die Beteiligung vieler Menschen an der Organisierung kann man große Potentiale an freiwilliger Arbeit und auch finanzieller Beteiligung erreichen.

Die Notwendigkeit der eigenen Infrastruktur, insbesondere Räume und Geld, ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung. Während des Sozialistengesetzes zum Beispiel hatten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Probleme, Räume mieten zu können. Also bauten sie ihre Häuser selbst. Damit gingen zwar auch Tendenzen der kleinbürgerlichen Entpolitisierung einher, aber bis heute bleibt die Raumfrage zentral für Arbeiterorganisationen. Das gleiche gilt für Transport, Druckereien, etc.

In bestehenden Massenorganisationen müssen wir bzw. die Menschen, die wir dort oder woanders organisiert haben, einen Kampf für politische Unabhängigkeit von anderen Interessen führen. Das ist insbesondere in den Gewerkschaften ein wichtiger Kampf, da dort durch die Arbeiterbürokratie und die Sozialdemokratie das bürgerliche Klasseninteresse weitgehend implantiert ist, ohne dass es immer erkennbar ist. Auch dort gilt, ebenso wie im Wohnviertel, dass es nur durch konkrete Erfahrungen und das genaue Aufzeigen von Zusammenhängen erkannt werden kann. Wir müssen die Klasseninteressen und ihre Ursachen und Auswirkungen ganz konkret aufzeigen, sei es an Lohnforderungen, Sozialgesetzen oder den politischen Standpunkten der Vertreter verschiedener Parteien.

Wie bereits oben ausgeführt, sind die Massenorganisationen auch unabhängig von der Kommunistischen Organisation. Das heißt aber nicht, dass wir in der Kommunistischen Organisation nicht darüber reflektieren, was in den Massenorganisationen gemacht wird und wie die Rolle von Genossen in den Massenorganisationen ist. Entschieden wird aber in der Massenorganisation. Dort wollen wir die Eigenständigkeit und Offenheit der Debatte - zum einen damit sich

möglichst alle Arbeiter an der Debatte beteiligen und ihre Sichtweise darlegen, aber auch damit wir diese Diskussionen führen können und nicht ausgeschlossen werden. Offene und kontroverse Debatte ist in gewisser Hinsicht das Kernstück unserer Organisation - zur Aktivierung der Arbeiter und für unseren eigenen Handlungsspielraum. Wir sprechen uns ab, aber wir sprechen es offen aus und gehen das Risiko ein, dass wir es verlieren. Wir besprechen unsere Ziele, aber alles was die Massenorganisation machen soll, entscheiden soll, muss dort diskutiert und entschieden werden. Wir lehnen Mausechlei ab - alles muss offen und transparent benannt werden. Das heißt nicht, dass wir uns nicht überlegen, wie man zum Beispiel organisierte Faschisten isolieren kann. Wir können uns als Kommunisten Taktiken im Kampf gegen politische Gegner in Massenorganisationen überlegen und auch klassenbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter für diesen Kampf gewinnen. Den Kampf vor Ort führen wir aber als vollwertige Mitglieder der Massenorganisation und versuchen andere Mitglieder von unseren Positionen zu überzeugen. Es kann z.B. sein, dass wir uns in einer bestimmten Zeit, aus taktischen Gründen, keinen offensiven Kampf mit den Faschisten liefern. Das hieße dann für die Genossen in der Massenorganisation die Füße für eine Weile stillzuhalten und die Gründe dafür den anderen antifaschistisch Gesinnten in der Massenorganisation zu erklären. Wenn wir als Kommunisten die Zeit für eine Offensive gekommen sehen, dann versuchen wir so viele andere wie nur möglich für den Kampf zu gewinnen.

Es sind die beiden Seiten derselben Medaille: Als Kommunist muss man reflektieren und sich austauschen, das heißt nicht, dass wir uns einfach hinsetzen und die Beschlüsse festlegen. Wir müssen den Mut haben, unsere Meinung zu sagen, auch wenn es falsch sein kann, es muss also nicht alles vorher abgesprochen sein. Die eine Gefahr ist, in der Massenorganisation aufzugehen, die andere ist, sie administrativ zu dirigieren.

Dabei ist die oberste Disziplin die der Kommunistischen Organisation, weil sie die Fähigkeit hat, die Verhältnisse zu durchschauen, die Gesamtsituation besser zu überblicken. Unser Ziel ist ein einheitliches Vorgehen und eine einheitliche Orientierung in den Massenorganisationen, was aber nicht dazu führen darf, dass wir dort, wo wir die Mehrheit stellen, auf Vermittlung, Erklärung und offene Debatte verzichten.

Unabhängigkeit und Eigenständigkeit heißt nicht, dass wir uns aus den Strukturen rausziehen. Unser Ziel ist, dass immer mehr Arbeiter, die mit uns in Kontakt sind, die Strukturen führen, sei es in von uns gegründeten Organisationen oder in den Gewerkschaften. Dass wir selbst Funktionen in Vorständen übernehmen, muss dem Prinzip der Eigenständigkeit nicht widersprechen, vor allem dann nicht wenn wir diese Funktion dafür nutzen, dass mehr Arbeiter dazu in der Lage sind.

Aber auch weil in den Massenorganisationen alle Arbeiter sein sollen, sozialdemokratische, christliche, konservative,... Sie sollen nicht die Prinzipien der Kommunistischen Partei, sondern nur die Prinzipien der Massenorganisation akzeptieren müssen. Kommunisten müssen sich anstrengen und zu den besten Teilen der Massenorganisationen werden. Wir können uns nicht einfach auf Parteibeschlüsse oder den Avantgarde-Anspruch ausruhen. Wir sind als Kommunisten Teil der Massenorganisation, aber nicht als Stellvertreter.

Unser Ziel ist, dass wir in den Massen propagieren können, dass die Kommunistische Organisation für die Eigenständigkeit von Massenorganisationen ist und welche Agenda wir darin verfolgen.

Solidarität

Dieses Prinzip können wir auch als Solidarität der Klasse bezeichnen. Ohne die Solidarität aller Arbeiter, jeder Nationalität, Religion, Geschlecht und sozialen Lage können wir die Spaltung der Klasse nicht überwinden. Die Spaltung der Klasse in alle erdenklichen Richtungen ist aber eine der wichtigsten Mittel der herrschenden Klasse zur Absicherung ihrer Herrschaft.

Das heißt auf der einen Seite, dass wir alle Versuche des Hasses oder Misstrauens erkennen und zurückdrängen müssen. Dieser Punkt kann in der konkreten Arbeit kompliziert werden. Viele Handlungen können beispielsweise als frauenfeindlich erscheinen, haben aber ganz andere Hintergründe. Nur wenn man Gelegenheiten schafft, sich kennen zu lernen und einander zu vertrauen, dann kann man solche Vorurteile abbauen und eine solidarische Haltung zueinander aufbauen.

Ein anderer Bereich sind Vorurteile bis hin zu Rassismus. Auch hier zeigt die Erfahrung, dass viel Zeit und Raum nötig ist, um Menschen kennen zu lernen und herauszufinden, um was es dabei geht. Viele Vorurteile können schnell relativiert werden, wenn man sich gegenseitig hilft. Politische Korrektheit und übertriebene Empörung an der falschen Stelle können aber genau das verhindern und sind falsche Intoleranz. Rassistische Hetzer können provozieren und müssen durch die anderen erkannt und isoliert werden. Dabei können die Grenzen fließend sein. Hier kann zu viel Toleranz falsch und eher Ausdruck von Konfliktvermeidung sein. Zusammenfassend kann man sagen, dass es auch unsere Aufgabe ist, einen solchen Umgang mit Rassismus und Frauenfeindlichkeit innerhalb der Arbeiterbewegung zu finden, der aufklärerisch ist und nicht durch simple Ausschlüsse geradewegs in Sektierertum führt.

Diese Auseinandersetzungen haben Menschen überall und wir werden sie in allen Formen der Massenarbeit haben und sollten bei von uns selbst geschaffenen Formen

nicht die einfache Schlussfolgerung ziehen, Leute rauszuschmeißen. Im Vordergrund sollte die gemeinsame Erfahrung und Auseinandersetzung stehen. Im Betrieb oder in der Nachbarschaft können wir Menschen auch nicht einfach ausschließen. Etwas anderes ist die Isolierung von organisierten Faschisten.

Diese Prinzipien der Massennarbeit sollten wir in allen Bereichen des Lebens der Arbeiter und ihrer Familien anwenden. Dazu gehören Betrieb, Wohnviertel, Sport, Kultur, Schulen, Universität,...

Die direkte Verzahnung der verschiedenen Formen der Massennarbeit müssen wir nicht forcieren. Sie sollen miteinander verwachsen. Jeder von uns und von uns Organisierte soll die Idee der Eigenständigkeit und Aktivität verbreiten und überall hineinragen, wo er Zugang hat. Wir schaffen keine neue Szene Gleichgesinnter, wir wollen in alle Sphären der Gesellschaft hineinwachsen.

Alles was wir politisch und sozial machen, nehmen wir mit, wohin wir gehen und versuchen da wo es passt Menschen zu begeistern. Es muss ein Verwachsen über Individuen, nicht über Organisationen sein. In einem späteren, entwickelten Stadium kann es auch Sinn machen, bundesweite Zusammenschlüsse unserer Massennarbeit zu entwickeln.

Rolle der Kommunisten

Als Kommunisten in der Massennarbeit

Als Kommunisten sind wir Teil der Arbeiterklasse und all ihrer lebensweltlichen Bereiche. Wir gehen arbeiten, zahlen Miete, treiben Sport. So selbstverständlich wie wir anstreben uns in unseren Betrieben zu verankern, müssen wir uns auch in unseren Wohnvierteln und allen Bereichen der Freizeit mit den Massen verbinden.

Massennorganisationen in unserem Verständnis sind der klassenbewussteste und zuverlässigste Teil der Arbeiterbewegung. An diesen Punkten der Gesellschaft entwickelt sich proletarische Kultur. Arbeiter treten hier zusammen und tauschen sich über alltägliche, aber auch politische Fragen aus. Es liegt hier also an uns, unserer Organisation und unserer Mitarbeit in den jeweiligen Bereichen, kritisches und solidarisches Bewusstsein zu schaffen.

Wir sind nicht nur ein stiller beobachtender Teil der Massennarbeit, sondern wir bringen uns aktiv und kreativ in diese Projekte ein. Wir beobachten die Arbeiter und diskutieren mit ihnen. Wir schätzen sie ein und machen Werbung für unsere Organisation. Die Fähigen und Interessierten, werden wir dann zu Unterstützern, Kandidaten und später Mitgliedern machen. Viele unserer zukünftigen Kader sollten aus der Massennarbeit rekrutiert und aufgebaut werden.

Als Kommunisten genügt es nicht, formal marxistisch-leninistische Theorie verinnerlicht zu haben. Sondern wir müssen auch organisatorische und agitatorische Fähigkeiten ausbilden. Als Kommunisten müssen wir allseitig ausgebildet und der fortschrittlichste Teil der Arbeiterklasse sein. Agitation und Propaganda gehört gleichwertig zum Kommunist-Sein dazu, wie die Fähigkeit, Analysen und Texte zu verfassen.

Agitation und Propaganda

Agitation und Propaganda sind für die Kommunistische Organisation zentrale Arbeitsbereiche. Wir werden hier nur kurz einige Anmerkungen dazu machen. Zu diesem Bereich wird ein grundlegendes Dokument und eine dazu passende Arbeitsweise entwickelt werden. Agitation und Propaganda hängen eng zusammen und dürfen nicht künstlich getrennt werden und weder das eine noch das andere einseitig Übergewicht bekommen. Mit der Propaganda verbreiten wir die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, wenden sie auf die konkreten Verhältnisse und ihre Entwicklung an, werfen die für Arbeiterbewegung relevanten Fragen auf, aber auch der anderen Klassen und ihrer Konstitution, weltanschauliche Fragen, historische, ökonomische, naturwissenschaftliche – alle Fragen, die die Welt und ihre Entwicklung betreffen. Wir bringen diese Fragen in Verbindung mit dem Leben der Volksmassen und ihren Bedürfnissen, genau so wie mit den Zielen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse.

Die Agitation führt zur Aktion, indem sie die Massen organisiert und mobilisiert mit dem vordringlichen Ziel, den Klassenkampf zu erkennen und zu führen. Die Kraft der Agitation liegt darin, dass sie offen und direkt die Verhältnisse anprangert und Ross und Reiter benennt, sowie im systematischen Studium der Erfahrungen der Massen und der Hintergründe der gesellschaftlichen Verhältnisse. Um die Hauptaufgaben der Partei zu lösen, schrieb Lenin, „müssen wir sowohl als Theoretiker und als Propagandisten wie auch als Agitatoren und Organisatoren“ in die Massen gehen. (Lenin, Werke, Band 5, S. 439)

Propaganda ist eine zentrale Aufgabe der Kommunistischen Organisation, damit hängt die Forschungsarbeit der AGs eng zusammen. Als Propaganda bezeichnen wir die Verbreitung unserer Ansichten in der Bevölkerung. Die Leute wollen wissen „Was denken die Kommunisten zu dieser Frage?“ (Auch wenn sie heute oft erst mal fragen „Ach euch gibt es auch noch?“).

Die Propaganda zeigt den Gesamtzusammenhang auf, sie ist klar und auf den Punkt. Propaganda ist schonungslose, wissenschaftliche Aufklärung über die Verhältnisse.

Sie verzichtet auf die „Übersetzung“ in eine „leichte Sprache“ und bedient sich der wissenschaftlichen Sprache. Allgemeinverständlichkeit ist trotzdem wichtig und selbstverständlich, aber zum Beispiel sollte hier auf Begriffe wie „Imperialismus“ oder „Profirate“ nicht verzichtet werden. Was mittelfristig eine Parteizeitung für uns übernehmen wird, übernehmen heute dabei die Stellungnahmen. Für den gesamten Bereich der Veröffentlichungen werden wir Workshops und eine Arbeitsteilung entwickeln.

Agitation entwickeln wir auch als Organisation und nutzen dafür die gesammelten Erfahrungen und unsere Strukturen der Massenorganisationen. Wir betreiben sie aber auch jederzeit im Alltag, als individueller Kommunist. Sie ist dabei mehr eine Eigenschaft, die uns ins Blut übergehen muss. Agitation ist die Eigenschaft, in jeder Diskussion, in jedem Thema die wesentlichsten Punkte zu finden. Die Punkte, die wir dem Kapitalismus und seinen Anhängern vorwerfen. Aber auch die Punkte, die unserer Sache zuträglich sind. Wir müssen z.B. Hartz IV, oder andere Phänomene der Oberfläche, auf ihre Ursachen zurückführen, sie skandalisieren und dort den Hebel für die Aktivierung, hin zur Organisierung, ansetzen.

Agitation dient uns darüber hinaus als Schule und Prüfstein, für unsere Fähigkeiten. Wir schärfen unsere Argumente, lernen über die Bewusstseinslage der Arbeiterklasse und wie und an welchen Punkten diese für uns zu gewinnen ist. Agitation ist niemals Belehrung. Agitation ist Skandalisierung und Aktivierung, tagtäglich und in allen Bereichen des sozialen Lebens.

Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Authentizität sind dabei die Schlüssel zum Erfolg, wenn es darum geht, mit der Arbeiterklasse auf Tuchfühlung zu gehen. Menschen merken nun mal, wenn sich andere Menschen verstellen. Es ist der schlimmste Fehler den wir begehen können, so zu tun, als ob wir jemand sind, der wir nicht sind. Wir sind keine perfekten Kader und treten auch nicht als solche auf. Wir sind normale Menschen, die auch über ihre Probleme sprechen, wir sind Menschen mit Ecken und Kanten, die darüber reflektieren und anstreben, besser zu werden. Das bedeutet nicht, dass wir uns gehen lassen können und aus dem Blick verlieren, dass wir als Kommunisten bestimmten Anforderungen der Organisation genügen müssen.

Kritik und Selbstkritik ist in diesem Zusammenhang wichtig und darf nicht als formaler Tagesordnungspunkt verstanden werden, unter dem jeder sagt, wann er zu spät gekommen ist. Kritik und Selbstkritik heißt offener und ehrlicher Umgang mit Mängeln sowohl der Organisation, als auch der eigenen Tätigkeit und Persönlichkeit und sollte Bestandteil all unserer Aktivitäten sein, sowohl in der Massenarbeit als auch in der Kommunistischen Organisation.

Massenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Aktivität und damit Pflicht für jedes Mitglied. Auch Genossen, die wichtige Funktionen übernommen haben, müssen in der Massenarbeit aktiv sein. Wir müssen die Fleißigsten sein, wir müssen die sein, die als erste Aufgaben übernehmen, ohne alles an uns zu reißen und selbst zu machen. Das heißt, dass wir zuverlässig und aktiv sein müssen. Zugleich sind wir menschlich und gestehen Fehler offen ein. Das heißt aber nicht, dass wir alle auch schlechten Eigenschaften dessen, was jetzt als menschlich gilt, übernehmen. Wenn wir Aufgaben delegieren, heißt das nicht, dass wir uns zurücklehnen als Dirigenten. Die Devise ist, Verantwortung übernehmen ohne zu entmündigen. Wir achten darauf, dass wir die Privilegien beispielsweise in der Bildung nicht unreflektiert ausleben. Beispielsweise nehmen wir uns beim Schreiben der Zeitung zurück, aber beim Fegen der gemeinsamen Räume nicht. Wir als Kommunisten erkennen die Notwendigkeit der eigenständigen Organisation der Arbeiterklasse, wir als Arbeiter, als Teil der Masse initiieren Massenarbeit.

Ausgewählte Texte Lenins zur Frage des Klassenkampfes und der Massenarbeit

Lenin, Werke, Dietz-Verlag, Berlin, 1955

Werke, Band 19, S. 103: Über die liberale und die marxistische Auffassung vom Klassenkampf

Werke, Band 4, S. 209: Unsere nächste Aufgabe

Werke, Band 25, S. 413-425: Staat und Revolution, (II. Kapitel)

Werke, Band 31, S. 1-91: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

Werke, Band 31, S. 172-189: Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale

Werke, Band 8, S. 450-453: Über die Verwechslung von Politik und Pädagogik

Werke, Band 1, S. 296-304: Was sind die „Volksfreunde“ (Ausschnitt)

Um den historischen Kontext der Werke Lenins zu verstehen, empfiehlt es sich, die „Geschichte der Kommunistischen Partei der UdSSR – Kurzer Lehrgang“, Verlag Neuer Weg, Berlin, 1945, zu lesen.

70. Jahrestag der Gründung der DDR, Oktober 2019

KPD: Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

5./6. Oktober 2019, Berlin, Franz-Mehring-Platz 1

Ausrichtung der Konferenz:

Die Veranstaltung soll drei Gesichtspunkte behandeln:

- Die kompromisslose Verteidigung der Errungenschaften und des revolutionären Erbes der DDR gegen alle Angriffe und Diffamierungen.
- Die Analyse der Bewältigung von Widersprüchen und Problemen sowie des Kampf gegen den Revisionismus und dessen späteres Erstarken in der DDR und der SED.
- Die Bedeutung der DDR und der SED und ihres Erbes für die kommunistische Bewegung heute und morgen.

Referate:

Zu jedem Unterpunkt ein einzelnes Referat von wechselnden Referenten/innen. Die Referate müssen kurz, knapp, präzise sein, kein Blah-Blah, sondern klare Inhalte bei klarer Struktur in überschaubarer Zeit. Als Referenten eine Mischung aus bewährten Altkadern der SED und jungen Genossinnen und Genossen aus der KPD, aus dem Fernstudium und aus der „Kommunistischen Organisation“ (KO).

Inhaltliches Konzept und Zeitplan:

Sonnabend:

12.00 Uhr: Tagungsleitung: Begrüßung, Regularien der Konferenz.

12.15 Uhr: Grußadressen

Thema des Tags: Die DDR – der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, Erfolge und Errungenschaften

13.00 Uhr: Zbigniew Wiktor: Antifaschismus und gute Nachbarschaft zur Volksrepublik Polen.

13.15 Uhr: n.n.: Antifaschistische Jugendpolitik: Aufbau und Funktion der FDJ.

13.30 Uhr: Frank Flegel: Vereinigung von KPD und SPD zur SED, Ende des Reformismus, Einheit der Arbeiterklasse.

13.45 Uhr: Hans Fischer: Sozialistische Militärpolitik = Friedens- und Verteidigungspolitik

14.00 Uhr: Torsten Reichelt: Internationale Solidarität

14.15 Uhr: *Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.*

14.45 Uhr: Philipp Kissel: Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung, keine Arbeits- und Obdachlosigkeit.

15.00 Uhr: Anna C. Heinrich: Veränderung der Menschen, Solidarität, Integration, Eindämmung der Kriminalität

15.15 – 16.20 Uhr: Kaffeepause

16.20 Uhr: Jürgen Geppert: Brechen des Bildungsmonopols, Arbeiter- und Bauernfakultäten und Polytechnische Oberschule

16.40 Uhr: Iris Harnack: Gleichstellung der Frau

17.00 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.

17.30 Uhr: Aitak Barani: Fazit: Warum war das alles möglich? Enteignung des Großkapitals, Überführung der Produktionsmittel in gesamtgesellschaftliches Eigentum und Entwicklung eines sozialistischen Arbeiter- und Bauerstaates. Hierin: Abschied von bürgerlichen Wahlen, Interessenvertretung (z.B. der Jugend, der Frauen, der Gewerkschaften usw.) durch feste Quoten von Mitgliedern in der Volkskammer, Rolle der Partei.

18.00 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum

18.30 – 19.30 Uhr: Abendessen

19.30 Uhr: Ernesto Schwarz u.a.: Kulturprogramm, Lieder und Texte

21.00 Uhr: Ende des ersten Tages

Sonntag:

09.00 Uhr: Beginn

Thema des Tages: Der Kampf der SED gegen den Revisionismus und die später zunehmenden Einflussnahmen des Revisionismus in der SED

09.15 Uhr: Imdat Salman: Revisionismus in der kommunistischen Bewegung, ein Überblick: von der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD bis zur Konterrevolution.

09.45 Uhr: Renate Schiefer: Der 17. Juni 1953 und das Handeln der neuen SU-Führung unter Chruschtschow.

10.00 Uhr: n.n.: Der Ausschluss Rudolf Herrnstadts 1953.

10.15 Uhr: Michael Kubi: Der 20. Parteitag der KPdSU und die SED-Führung 1956.

10.30 Uhr: Martin Kober: Die Auseinandersetzungen um Karl Schirdewan 1958.

10.45 Uhr: Michael Pardon: Die Grenzsicherung 1961.

11.00 Uhr: IΦB!: Das Neue Ökonomische System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft 1963. Inhalt, Abbruch und Widerspruch zwischen Distanzierung und Fortwirkung.

11.15 Uhr: Phil Ramcke: Intershops für DDR-Bürger und damit die Legalisierung der DM in der DDR 1974.

¹ Der Name des Referenten ist den Organisatoren bekannt.

11.30 Uhr: Heinz Ahlreip: Die Probleme des RGW und ökonomische Probleme mit der Sowjetunion vor allem in den 1980er Jahren.

11.45 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.

12.15 – 13.30 Uhr: Mittagspause

13.30 Uhr: Gregor Hollender: Revisionistische Auffassungen in Theorie und Praxis der DDR-Ökonomie, innere Aufweichung durch Implantierung marktwirtschaftlicher Elemente und Opportunismus in Bezug auf den Außenhandel.

13.50 Uhr: Dave Meßner: Erosion der sozialistischen Kulturproduktion in der DDR – Arbeitstitel: von „Wege übers Land“ zu „Ein Kessel Buntes“. Darin: Einflüsse durch die BRD-Unterhaltungsindustrie.

14.20 Uhr: Wolfgang Schumann: Entwicklung von Illusionen in den Imperialismus und in die Sozialdemokratie = wachsender Opportunismus in der Außenpolitik.

14.40 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.

15.00 Uhr: Folgerungen aus der Geschichte der DDR

Torsten Schöwitz Parteivorsitzender: Abschlussreferat

1. Der Sozialismus ist die einzige und reale Alternative zum Elend des Imperialismus. Weder Sozialreformismus noch Anarchismus, weder Christentum noch andere Formen der Esoterik weder Dritte Wege noch „alternative Bewegungen“ haben bisher die Macht des Kapitals brechen können.

2. Wir leben in einer zutiefst konterrevolutionären Situation, die kommunistische Bewegung ist verwirrt und zersplittert.

3. Schlussfolgerungen: Kampf gegen den Revisionismus auf allen Gebieten, besonders: in der Frage unseres sozialistischen Ziels, in der Frage der Geschichte des Sozialismus, also des Anti-Stalinismus, in der Frage der Parteitheorie, in der Frage der Staatstheorie.

15.20 Uhr: Tagungsleitung: Danksagungen, Gemeinsames Singen der Nationalhymne der DDR, Ende der Veranstaltung ca. 15.30 Uhr.

Die Referenten/innen:

Kurze Vorstellung:

Heinz Ahlreip (Fernstudent und Referent des Fernstudiums, KPD), Aitak Barani (ehem. Fernstudentin, KO), Prof. Dr. Hans Fischer (früher SED, DDR-Marine, Hochschullehrer), Jürgen Geppert (früher SED, stellv. Vorsitzender der KPD), Iris Harnack (frühe SED, ZK der KPD), Anna C. Heinrich (offen-siv, KPD), Gregor Hollender (ehem. Fernstudent und Referent des Fernstudiums, ZK der KPD), Philipp Kissel (ehem. Fernstudent, KO), Martin Kober (KPD), Michel Kubi (ehem. Fernstudent und Referent des Fernstudiums, KPD), Dave Meßner (Fernstudent, KO), Michael Pardon (früher SED, ZK der KPD), Phil Ramcke (ehem. Fernstudent, KPD), Torsten Reichelt (ZK der KPD), Imdat Salman (Fernstudent und Referent des Fernstudiums, Auslandsorganisation der türkischen Kommunisten), Renate Schiefer

(Fernstudentin, PDL), Torsten Schöwitz (früher SED, Vorsitzender der KPD), Wolfgang Schumann (früher SED, KPD), Zbigniew Wiktor (Kommunistische Partei Polens), IΦB (Fernstudent und Referent des Fernstudiums, DKP)

Zeitregie:

Alle Referatszeiten müssen genauestens eingehalten werden, sonst entgleist die Konferenz. Wer überzieht wird unterbrochen, denn nicht der Referent, sondern das Gelingen der Veranstaltung steht im Vordergrund. Begrenzte Redezeit bei Wortmeldungen aus dem Publikum: 5 Minuten. Auch hier kein Überziehen.

Dokumentation der Veranstaltung:

Ein Protokollband mit allen Referaten und Anfragen/Beiträgen aus dem Publikum wird erscheinen in der Schriftenreihe der KPD. Paperback mit Klebebindung. Geschätzter Umfang: ca. 250 Seiten. Verkaufspreis: 12,- Euro

Veranstaltungsort, Anmeldungen und Kostenbeitrag:

Die Veranstaltung findet statt im ND-Haus in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, erste Etage, Seminarraum 1, für die Versorgung stehen Nebenräume zur Verfügung. Eintritt: 10,- Euro, darin enthalten sind am Sonnabend Nachmittag Kaffee/Tee und Kuchen sowie ein Abendessen, am Sonntag ein Mittagessen und Mineralwasser frei während der gesamten Veranstaltung. Für Bier, Wein oder Sekt müssen wir eine Gebühr verlangen. Da wir die Versorgung planen müssen und da die Räumlichkeiten natürliche Kapazitätsgrenzen haben, müssen wir mit Anmeldungen arbeiten. Diese bitte per Mail an: redaktion@offen-siv.com oder per Post an Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde. Dabei die eigene Postadresse angeben, denn wenn dann die 10,- Euro Tagungsgebühr eingegangen sind, (Konto Frank Flegel, DE10 2505 0180 0021 8272 49, Sparkasse Hannover, Kennwort: Eintrittskarte 70. Jahrestag der DDR-Gründung), senden wir die Eintrittskarte zu.

Das Verfahren ist zugegebenermaßen etwas umständlich, aber wir müssen nunmal wissen, wie viele Genossinnen und Genossen wir versorgen müssen und die Räumlichkeiten haben nunmal nur begrenzte Kapazitäten.

Bitte um Spenden:

Der Eintritt von 10,- Euro pro Person wird die entstehenden Kosten nicht vollständig decken können. Wir wollen den Eintrittspreis jedoch nicht weiter in die Höhe schrauben, um nicht die eine oder den anderen wegen eines zu hohen Eintrittsgeldes auszugrenzen.

Deshalb bitten wir diejenigen, die es sich leisten können, uns mit Spenden für die Veranstaltung zu helfen. Spendenkonto: Konto Frank Flegel, DE10 2505 0180 0021 8272 49, Sparkasse Hannover, Kennwort: Spende DDR-Veranstaltung. (Kennwort nicht vergessen!)

Rote Hilfe

Redaktion offen-siv: Antikommunismus der Roten Hilfe

Heft 1-2019 der „Die Rote Hilfe“, Zentralorgan der Roten Hilfe, ist mit einem umfangreichen Schwerpunkt (43 Druckseiten) „Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR“ erschienen. Dort bedient die Rote Hilfe annähernd alle antikommunistischen Klischees und Vorurteile gegen die KPdSU, die Kommunistische Internationale, die KPD, die SED und die DDR. Eine inhaltliche Analyse sparen wir uns hier, denn die im Folgenden abgedruckten zwei Dokumente, nämlich die Analyse von Klaus Hartmann, „Rote Hilfe für die Schwarzen“ und der „Offene Brief an den Bundesvorstand und das Redaktionskollektiv der Roten Hilfe“ von Hans Bauer (GRH) und Patrick Köbele (DKP) nehmen uns die Arbeit ab.

Natürlich muss man fragen, warum die Rote Hilfe gerade in der jetzigen Situation einen solchen antikommunistischen Angriff auf die DDR, den Marxismus-Leninismus und die Kommunisten/innen in Deutschland unternimmt. Die Rote Hilfe ist von einer Verbotsdrohung betroffen. Verführt diese Verbotsdrohung die Rote Hilfe dazu, eine opportunistische Distanzierung von den härtesten Gegnern des deutschen Imperialismus, den kommunistischen Organisationen, vorzunehmen? Wir wissen es nicht. Sicher aber ist: mit ihrem Handeln spaltet die Rote Hilfe die Solidarität und den Widerstand, grenzt die kommunistische Bewegung aus dem Spektrum ihrer angeblich „strömungsübergreifenden“ Arbeit aus.

Kommunistinnen und Kommunisten sind nach diesem Heft nicht mehr Opfer der Repression des bürgerlichen Staats, sondern dort, wo es ihnen gelungen ist, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, Täter, die sozialistische Staatsmacht wird genauso abgelehnt wie die bürgerliche Staatsmacht. Das Fatale ist: Das behauptet die Rote Hilfe, ohne dass in ihren Ausführungen die Klassensituation oder der Klassenkampf vorkommen, natürlich auch nicht die Frage der Diktatur des Proletariats. So wird der Begriff Repression bei der Roten Hilfe klassenneutral, und es treffen sich die Autonomen und der Anarchismus ganz zwanglos mit den großbürgerlichen Vertretern des Imperialismus beim gemeinsamen Einprügeln auf die DDR, den Sozialismus und die Kommunistische Partei.

Im Heft 1-2019 der offen-siv haben wir einen Solidaritätsaufruf für die Rote Hilfe veröffentlicht. Im Heft 2-2019 müssen wir erklären: Einer Organisation, die ein Heft wie die „RHZ“1/2019 herausbringt, können wir nicht länger angehören. Unsere Austrittserklärung liegt der Roten Hilfe bereits vor.

Anna und Frank

P.S.: Die Rote Hilfe hat eine kurze Stellungnahme auf ihre Internetseite gestellt. Ihr findet sie nach den Beiträgen von Klaus Hartmann und Hans Bauer/Patrick Köbele. In dieser Stellungnahme formuliert Henning v. Stoltzenberg, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe unter anderem: „Ich...hoffe daher inständig, dass wir unsere gute und enge Kooperation fortsetzen. Alles andere würde nur den Klassengegner stärken“.

Als wären die Kritiker des Vorgehens der Roten Hilfe diejenigen, die mit ihrem Handeln den Klassengegner stärken und nicht die Rote Hilfe selbst mit ihrer unsäglichen Schmutzkampagne gegen den Sozialismus.

Klaus Hartmann: Rote Hilfe für die Schwarzen

Es war einmal ... eine linke Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung: Als vor 100 Jahren die Novemberrevolution 1918 und Rätebewegung in Deutschland von den Konterrevolutionären niedergeschlagen wurde, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet sowie Revolutionäre und ihre Angehörigen durch „weißen Terror“ verfolgt wurden, entstanden Anfang der 1920er Jahre Rote-Hilfe-Komitees zur Unterstützung der Opfer der Repression. 1924 wurde die parteiunabhängige Rote Hilfe Deutschlands (RHD) gegründet, Vorsitzender war der KPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Pieck, der 1949 Präsident der DDR wurde, 1925 wurde Clara Zetkin Vorsitzende. Die Organisation wurde 1933 von den deutschen Faschisten verfolgt und verboten, viele Mitglieder engagierten sich in der Illegalität weiter für die Unterstützung politischer Gefangener.

In der Bundesrepublik Deutschland gründeten sich erst in Folge der 1968er Bewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) wieder Rote-Hilfe-Gruppen, verbunden mit langjährigen scharfen Auseinandersetzungen zwischen „Autonomen“, „Anarchisten“, „Revisionisten“, „Trotzkisten“, „Orthodoxen“, „Maoisten“ und diversen „K-Gruppen“ um die „richtige Linie“. 1975 folgte die bundesweite Gründung der RHD als „revolutionäre Massenorganisation“ unter maßgeblichem Einfluss der KPD/ML (die auf den Sozialismus in Albanien und der VR China orientierte). Die folgenden zwei Jahrzehnte bis 1994 waren durch fortgesetzte Auseinandersetzungen um Selbstverständnis und Aufgaben geprägt: „Parteiersatz, Richtungsorganisation oder karitatives linkes Rotes Kreuz?“ Der

KPD/ML-Einfluss wurde zurückgedrängt, 1986 folgte die Umbenennung in RH (ohne D) und die Umwandlung in einen e.V., seit 1994 steht die „Antirepressionsarbeit“ im Mittelpunkt.

2018 wurden Überlegungen über ein Vereinsverbot publik, gestützt auf Einschätzungen des Inlandsgeheimdienstes („Verfassungsschutz“), die Rote Hilfe sei eine „linksextremistische“ Gruppierung mit „verfassungsfeindlicher Grundausrichtung“. Sich dagegen zur Wehr zu setzen verdiente Unterstützung, nicht allerdings der Einfall, auf den die Organisation zu diesem Zweck jetzt offenbar verfiel: Kübelweise Dreck über die DDR auszugießen und sich vor dem Antikommunismus in den Staub zu werfen. Die „Rote-Hilfe-Zeitung“ 1-2019 leistet ihren Beitrag zum bevorstehenden 70. Jahrestag der DDR-Gründung, der sich – nicht durchgängig, aber überwiegend – liest wie eine Fortschreibung des „Schwarzbuches des Kommunismus“.

Da das Feld der Hetze gegen die DDR von Reaktionären aller Art schon bis zum Gehnichts mehr bestellt ist, kommt durch die „Rote“ Hilfe nun eine zielgruppenspezifische „linke“ Variante daher, nach dem bekannten Motto: im Namen des „wahren“ oder „echten Sozialismus“ gegen den realen Sozialismus.

Vorgeblich geht es um „Repression gegen linke Oppositionelle“, also hat es sich die DDR auch selbst zuzuschreiben – schließlich habe sie ja „zu einer Diskreditierung des ‚Sozialismus‘ beigetragen“. Dabei wollen wir auch nicht übersehen: Sozialismus in Anführungszeichen setzt sie, die Rote Hilfe, hier und heute, wie weiland die „echten Rechten“ die „DDR“. Spät, aber nicht zu spät, hat der gerade von uns gegangene vormalige BND-Chef, Bundesjustiz- und Außenminister Kinkel sogar noch ein paar „rote“ Helfer gefunden, die bei seinem Tagesbefehl (v. 23.09.1991) stramm stehen: „Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren“.

Die „rote“ Delegitimierung beginnt mit einem Blick zurück, in die 1920er Jahre, der dabei erkennt, dass „die These vom ‚Sozialfaschismus‘ vom sowjetischen Altbolschewiken Sinowjew“ von 1924 stammt. Aha, Altbolschewiken, aufschlussreiches „wording“. Dann wird die Volksfront-Losung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 so gedreht, dass „die Kommunistische Partei auch mit den nicht ganz so ‚reaktionären, chauvinistischen, imperialistischen Elementen‘ der Bourgeoisie zusammenarbeiten“ durfte.

Die kommunistische Unterstützung der Spanischen Republik erscheint geradezu verbrecherisch: „Die sowjetischen Waffenlieferungen wurden auch dazu benutzt, syndikalistische und kommunistische Organisationen zu zerstören“, „der sowjetische Geheimdienst GPU bekämpfte mit schlimmsten Mittel die soziale Revolution.“

Und nach 1945? Bestrebungen, „ein sozialistisches Land aufbauen“ habe „auch die sozialistische Sowjetunion unterbunden“, weil dies „eine Gefahr für die ‚unfehlbare‘ Partei und die sowjetischen Behörden“ gewesen sei! „Die Eigeninitiative von Teilen der Bevölkerung in der SBZ wurde niedergeschlagen. Die Partei hatte weiterhin Recht.“ „Damit wurde auch ein Grundstein für die nächste Niederlage des Sozialismus gelegt“, so der weitsichtige – Rückblick.

Ohne Zerstörung des „Mythos Antifaschismus“ kommt kein DDR-Delegitimierer aus. Besonders niederträchtig wird der kommunistische Widerstand im KZ Buchenwald behandelt, dabei über Widersprüche flott hinweggeschrieben: Einerseits habe die SED das Gedenken an „Buchenwald, seine Opfer und seine Widerstandsgeschichte“ abgelehnt, trotzdem wurde es „zum mahnenden Zeigefinger, der an die sozialistischen Pflichten und Tugenden erinnerte, auf dass die Verbrechen des Faschismus in Deutschland sich nie wiederholen mögen.“ Einerseits wollte man „den Namen ‚Buchenwald‘ soweit wie möglich aus der Öffentlichkeit halten, da das KZ-Gelände seit Ende des Zweiten Weltkriegs in sowjetischer Hand als Speziallager genutzt wurde“, dann wieder sei es der SED mit Buchenwald um die „Herstellung einer linearen Geschichte vom antifaschistischen Widerstand in Nazi-Deutschland bis zur Gründung der DDR“ gegangen. Dies sei ein „Prozess der Aneignung einer Erzählung durch die moskaunahen Kräften innerhalb der SED, der sich in Machtkämpfen und Auseinandersetzungen um die Hoheit über die Geschichtsdeutung und –sreibung vollzog“ gewesen.

Natürlich geht es nicht ohne Delegitimierung des kommunistischen Widerstands im Lager mit Kronzeugen wie dem notorische Lutz Niethammer, der „die roten Kapos von Buchenwald“ zu Verbrechern machte, die „ihre Überlebensstrategien auf Kosten anderer“ betrieben hätten. Der Blockälteste des Judenblocks, Mitglied der illegalen KPD-Lagerleitung wird dabei kurzerhand zum „Altstalinist und ehemaligen Funktionshäftling Emil Carlebach“.

Als weiterer Kronzeuge für „Politische Repressalien gegen Antifaschisten“ tritt ausgerechnet Ulrich Schneider an, „Historiker und Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Angesichts der Repressalien gegen die VVN in den Westzonen kann er für die SBZ/DDR wenigstens „verstärkten ideologischen Druck“ vermelden. Dazu zählt er „Vorwürfe wegen Zusammenarbeit mit dem ‚amerikanischen Agenten‘ Noel H. Field“ in der Emigration, die „Ablösung von Karl Raddatz, Generalsekretär der VVN“, der später wegen „Spionage für das Ostbüro der SPD zu mehrjähriger Haft verurteilt“ wurde, „eine Kampagne gegen ‚zionistische Agenten‘ im Nachvollzug der Moskauer Ärzteprozesse“. Besonders schmerzt Schneider der Beschluss von 1953, die Tätigkeit der VVN in der DDR einzustellen, wozu sie selbst damals formulierte: „Die von der VVN seit 1945 gestellten Aufgaben

sind durch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik gelöst.“ Dass Walter Bartel, Vorsitzender des illegalen internationalen Lagerkomitees im KZ Buchenwald, der seit 1946 persönlicher Referent von Wilhelm Pieck war, ab 1953 allerdings eine „akademische Karriere“ machte, heißt für Schneider, er sei „entmachtet“ worden. Und dass Bartel nie vor Gericht stand, heißt für Schneider, dass „eine Anklage offenbar politisch nicht opportun war“. Welch ein armseliges Geschreibsel.

Als nächster Punkt im Sündenregister folgt der schon gebetsmühlenhaft durchgekaute Vorwurf des „Antisemitismus in der DDR“. Es habe einen „Pauschalverdacht“ gegen „imperialistische“ und „zionistische Agenten“ gegeben, „trozktisch-titoistische Verschwörer“, einen „wachsenden Antisemitismus in der Sowjetunion“ und „unter dem Deckmantel des ‚Antizionismus‘ zunehmend traditionelle antisemitische Stereotype“. Und dann habe es die Beschuldigung gegen den „amerikanischen Imperialismus“, gezielt „fortschrittliche Genossen durch die Bezeichnung des Antisemitismus zu diskreditieren“ gegeben – kurzum: die DDR hatte das „Feindbild Zionismus“.

Damit liegt der RHZ-Beitrag voll im heutigen Trend, jede Kritik an Israels Kriegsverbrechen mit dem Vorwurf „Antisemitismus“ mundtot machen zu wollen. Als ob der „Antisemitismusbeauftragte“ der Bundesregierung selbst mitgeschrieben hätte. Jedenfalls kann sich Kanzlerin Merkel mit ihrem „Israel als deutsche Staatsräson“ bei diesen roten Helferlein bedanken.

Ein weiterer Beitrag diffamiert den stellvertretenden Chefredakteur der „jungen Welt“, Dr. Arnold Schölzel, wegen seiner Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Zunächst erfährt man, dass der „Fachbereich Philosophie an der Humboldt-Universität ... als eine Art Kadenschmiede für Karrieristen des DDRStaatsapparats“ zu gelten hat, dann bekennt der Autor, die Einschätzung in einem „Opus des Antikommunisten Ehrhart Neubert“ zu teilen, dass die Dissidentengruppe im besagten Fachbereich auf „der Suche nach einer sozialistischen Alternative“ war, nach dem Rezept: „Der Marxismus als kritische Theorie, inspiriert durch Elemente des Eurokommunismus, Neomarxismus und Einflüsse der neuen Linken aus dem Westen.“ Man erfährt, „Leo Trotzki übte für die sozialistischen Dissidenten einen besonderen Reiz aus“, aber für den Autor erklärt und legitimiert dies nicht das Interesse der Staatssicherheit, sondern dieses „kennzeichnet das allgemeine Klima der Repression in der DDR“.

Einen besonders „feinsinnigen“ Humor legen die Blattmacher an den Tag, indem sie ausgerechnet unter diesen Artikel die Werbeanzeige platzieren, mit der die „junge Welt“ die Herausgabe der Schmähschrift mitfinanzieren darf. Nach dem bekannten Motto „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde.“

Nächste Station Homosexualität: Die 1969 erfolgte Streichung des Strafparagrafen 175, der gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen unter Strafe stellte, ebenso die „Verbesserungen der Rechtssituation von Frauen“ bringt der DDR zunächst Lob ein: Auf „rechtlicher Seite war man östlich des Eisernen Vorhangs wesentlich fortschrittlicher“, jedoch – „blieb die Staatsführung bei einer impliziten Abwertung von Homosexualität“. Zwar bedauert die eigens in den Zeugenstand gerufene Heinrich-Böll-Stiftung, dass „Dokumente fehlen, welche eine gezielte staatliche Führung der repressiven Maßnahmen belegen“, über jeden Zweifel erhaben sei „jedoch die Stoßrichtung, die aus Aufklärung, Infiltrierung und Zersetzung bestand“. Hoffen wir, dass zumindest dieser Hinweis nicht als Kritik gemeint ist: „Übrig blieb das explizite Verbot homosexueller Handlungen zwischen Voll- und Minderjährigen.“

Drei Beiträge des Konvoluts haben in gewissem Sinn eine Sonderrolle: Ein Interview über Erfahrungen am Ende der DDR, wo damals Jugendliche ihre subjektiven Erfahrungen und Bewertungen über die Skin- und die Punk-Szene, Neonazis und Antifa sowie die sehr unterschiedlichen staatlichen Reaktionen schildern; ein weiteres Interview mit Hans Modrow, der auf die teils sehr „gefärbten“ Fragen mit Geduld und Weisheit, aber teils auch recht defensiv antwortet; schließlich ein Beitrag des Historikers Herbert Mayer, den er bei Helle Panke, der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht hat, zu den „Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED“.

Damit wird deutlich, dass es um die DDR eher weniger geht, sondern Entwicklungen in Westdeutschland, und der Autor von der zentralen These einer praktisch vollständigen SED-Kontrolle über die westdeutsche KPD ausgeht. Im Detail werden die Mechanismen und die Entwicklung eines Beherrschungs- und Abhängigkeitsverhältnisses beschrieben, aber dessen Grundlage und Ursache nur kurz vorweg erwähnt: „Als 1946 die SED gegründet wurde, geschah dies nur in der sowjetischen Besatzungszone, im Westen existierte weiter die KPD, da die SED nicht zugelassen wurde. Beide Parteien betrachteten sich weiterhin als eine Partei ...“.

Nicht erwähnt wird das westalliierte Verbot von Vorbereitungsausschüssen aus KPD und SPD zur Gründung einer gemeinsamen Arbeiterpartei im Westen. Diese Unterdrückungsmaßnahmen führten zu dem „trotzigen“ Selbstverständnis einer einheitlichen Partei in Ost- und Westdeutschland, die nur wegen Besatzerwillkür unterschiedliche Namen tragen musste, sodass der sich bei den folgenden Schilderungen aufdrängende Eindruck einer SED-Gewaltherrschaft über die KPD verfehlt ist.

Mayer schildert detailreich die folgenden Parteibeschlüsse, Kampagnen, Überprüfungen, Ausschlüsse, Verhaftungen und Urteile sowie damit verbundene

Ungerechtigkeiten und tragischen Schicksale im Einzelfall. Auch wenn dies hier nicht konkret verifiziert werden kann, kann es ebenso wenig grosso modo negiert werden. Ohne Frage gab es in der Geschichte der Arbeiterbewegung und -parteien Irrungen und Wirrungen, Unreife und Unerfahrenheit, Fehlentscheidungen und Fehler, Unrecht und auch Verbrechen. Dies zu bestreiten, wäre so unsinnig wie vergeblich.

Das gilt freilich ebenso für die Geschichtsfälschungen, die der Gegner mit Namen Klassenfeind den Arbeiterorganisationen unterschieben will. Aber die Fehler von KPdSU, SED, KPD und anderer Parteien waren weder Vorsatz noch Wesensausdruck, sondern geschahen in Situationen zugespitzten Klassenkampfes, in Konfrontation mit einem Gegner, der Inbegriff des Verbrechens ist: dem Imperialismus.

Der Kalte Krieg, die Systemauseinandersetzung, die Rehabilitierung von Faschisten und die Kriegsvorbereitung im Westen waren Tatsachen. Das Einschleusen von Agenten in die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Sabotageakte gegen die SBZ und DDR waren keine „Hirngespinnste Stalins“, sondern sehr real. Das alles deutet Mayer nur „sehr diplomatisch“ mit seinem Schlusssatz an: „Dass damals komplizierte internationale und nationale Bedingungen bestanden, dass die KPD zunehmend staatlichen Repressivmaßnahmen ausgesetzt war, dass sich der Verbotsprozess ankündigte, all diese Faktoren, auf die hier nicht eingegangen wurde, kann das in den Parteisäuberungen Geschehene weder entschuldigen noch rechtfertigen.“

Der Autor dieser Zeilen erwähnt „diese Faktoren“ auch nicht in relativierender oder entschuldigender Absicht, es geht nicht um Rechtfertigung, sondern um Erklärung. Denn geschichtliche Ereignisse müssen immer im Zusammenhang mit den Zeitumständen, als Wechselspiel der gesellschaftlichen Akteure analysiert werden, sonst versteht man sie nicht, und man lernt insbesondere auch nichts.

An anderer Stelle liest man in derselben Ausgabe der Rote Hilfe Zeitung: „Oftmals generieren Angriffe, egal ob vom Staat oder rechten Akteuren, Lähmung.“ Offenbar will die Rote Hilfe darin nicht nachstehen, die meisten Artikel folgen dem Trend: ohne historisches Wissen mit Adjektiven Stimmung machen, keine Diskussion und Bewertung von konkreten, nachvollziehbaren und nachprüfbaren Ereignissen in ihrem politischen Kontext, sondern Herumirren in virtuellen, am Schreibtisch herbeifantasierten Welten.

Damit leistet die Rote Hilfe einen speziellen Beitrag zur Verwirrung und Zersetzung der Linken, sowie zur Sinnentleerung der Begriffe „links“ und „rechts“. Mehr noch: es wird der irrigen Auffassung vorgearbeitet, dass Faschismus „falsches Denken“ sei, nicht jedoch eine spezielle Herrschaftsform des Imperialismus.

Dass die Sowjetunion militärisch den deutschen Faschismus zerschlug und in Folge die DDR die ökonomischen Voraussetzungen für dessen endgültige Beseitigung schuf, soll vergessen gemacht werden. Diesen Auftrag der westlichen Wertegemeinschaft zu erfüllen, da gibt sich die Rote Hilfe redlich Mühe.

Wir beherzigen aber die nachfolgende Empfehlung zu besagten Angriffen, dass „es gilt den Spieß umzudrehen, die Fälle öffentlich zu machen und so die eigene Seite zu stärken. Solidarität ist eine Waffe!“

Deshalb gilt unsere Solidarität auch weiterhin allen Genossinnen und Genossen, die für den Aufbau und den Schutz der DDR, des besseren Deutschland, wirkten und sie damals und bis heute als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung verteidigten und verteidigen.

Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

Hans Bauer, Patrick Köbele: Offener Brief an den Bundesvorstand und das Redaktionskollektiv der Roten Hilfe

Liebe Freundinnen und Freunde der Roten Hilfe

der Schwerpunkt des Heftes 1/2019 ist für eine sich „strömungsübergreifend“ verstehende linke Organisation ein Skandal. Er wird nicht geringer dadurch, dass dieses Heft wohl eine Art Replik auf das Heft „Siegerjustiz“ darstellen soll. Das damalige Heft mag Mitgliedern der „Roten Hilfe“ Anlass zu inhaltlicher Nichtübereinstimmung gewesen sein, im Unterschied zum jetzigen Heft war es aber kein Angriff auf die Geschichte und Identität eines Teils der eigenen Mitgliedschaft.

Wir nennen im Folgenden nur einige, wenige Punkte unserer inhaltlichen Kritik.

1) Das Thema „Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR“ wird so ausgeweitet, dass nebenbei auch noch die Geschichte der KPD und der Kommunistischen Internationale im besten bürgerlichen Jargon entsorgt wird. Wie jede bürgerliche Geschichtsschreibung werden Dinge aus dem zeitlichen Rahmen gerissen bzw. verfälscht. Als Beispiel sei die Nichtdarstellung der Ursachen für die Entstehung der „Sozialfaschismusthese“ benannt oder der Unsinn, dass die Komintern und ihre Mitgliedsparteien „zum außenpolitischen Instrument der Sowjetunion wurden.“ Ein Hauch von Dialektik, eine Prise Materialismus hätte solch undifferenziertes Gleichziehen mit dem bürgerlichen Mainstream verhindert.

2) Ähnlich ergeht es dem antifaschistischen Widerstandskampf der Kommunisten. Wie tief muss man gesunken sein, um ausgerechnet das Niethammer-Buch über die „roten Kapos“ als eine der Hauptquellen heranzuziehen. Würde man ähnliche Quellen heranziehen, um die historischen Wurzeln der „Roten Hilfe“ zu analysieren, die ja eng mit der Komintern und der KPD verbunden war – das gäbe sicher auch gruselige Geschichten, der Focus würde sich freuen.

3) Auch das Kernthema, die „Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR“ wird so aufgearbeitet, als könne man an die Geschichte der DDR herangehen, ohne die internationale, die europäische, deutsche oder DDR-interne Klassenkampfssituation zu beachten. Gab es denn keine Anschläge gegen die DDR, kein Verbot der KPD, keine Versuche die DDR ökonomisch auszubluten, keine Kampfgruppen gegen Unmenschlichkeit, keinen BND, kein Ostbüro der SPD?

4) Geradezu peinlich ist die Wiederauflage des durch den Spiegel und ARD längst vorgenommenen IM-Outing gegen Genossen Arnold Schölzel. Es verwundert schon fast, dass nicht auch noch der Kriegstreiber Biermann als Kronzeuge im Heft auftaucht.

Es geht dabei überhaupt nicht darum Fehler, Unrecht, das Genossinnen und Genossen erlitten haben, abzustreiten, aber ohne eine Einordnung landet man doch bei der Erfüllung des Auftrags, den der kürzlich verstorbene Klaus Kinkel der deutschen Justiz gab – man landet bei der Delegitimierung der DDR und im gemeinsamen Boot mit dieser Justiz.

Liebe Freundinnen und Freunde, so kann man in einer strömungsübergreifenden linken Organisation nicht miteinander umgehen. Dieses Heft ist ein Angriff auf eine der Strömungen, die die Rote Hilfe tragen, und dieser Angriff wird offensichtlich bewusst geführt. Zu einem Zeitpunkt, an dem angesichts der Gefahr eines Verbots der Roten Hilfe linke Solidarität besonders dringend ist, distanziert Ihr Euch mit diesem Heft von den Fundamenten der Organisation.

Wir erwarten hier eine selbstkritische Erklärung von Bundesvorstand und Redaktionskollektiv.

Mit roten Grüßen

Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Erklärung des OKV:

Das OKV-Präsidium stimmt dem Offenen Brief vollinhaltlich zu und protestiert in gleicher Weise gegen solch eine Verleumdung der DDR. In keiner Weise entspricht dies einer historisch gerechten Darstellung der DDR als erster deutscher

Friedensstaat. Es reiht sich ein in die unsäglichen Verleumdungen durch seine politischen Gegner.

Rote Hilfe: Erste Antwort auf den Offenen Brief der DKP u.a. zur RHZ-Ausgabe 1-2019

Liebe Genoss*innen,

danke für euren Offenen Brief und die klare Kritik. Wir werden uns damit intensiv auf unserer nächsten Sitzung am 14.04. befassen und euch dann ausführlich antworten.

Ich darf vorweg nehmen, dass es uns absolut nicht darum geht, die kommunistische Strömung auszugrenzen. Diese RHZ-Ausgabe sollte der Versuch sein, die Geschichte der DDR aus einem anderen Blickwinkel als in der RHZ 4/2016 unter Einbeziehung der Repressionsaspekte zu beleuchten.

Dass dies aus eurer Sicht komplett gescheitert ist, wird in eurem Brief mehr als deutlich. Es gibt zahlreiche Genoss*innen, die eure Kritik teilen, zahlreiche andere teilen die Einschätzungen und Bewertungen der aktuellen Ausgabe.

Wie ihr wisst, sind wir ein strömungsübergreifender Solidaritätsverein mit einer Mitgliedschaft, die sich wirklich aus allen Facetten der linken und auch zum Teil linksliberalen Politik zusammensetzt. Dieses Konzept hat viele Stärken und Schwächen, aber es ist in der Form einmalig.

Ich denke, wir sind uns einig, dass die Rote Hilfe e.V. in diesen Zeiten des Rechtsrucks absolut notwendig ist und hoffe daher inständig, dass wir unsere gute und enge Kooperation fortsetzen. Alles andere würde nur den Klassengegner stärken.

Mit den besten solidarischen Grüßen, Henning v. Stoltzenberg, Mitglied im Bundesvorstand Rote Hilfe e.V.

Fernstudium

Frank Flegel: Bericht von der fünften Etappe des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

Am 23. und 24 Februar sowie am 9. und 10. März 2019 fanden die beiden fünften Seminare unseres Fernstudiums statt. In der Gruppe I waren 28 Genossinnen und Genossen anwesend, die Gruppe II zählte 37 Teilnehmer/innen.

Inhaltlich ging es am ersten Tag um die DDR, ihre Entstehung, ihren Aufbau, ihre Erfolge und Errungenschaften, aber auch um ihre Probleme und die in den späteren Jahren auftretende Erosion des Marxismus-Leninismus durch schleichend eingeflossene revisionistische Einflüsse u.a. im Bereich der Ökonomie und der Imperialismusanalyse. Beide Themenkomplexe brauchten einiges an Zeit, so dass damit fast der ganze erste Tag gefüllt war. An dieser Stelle sei sowohl Jürgen als auch IΦB für ihre umfangreichen und umfassenden Referate gedankt. Materialien zu Jürgens Referat sind zu finden unter: [www.k-p-d.org/Weiterbildung/Lesemappe DDR](http://www.k-p-d.org/Weiterbildung/Lesemappe_DDR) und IΦBs Referat ist in diesem Heft abgedruckt.

Am Abend des ersten Tages machten wir uns dann die Bestimmungen sowohl des klassischen Revisionismus als auch des modernen Revisionismus klar und stellten Überlegungen darüber an, in welcher Form uns der Revisionismus heute entgegentritt. Gegen 21.00 Uhr konnten wir die inhaltliche Arbeit beenden.

Am zweiten Tag, dem Sonntag, hatten wir uns zwei große Themenschwerpunkte vorgenommen: zum einen wollte wir uns einen historischen Überblick über die Verbrechen des Revisionismus verschaffen, grob gesagt von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 bis zur Konterrevolution 1989/90/91 und darüber hinaus. Es ist beeindruckend, was da alles zusammenkommt. Am Ende mussten wir feststellen, dass der Revisionismus der revolutionären Arbeiterbewegung mehr Schaden zugefügt hat als alle Gewehre und Kanonen der Bourgeoisie zusammen.

Der zweite Themenschwerpunkt des zweiten Tages war: „Die typischen Einfallstore des Revisionismus“, also die Frage, an welchen Stellen und wie der Revisionismus unsere wissenschaftliche Weltanschauung angreift und verfälscht. Auch hier kam ein umfangreicher Katalog zustande. Was mich besonders freut ist, dass eine Gruppe unserer Fernstudenten/innen diesen Themenschwerpunkt so ausarbeiten will, dass wir daraus eine Broschüre machen können. Apropos Broschüre! Es ist auch eine zweite in Vorbereitung: „Der deutsche Imperialismus heute.“

Da wir beide Themen für sehr interessant und sehr notwendig halten, wollen wir die Broschüren, wenn sie fertiggestellt und gedruckt sind, dem Abo-Verteiler der offen-siv beilegen. Das wird wahrscheinlich Ende des Jahres bzw. Anfang 2020 der Fall sein. Unterstützende Spenden dafür wären eine große Hilfe. (Spendenkonto siehe Impressum, Kennwort: Fernstudium)

Dieser Studiengang wird im September abgeschlossen sein. Für November planen wir ein oder zwei Referenten- und Teamerseminare, bei denen es sowohl grundsätzlich um kommunistische Bildung gehen soll, als auch um Fragen des Referierens und der Gruppenführung, um die Analyse typischer Fehler, die man dabei machen kann, außerdem auch um alle mit einem solchen Studiengang verbundenen logistischen Fragen. Es gibt daran ein recht großes Interesse, was mir sehr gut gefällt, denn Nachwuchsarbeit ist immer gut und die Belastung der verantwortlichen Durchführung einer solchen Bildungsarbeit auf mehrere Schultern zu verteilen und dabei die Durchführung im Ernstfall – aber unter Anleitung – zu lernen, ist eine ganz ausgezeichnete Form dafür.

Rechenschaftsbericht der Zeitschrift offen-siv 2018

Realisierte Hefte:

Wir haben in 2018 acht Hefte herausgebracht. Das waren:

Heft 1-2019, Zwei-Monatsheft, Januar-Februar 2019, 116 Seiten

Heft 2-2019, Sonderheft „Der falsche Kompass – Für welche Ökonomie kämpft die kommunistische Bewegung?“, 56 Seiten

Heft 3-2019, Zwei-Monatsheft, März-April 2019, 92 Seiten

Heft 4-2019, Zwei-Monatsheft, Mai-Juni 2019, 76 Seiten

Heft 5-2019, Sonderheft „Dokumentation des Symposiums für Kurt Gossweiler“, 72 Seiten

Heft 6-2019, Zwei-Monatsheft, Juli-August 2019, 88 Seiten

Heft 7-2019, Zwei-Monatsheft, September-Oktober 2019, 92 Seiten

Heft 8-2019, Zwei-Monatsheft, November-Dezember 2019, 116 Seiten

Autorinnen und Autoren:

Heinz Ahlreip, Egon Bahr, Balquis Info, Aitak Barani, Hans Bauer, Joachim Becker, Ludwig Bodemann, Otto Bruckner, Emiliano Cervi, Fritz Dittmar, Achim Dippe, Emko, Friedrich Engels, Gerhard Feldbauer, Frank Flegel, Karl Peter Fülllein, Kurt Gossweiler, Ludwig Groeneveld, Klaus Hartmann, Lucas Haslwanger, Anna C. Heinrich, Gregor Hollender, Hermann Jacobs, Philipp Kissel, KJÖ, KKE, Katharina

Koehler, Kommunistische Organisation (KO), Komsomolskaja Prawda, D. Koutsoumbas, Vitali Kovel, KPD, KSV, Helmut Loeven, Günther Lunkwitz, Karl Marx, Gerhard Naumann, Eva Niemeyer, PdA, Brigitte Queck, Said Razek, Torsten Reichelt, Conny Renkl, Sebastian Rostock, W.A. Sacharow, Gerhard Schiller, Renate Schönfeld, Karsten Schönsee, Dieter Schröder, Bodo Schulze, Jacob Schulze, Werner Seppmann, Thanassis Spanidis, J.W. Stalin, Hans Christoph Stoodt, Nadezhda Syrkina, Salvatore Vicario, Jörg Wegener, Manfred Wilke, Zbigniew Wiktor, Johann Woydt, Tibor Zenker.

Finanzen:

Ausgabe:

Porto:	3.187,96 €
Werbung:	892,50 €
Büro:	737,86 €
Druck:	6.818,32 €
<u>Summe:</u>	<u>11.636,64 €</u>

Einnahmen aus Spenden:

Summe: 14.942,23 €

Saldo:

Plus: 3.306,59 €
Zuzüglich aus 2017: 347,10 €

Wegen dieses Überschusses von 3.653,69 € aus 2017 und 2018 und einer sehr großzügigen Spenden von guten Genossinnen und Genossen aus Berlin waren wir in der Lage, Anfang dieses Jahres das Buch von Michael Kubi „Zur Geschichte der Sowjetunion“ zu verlegen. Wir danken all denjenigen sehr herzlich, die dazu beigetragen haben, dass das möglich war.

Anna und Frank

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

